BE VIETNAM WISE · GESCHÄFTE IN VIETNAM

Der Leitfaden für ausländische und vietnamesische Investoren

Kapitel 7 von 11

Geistiges Eigentum, Daten und Technologie

Vietnam hat das Recht der immateriellen Vermögenswerte 2025 und 2026 neu gefasst. Das geänderte Gesetz über geistiges Eigentum und das geänderte Gesetz über Technologietransfer traten am 1. April 2026 in Kraft, das erste Gesetz zum Schutz personenbezogener Daten am 1. Januar 2026, ein konsolidiertes Cybersicherheitsgesetz am 1. Juli 2026 und das erste E-Commerce-Gesetz am selben Tag, jeweils mit neuen Dekreten. Dieses Kapitel stellt die Regeln nach dem Stand vom 10. Oktober 2026 für einen ausländischen Investor dar, der Marken, Technologie, Software und Kundendaten nach Vietnam einbringt.

Überprüft am 26. November 2026. Verfasst von einem Wirtschaftsjuristen mit über 30 Jahren Erfahrung, davon fast 20 in Vietnam.
Rechts- und Steuerinformationen, keine Rechtsberatung. Sätze, Schwellenwerte und Verfahren ändern sich: Lassen Sie alles Wichtige vor einer Entscheidung von der zuständigen Behörde oder einem zur Erbringung von Rechtsdienstleistungen in Vietnam zugelassenen Rechtsanwalt bestätigen. Die deutsche Ausgabe ist aus der englischen Ausgabe übersetzt; maßgeblich ist allein der vietnamesische Wortlaut der Gesetze.
Online lesen, mit Aktualisierungen, Links und Lawbot: https://bewiseapps.com/geschaefte-in-vietnam/geistiges-eigentum-daten-und-technologie/
© Be Wise Apps

Inhalt

7	Kapitelüberblick
7.1	Marken und Markenschutz
7.2	Patente, Gebrauchslösungen und Designs
7.3	Urheberrecht, Software und KI
7.4	Durchsetzung von IP-Rechten und Fälschungsbekämpfung
7.5	Technologietransfer und Lizenzierung
7.6	Schutz personenbezogener Daten
7.7	Cybersicherheit, Datenlokalisierung und grenzüberschreitende Übermittlung
7.8	E-Commerce, digitale Plattformen und Verbraucherschutz

Rechts- und Steuerinformationen, keine Rechtsberatung. Sätze, Schwellenwerte und Verfahren ändern sich: Lassen Sie alles Wichtige vor einer Entscheidung von der zuständigen Behörde oder einem zur Erbringung von Rechtsdienstleistungen in Vietnam zugelassenen Rechtsanwalt bestätigen. Die deutsche Ausgabe ist aus der englischen Ausgabe übersetzt; maßgeblich ist allein der vietnamesische Wortlaut der Gesetze.

KAPITEL 7 VON 11

Geistiges Eigentum, Daten und Technologie

Überprüft am 26. November 2026 · Verfasst von einem Wirtschaftsjuristen mit über 30 Jahren Erfahrung, davon fast 20 in Vietnam · Rechts- und Steuerinformationen, keine Rechtsberatung · So prüfen wir · In der App öffnen

AUF EINEN BLICK

Maßgebliche Rechtsvorschriften

- Gesetz Nr. 50/2005/QH11 über geistiges Eigentum, geändert 2009, 2019, 2022 sowie durch die Gesetze Nr. 93/2025/QH15 und Nr. 131/2025/QH15 (ab 1. April 2026), mit Dekret Nr. 65/2023/ND-CP in geänderter Fassung und Rundschreiben Nr. 10/2026/TT-BKHCN
- Gesetz Nr. 07/2017/QH14 über Technologietransfer, geändert durch Gesetz Nr. 115/2025/QH15 (ab 1. April 2026), mit Dekret Nr. 76/2018/ND-CP
- Gesetz Nr. 91/2025/QH15 über den Schutz personenbezogener Daten (ab 1. Januar 2026), mit Dekret Nr. 356/2025/ND-CP und Dekret Nr. 330/2026/ND-CP über Sanktionen
- Gesetz Nr. 116/2025/QH15 über Cybersicherheit (ab 1. Juli 2026), mit den Dekreten Nr. 327/2026/ND-CP bis Nr. 333/2026/ND-CP; Gesetz Nr. 60/2024/QH15 über Daten, mit Dekret Nr. 165/2025/ND-CP
- Gesetz Nr. 122/2025/QH15 über E-Commerce (ab 1. Juli 2026), mit Dekret Nr. 248/2026/ND-CP; Gesetz Nr. 19/2023/QH15 über den Schutz der Verbraucherrechte, mit Dekret Nr. 55/2024/ND-CP
- Gesetz Nr. 20/2023/QH15 über elektronische Transaktionen; Gesetz Nr. 134/2025/QH15 über künstliche Intelligenz (ab 1. März 2026); Strafgesetzbuch, Artikel 225 und 226

Ihre Ansprechpartner

- Amt für geistiges Eigentum (IP Viet Nam) beim Ministerium für Wissenschaft und Technologie: Eintragung von Marken, Patenten, Gebrauchslösungen und Designs, Eintragung von Lizenzen und Übertragungen sowie seit 15. Juli 2026 Verwaltungssanktionen bei Verletzungen gewerblicher Schutzrechte
- Urheberrechtsamt Vietnams beim Ministerium für Kultur, Sport und Tourismus: freiwillige Registrierung von Urheberrechten und verwandten Schutzrechten
- Ministerium für Wissenschaft und Technologie und Wissenschafts- und Technologiebehörden der Provinzen: Registrierung von Technologietransfers; Volkskomitees der Provinzen: Lizenzen für beschränkte Technologien; VNNIC: .vn-Domainnamen
- Ministerium für öffentliche Sicherheit, Abteilung für Cybersicherheit und Bekämpfung der Hightech-Kriminalität (A05): Schutz personenbezogener Daten, Unterlagen zu Folgenabschätzungen, Entscheidungen zu Cybersicherheit und Datenlokalisierung
- Ministerium für Industrie und Handel: E-Commerce-Registrierung und ausländische Plattformen, Marktüberwachungskräfte der Provinzen und die Nationale Wettbewerbskommission für den Verbraucherschutz; Zollbehörde: Grenzbeschlagnahme

Wichtige Zahlen

Schutzdauer einer Marke	**10 Jahre ab Anmeldung, verlängerbar**
Erfindungspatent / Gebrauchslösung	**20 Jahre / 10 Jahre**
Materielle Prüfung einer Marke	**5 Monate ab Veröffentlichung**
Frist für die nationale PCT-Phase	**31 Monate ab Priorität**
Registrierung eines Technologietransfers ins Inland	**Innerhalb von 90 Tagen nach Unterzeichnung**
Meldung einer Datenschutzverletzung an A05	**Innerhalb von 72 Stunden**
Bußgeld bei grenzüberschreitender Datenübermittlung	**Bis zu 5 % des Vorjahresumsatzes**
Schwellenwert für die Registrierung ausländischer Plattformen	**100.000 Transaktionen pro Jahr in Vietnam**

Was sich 2025–2026 geändert hat

- Gesetz Nr. 131/2025/QH15 hat das IP-Gesetz mit Wirkung ab 1. April 2026 geändert: kürzere Prüfungs- und Widerspruchsfristen, eine eng begrenzte beschleunigte Prüfung, eine begrenzte Ausnahme für das Training von KI, Pflichten von Plattformen gegen Rechtsverletzungen im Internet und ein höherer gesetzlicher Schadensersatz von bis zu 1 Mrd. VND.
- Gesetz Nr. 115/2025/QH15 hat das Gesetz über Technologietransfer mit Wirkung ab 1. April 2026 geändert; es erfasst nun ausdrücklich Software, Algorithmen und Daten, überträgt die Lizenzierung beschränkter Technologien auf die Volkskomitees der Provinzen und schränkt die Technologieprüfung von Investitionsprojekten ein.
- Gesetz Nr. 91/2025/QH15 über den Schutz personenbezogener Daten und Dekret Nr. 356/2025/ND-CP haben am 1. Januar 2026 das Dekret Nr. 13/2023/ND-CP abgelöst, und Dekret Nr. 330/2026/ND-CP sieht ab 19. August 2026 Bußgelder von bis zu 5 % des Umsatzes für rechtswidrige grenzüberschreitende Übermittlungen vor.
- Gesetz Nr. 116/2025/QH15 hat mit Wirkung ab 1. Juli 2026 das Cybersicherheitsgesetz von 2018 und das Gesetz über Netzinformationssicherheit von 2015 zusammengeführt, und Dekret Nr. 333/2026/ND-CP hat die Regeln zur Datenlokalisierung neu gefasst.
- Gesetz Nr. 122/2025/QH15 über E-Commerce und Dekret Nr. 248/2026/ND-CP sind am 1. Juli 2026 in Kraft getreten; ausländische Plattformen mit 100.000 oder mehr Transaktionen pro Jahr in Vietnam müssen sich registrieren und eine juristische Person gründen, einen Vertreter bestellen oder eine Kaution hinterlegen.

Für wen dieses Kapitel gilt. Die Gesetze über geistiges Eigentum, Technologietransfer, Daten und E-Commerce gelten für vietnamesische Unternehmen und Unternehmen mit ausländischer

> Beteiligung gleichermaßen. Ein ausländischer Investor spürt sie jedoch anders, weil seine Marken und Technologien in der Regel im Ausland gehalten und an ihn lizenziert werden, seine Kunden- und Mitarbeiterdaten in der Regel in Konzernsysteme im Ausland fließen und seine Online-Plattform möglicherweise von außerhalb Vietnams betrieben wird. Diese grenzüberschreitenden Elemente lösen das Risiko aus dem Erstanmelderprinzip, die Registrierung von Technologietransfers, Folgenabschätzungen für Übermittlungen, Lokalisierungsentscheidungen und die Registrierung ausländischer Plattformen aus, die dieses Kapitel erläutert.

Inhalt dieses Kapitels

Die wertvollsten Vermögenswerte eines ausländischen Investors in Vietnam sind oft immateriell: die Marke, unter der seine Produkte verkauft werden, das patentierte Verfahren, das sein Werk nutzt, die Software, auf die sich seine Kunden verlassen, und die Daten, die er über Kunden und Mitarbeiter hält. Das vietnamesische Recht schützt jeden dieser Werte, aber nur zu vietnamesischen Bedingungen. Rechte an Marken, Patenten und Designs entstehen durch Eintragung in Vietnam, nicht durch Benutzung oder Eintragung im Ausland; von einer ausländischen Muttergesellschaft lizenzierte Technologie muss in vielen Fällen registriert werden, bevor der Vertrag wirksam wird; in Vietnam erhobene personenbezogene Daten dürfen das Land erst verlassen, nachdem eine Folgenabschätzung beim Ministerium für öffentliche Sicherheit eingereicht wurde; und eine Online-Plattform, die vietnamesische Käufer vom Ausland aus bedient, muss sich unter Umständen registrieren und eine lokale Präsenz begründen.

Fast der gesamte Rechtsrahmen hat sich 2025 und 2026 geändert. Das geänderte Gesetz über geistiges Eigentum (Gesetz Nr. 131/2025/QH15) und das geänderte Gesetz über Technologietransfer (Gesetz Nr. 115/2025/QH15) traten beide am 1. April 2026 in Kraft, das Gesetz zum Schutz personenbezogener Daten (Gesetz Nr. 91/2025/QH15) am 1. Januar 2026 und das konsolidierte Cybersicherheitsgesetz (Gesetz Nr. 116/2025/QH15) sowie das erste E-Commerce-Gesetz (Gesetz Nr. 122/2025/QH15) am 1. Juli 2026. Die Praxis zu den neuen Rechtsakten bildet sich noch heraus, und die Abschnitte weisen darauf hin, wo dies der Fall ist.

Marken, Erfindungen und Designs

In Vietnam gilt strikt das Erstanmelderprinzip (First-to-File). Eine ausländische Marke, die seit Jahren in Vietnam vertrieben, dort aber nie eingetragen wurde, kann von einem Vertriebshändler, einem früheren Partner oder einem Markenpiraten angemeldet werden; der wahre Inhaber muss sie dann unter Umständen zurückkaufen oder ein Nichtigkeitsverfahren führen. Der erste Schritt für jeden Investor, noch bevor ein Vertriebshändler bestellt oder Ware versandt wird, ist die Anmeldung der Marken beim Amt für geistiges Eigentum (IP Viet Nam), entweder national über einen zugelassenen Vertreter für gewerbliches Eigentum oder durch Benennung Vietnams nach dem Madrider Protokoll. Seit dem 1. April 2026 sind die gesetzlichen Fristen kürzer: Veröffentlichung innerhalb eines Monats nach Annahme der Anmeldung in der Formalprüfung, drei Monate für Widersprüche Dritter und fünf Monate für die materielle Prüfung. Die Eintragung gilt zehn Jahre und kann unbegrenzt verlängert werden, eine Marke,

die fünf aufeinanderfolgende Jahre nicht benutzt wurde, kann jedoch gelöscht werden. Verfahren, Fristen, Gebühren, notorisch bekannte Marken, Handelsnamen und .vn-Domainnamen werden in Marken und Markenschutz behandelt.

Erfindungen werden durch Patente 20 Jahre lang geschützt und kleinere Innovationen durch Patente für Gebrauchslösungen zehn Jahre lang, jeweils ab dem Anmeldetag; Designs sind fünf Jahre lang geschützt, zweimal verlängerbar. Anmelder aus dem Ausland gehen in der Regel über den Vertrag über die internationale Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Patentwesens (PCT) vor, mit einer Frist für die nationale Phase von 31 Monaten ab Priorität. Die Änderungen von 2025 haben die Frist für den Antrag auf materielle Prüfung einer Erfindung auf 36 Monate und die Prüfungsdauer auf 12 Monate verkürzt und den Designschutz auf Teil- und digitale Designs erweitert. Arbeitnehmererfindungen gehören dem Arbeitgeber, der die Aufgabe übertragen hat, vorbehaltlich der gesetzlichen Vergütung, und eine in Vietnam gemachte Erfindung auf einem Gebiet, das die Landesverteidigung und die nationale Sicherheit berührt, unterliegt vor einer Anmeldung im Ausland einer Sicherheitskontrolle. Diese Regeln und der Schutz von Geschäftsgeheimnissen werden in Patente, Gebrauchslösungen und Designs behandelt.

Urheberrecht, Software und Rechtsdurchsetzung

Das Urheberrecht entsteht automatisch mit der Schöpfung, ohne Registrierung, und schützt Computerprogramme als Sprachwerke. Die Registrierung beim Urheberrechtsamt Vietnams ist freiwillig, liefert aber einen wertvollen Nachweis der Inhaberschaft. Die für einen Investor wichtigsten Regeln betreffen die Inhaberschaft an Werken, die von Arbeitnehmern und Auftragnehmern geschaffen werden, die nicht übertragbaren Urheberpersönlichkeitsrechte und, seit dem 1. April 2026, die begrenzte Ausnahme, nach der rechtmäßig veröffentlichte und öffentlich zugängliche Werke und Daten zum Training von Systemen künstlicher Intelligenz genutzt werden dürfen, soweit dies die Rechteinhaber nicht unangemessen beeinträchtigt. Das Zusammenspiel mit dem Gesetz über künstliche Intelligenz (Gesetz Nr. 134/2025/QH15) wird ebenfalls in Urheberrecht, Software und KI behandelt.

Rechte sind nur so viel wert wie ihre Durchsetzung. Vietnam bietet vier Wege: verwaltungsrechtliche Maßnahmen durch die Marktüberwachungskräfte, die Polizei, den Zoll und ab 15. Juli 2026 durch IP Viet Nam selbst; Zivilverfahren vor den Volksgerichten mit vorläufigen Maßnahmen und Schadensersatz; Strafverfolgung nach Artikel 225 und 226 des Strafgesetzbuchs, sobald die Schwellenwerte erreicht sind; und die Eintragung beim Zoll, um rechtsverletzende Waren an der Grenze anzuhalten. Die Änderungen von 2025 haben Pflichten für Plattformen und Anordnungen zur Entfernung von Inhalten gegen Rechtsverletzungen im Internet eingeführt. Wie man zwischen diesen Wegen wählt, welche Beweise nötig sind und was jeder Weg kostet, wird in Durchsetzung von IP-Rechten und Fälschungsbekämpfung erläutert.

Technologie nach Vietnam bringen

Lizenziert ein ausländischer Konzern Know-how, Verfahren, Software oder patentierte Technologie an seine vietnamesische Tochtergesellschaft oder einen vietnamesischen Partner, gilt neben dem IP-Gesetz das Gesetz über Technologietransfer. Ein Vertrag über den Transfer von Technologie aus dem Ausland nach Vietnam muss innerhalb von 90 Tagen nach Unterzeichnung bei der Wissenschafts- und

Technologiebehörde registriert werden und wird erst mit Ausstellung der Registrierungsbescheinigung wirksam; Technologie auf der Liste beschränkter Technologien bedarf stattdessen einer Lizenz des Volkskomitees der Provinz, und verbotene Technologie darf überhaupt nicht übertragen werden. Die Parteien können den Preis frei vereinbaren, eine Obergrenze für Lizenzgebühren gibt es nicht, doch Preise zwischen verbundenen Parteien müssen den steuerlichen Vorschriften und den Verrechnungspreisregeln entsprechen. Technologie kann auch als Kapitaleinlage eingebracht werden. Das Registrierungsverfahren, die Pflichtinhalte des Vertrags, die Technologieprüfung von Investitionsprojekten und die Eintragung von IP-Lizenzen werden in Technologietransfer und Lizenzierung behandelt. Die Steuer für ausländische Auftragnehmer auf Lizenzgebühren und die Unterlagen, die die Bank vor deren Zahlung benötigt, werden in Zahlungen an ausländische Lieferanten und Konzerngesellschaften und Steuer für ausländische Auftragnehmer und Doppelbesteuerungsabkommen behandelt.

Personenbezogene Daten, Cybersicherheit und Datenflüsse

Das Gesetz zum Schutz personenbezogener Daten gilt für jede Organisation, die in Vietnam personenbezogene Daten verarbeitet, sowie für ausländische Organisationen, die personenbezogene Daten vietnamesischer Staatsangehöriger vom Ausland aus verarbeiten. Es verlangt eine Rechtsgrundlage für die Verarbeitung, in der Regel die Einwilligung, legt Antwortfristen für Anträge betroffener Personen fest, verlangt, dass Folgenabschätzungen für Verarbeitung und Übermittlung bei der Abteilung für Cybersicherheit und Bekämpfung der Hightech-Kriminalität (A05) des Ministeriums für öffentliche Sicherheit eingereicht werden, und schreibt vor, dass Datenschutzverletzungen innerhalb von 72 Stunden gemeldet werden. Kleine Unternehmen und Start-ups haben für einige Pflichten eine Übergangsfrist von fünf Jahren. Die Bußgelder nach Dekret Nr. 330/2026/ND-CP erreichen bei rechtswidrigen grenzüberschreitenden Übermittlungen 5 % des Vorjahresumsatzes. Siehe Schutz personenbezogener Daten.

Die Datenlokalisierung ist eine eigenständige Regel des Cybersicherheitsrechts. Inländische Anbieter von Online-Diensten müssen bestimmte Nutzerdaten in Vietnam speichern; ausländische Anbieter gelisteter Dienste müssen dies, und eine Zweigniederlassung oder Repräsentanz eröffnen, erst dann, wenn das Ministerium für öffentliche Sicherheit nach einem nicht behobenen Verstoß eine Entscheidung erlässt. Das Datengesetz fügt Kontrollen für die Übermittlung von Kerndaten und wichtigen Daten ins Ausland hinzu. Die drei Regelungen und eine Entscheidungshilfe für die Verlagerung von IT- und Personaldaten des Konzerns ins Ausland werden in Cybersicherheit, Datenlokalisierung und grenzüberschreitende Übermittlungen behandelt.

Online verkaufen und wie Sie dieses Kapitel nutzen

Der Online-Verkauf ist im E-Commerce-Gesetz und in Dekret Nr. 248/2026/ND-CP geregelt, die beide seit dem 1. Juli 2026 in Kraft sind; sie stufen Plattformen ein, regeln den Livestream-Verkauf und das Affiliate-Marketing, verlangen die Identifizierung der Verkäufer und legen die Bedingungen fest, unter denen ausländische Plattformen vietnamesische Käufer bedienen dürfen. Das Verbraucherschutzgesetz ergänzt Regeln zu Fernabsatz, Standardverträgen und großen digitalen Plattformen, und das geänderte Werbegesetz regelt Online-Werbung und Influencer. Siehe E-Commerce, digitale Plattformen und Verbraucherschutz und zu elektronischen Verträgen und Signaturen Handelsverträge in Vietnam.

Ein Investor sollte vor allem anderen seine Marken anmelden, dann vor der Unterzeichnung einer Lizenz mit seiner Muttergesellschaft den Abschnitt zum Technologietransfer lesen und die Abschnitte zu Daten, bevor er konzernweite Personal-, CRM-oder Cloud-Systeme für die vietnamesische Gesellschaft freischaltet. Anreize für Hochtechnologie-, Digitaltechnologie-und Forschungsprojekte werden in Investitionsanreize behandelt und hier nicht wiederholt; Branchenlizenzen für Telekommunikation und digitale Dienste werden in den FAQs zu regulierten Sektoren behandelt. Die Darstellung gibt den Stand vom 10. Oktober 2026 wieder, und mehrere Durchführungsvorschriften zu den Gesetzen von 2025 stehen noch aus.

AMTLICHE QUELLEN

- Nationale Rechtsdatenbank (vbpl.vn): Gesetz Nr. 50/2005/QH11 über geistiges Eigentum in geänderter Fassung; Gesetz Nr. 131/2025/QH15; Dekret Nr. 65/2023/ND-CP in geänderter Fassung — https://vbpl.vn
- Amt für geistiges Eigentum (IP Viet Nam): Online-Anmeldung und IP-Datenbank — https://ipvietnam.gov.vn
- Regierungsportal: Rundschreiben Nr. 10/2026/TT-BKHCN mit Durchführungsbestimmungen zum IP-Gesetz über gewerbliches Eigentum — https://chinhphu.vn
- Ministerium für Wissenschaft und Technologie — https://mst.gov.vn
- Urheberrechtsamt Vietnams: Registrierungsverfahren — https://cov.gov.vn
- Ministerium für Kultur, Sport und Tourismus — https://bvhttdl.gov.vn
- Zollbehörde: Rundschreiben Nr. 13/2015/TT-BTC, geändert durch Rundschreiben Nr. 06/2026/TT-BTC — https://www.customs.gov.vn
- Ministerium für Industrie und Handel (Marktüberwachung) — https://moit.gov.vn
- Nationales Portal zum Schutz personenbezogener Daten (A05, Ministerium für öffentliche Sicherheit) — https://baovedlcn.gov.vn
- Ministerium für öffentliche Sicherheit — https://bocongan.gov.vn
- E-Commerce-Verwaltungsportal (online.gov.vn) — https://online.gov.vn

Marken und Markenschutz: Erstanmelderprinzip, IP Viet Nam, nationale Anmeldungen und Anmeldungen nach dem Madrider System, der Prüfungszeitplan 2026, Widersprüche, Verlängerung und Nichtbenutzung, notorisch bekannte Marken, Handelsnamen und .vn-Domainnamen, mit einer Checkliste für die Anmeldung und einem Beispiel für eine Markenanmeldung durch einen Vertriebshändler

Überprüft am 26. November 2026 · Verfasst von einem Wirtschaftsjuristen mit über 30 Jahren Erfahrung, davon fast 20 in Vietnam · Rechts- und Steuerinformationen, keine Rechtsberatung · So prüfen wir · In der App öffnen

DAS WICHTIGSTE IN KÜRZE

- Markenrechte entstehen in Vietnam durch Eintragung beim Amt für geistiges Eigentum (IP Viet Nam) nach dem Gesetz Nr. 50/2005/QH11 über geistiges Eigentum in geänderter Fassung, zuletzt durch Gesetz Nr. 131/2025/QH15 mit Wirkung ab 1. April 2026; grundsätzlich setzt sich der erste Anmelder durch, und Benutzung oder Eintragung im Ausland verschafft keinen Schutz.
- Anmelder ohne Wohnsitz oder Geschäftsniederlassung in Vietnam müssen über einen zugelassenen Vertreter für gewerbliches Eigentum anmelden (Artikel 89) oder Vietnam in einer internationalen Anmeldung nach dem Madrider Protokoll benennen.
- Bei Anmeldungen, die ab dem 1. April 2026 veröffentlicht werden, erfolgt die Veröffentlichung innerhalb eines Monats nach Annahme in der Formalprüfung, Dritte haben drei Monate Zeit für einen Widerspruch, und die materielle Prüfung ist innerhalb von fünf Monaten nach Veröffentlichung abzuschließen (Artikel 110 bis 119 in geänderter Fassung); eine beschleunigte Prüfung ist nur in eng begrenzten Fällen möglich.
- Eine Eintragung gilt zehn Jahre ab dem Anmeldetag und ist unbegrenzt verlängerbar, kann aber gelöscht werden, wenn die Marke fünf aufeinanderfolgende Jahre ohne berechtigten Grund nicht benutzt wird (Artikel 93 und 95).
- Notorisch bekannte Marken und Handelsnamen sind ohne Eintragung geschützt, sofern die maßgeblichen Tatsachen nachgewiesen werden (Artikel 75 und 76), und .vn-Domainnamen werden nach Dekret Nr. 147/2024/ND-CP in der Reihenfolge der Anträge vergeben.

Erstanmelderprinzip und warum es alles entscheidet

Vietnam schützt Marken durch Eintragung. Nach dem Gesetz Nr. 50/2005/QH11 über geistiges Eigentum, geändert 2009, 2019 und 2022, durch Gesetz Nr. 93/2025/QH15 über Wissenschaft, Technologie und Innovation und zuletzt durch Gesetz Nr. 131/2025/QH15 mit Wirkung ab 1. April 2026, entsteht das ausschließliche Recht an einer Marke, wenn das Amt für geistiges Eigentum (IP Viet Nam, das Cục Sở hữu trí tuệ beim Ministerium für Wissenschaft und Technologie) eine Eintragungsurkunde erteilt. Melden zwei Anmelder identische oder verwechselbar ähnliche Marken für gleiche oder ähnliche Waren an, setzt sich der frühere Anmelde- oder Prioritätstag durch (FAQ 84). Die Benutzung der Marke in Vietnam vor der Anmeldung, so lange sie auch andauert, und Eintragungen in anderen Ländern, so berühmt die Marke dort auch ist, begründen kein Recht, das eine wirksame frühere vietnamesische Anmeldung verdrängt; vorbehalten bleiben nur die unten beschriebenen Ausnahmen für notorisch bekannte Marken und bösgläubige Anmeldungen.

Die praktische Folge ist das Risiko der Markenpiraterie durch Voranmeldung. Der typische Markenpirat ist kein anonymer Spekulant, sondern jemand, der die Marke kennt: ein Vertriebshändler, ein Importeur, ein Lizenznehmer, ein Joint-Venture-Partner oder ein ehemaliger Mitarbeiter, der vor oder während der Geschäftsbeziehung im eigenen Namen anmeldet und die Eintragung dann bei Beendigung der Beziehung als Druckmittel einsetzt. Ein ausländischer Inhaber in dieser Lage muss entweder eine Übertragung aushandeln oder einen Widerspruch oder ein Nichtigkeitsverfahren betreiben, was Zeit und Geld kostet und Beweise erfordert. Die Abhilfe ist vergleichsweise günstig: Melden Sie die Marke in Vietnam an, bevor sie eingeführt wird, bevor Muster versandt werden und bevor ein Vertriebshändler oder Hersteller bestellt wird. Dasselbe gilt für die vietnamesische Transliteration oder Übersetzung einer Marke, sofern die lokalen Verbraucher eine solche verwenden werden, sowie für das Logo und alle wichtigen Untermarken.

Was eingetragen werden kann

Eine Marke kann jedes sichtbare Zeichen sein, einschließlich Wörtern, Buchstaben, Zahlen, Zeichnungen, Bildern, dreidimensionalen Formen und deren Kombinationen in Farbe, und seit den Änderungen von 2022 auch grafisch dargestellte Hörmarken. Sie muss für die beanspruchten Waren oder Dienstleistungen unterscheidungskräftig sein. Artikel 74 schließt beschreibende Zeichen, Gattungsbezeichnungen und gebräuchliche Formen aus sowie Zeichen, die mit älteren Marken, Handelsnamen, geografischen Angaben und Designs kollidieren. Gesetz Nr. 131/2025/QH15 bestimmt zusätzlich, dass Zeichen, die auf die nationale geografische Herkunft Vietnams hinweisen, ab 1. April 2026 vorbehaltlich von Ausnahmen als nicht unterscheidungskräftig gelten. Eine Marke kann auch zurückgewiesen werden, wenn sie über Herkunft oder Qualität täuscht oder ohne Zustimmung staatliche Hoheitszeichen oder Namen internationaler Organisationen wiedergibt.

Waren und Dienstleistungen werden nach der Nizza-Klassifikation eingeordnet, und eine Anmeldung kann mehrere Klassen umfassen. Amtsgebühren werden pro Klasse und, ab mehr als sechs Positionen in einer Klasse, pro zusätzlicher Position erhoben; ein Verzeichnis, das die tatsächlich verkauften Produkte statt ganzer Klassenüberschriften aufführt, ist daher günstiger und lässt sich leichter gegen den Vorwurf der Nichtbenutzung verteidigen. Seit den Änderungen von 2022 ist eine bösgläubig eingereichte Anmeldung ein Zurückweisungs- und Nichtigkeitsgrund; dies ist zur wichtigsten Waffe gegen Markenpiraten geworden, die nie die Absicht hatten, die Marke selbst zu benutzen.

Nationale Anmeldung oder Anmeldung über Madrid

Ein ausländisches Unternehmen kann bei IP Viet Nam eine **nationale Anmeldung** einreichen. Ein Anmelder ohne Wohnsitz oder Geschäftsniederlassung in Vietnam muss über einen zugelassenen Vertreter für gewerbliches Eigentum handeln (Artikel 89), also über eine vietnamesische Kanzlei oder Einzelperson, die bei IP Viet Nam zur Berufsausübung registriert ist. Eine vietnamesische Tochtergesellschaft kann im eigenen Namen anmelden, die Muttergesellschaft wird jedoch in der Regel selbst Inhaberin der Marke sein und diese an die Tochtergesellschaft lizenzieren wollen; daher meldet die Muttergesellschaft über einen Vertreter an. Anmeldungen werden elektronisch oder in Papierform in vietnamesischer Sprache eingereicht, mit einer Vollmacht, die seit den Änderungen von 2025 in bestimmten Fällen mit ausländischen Vollmachtgebern nicht notariell beglaubigt werden muss, und gegebenenfalls mit einer Prioritätsbeanspruchung innerhalb von sechs Monaten nach der Erstanmeldung in einem Land der Pariser Verbandsübereinkunft oder der WTO.

Vietnam ist zudem Vertragspartei des **Madrider Abkommens und Protokolls**, sodass ein Inhaber mit einer Eintragung oder Anmeldung im Heimatland Vietnam in einer internationalen Anmeldung benennen kann, die über sein Heimatamt eingereicht wird (FAQ 85). Madrid ist kosteneffizient, wenn mehrere Länder zugleich benannt werden, doch IP Viet Nam prüft die Benennung nach vietnamesischem Recht genauso wie eine nationale Anmeldung, und jede vorläufige Schutzverweigerung muss über einen lokalen Vertreter innerhalb der in der Mitteilung gesetzten Frist beantwortet werden. Die nationale Anmeldung verschafft mehr Kontrolle über das vietnamesische Verzeichnis und die vietnamesischsprachige Fassung der Marke sowie eine Eintragungsurkunde, die Banken, Zoll und Durchsetzungsbehörden sofort anerkennen; Inhaber von Madrid-Marken können zu demselben Zweck eine Schutzbescheinigung beantragen.

Prüfungsphasen und realistische Zeitrahmen

Eine Anmeldung durchläuft nach Artikel 108 bis 119 des IP-Gesetzes vier gesetzliche Phasen. Die **Formalprüfung** erfolgt innerhalb eines Monats nach der Anmeldung. Wird die Anmeldung angenommen, wird sie innerhalb eines Monats nach der Annahme im Amtsblatt für gewerbliches Eigentum **veröffentlicht**; Gesetz Nr. 131/2025/QH15 hat diese Frist von zwei Monaten verkürzt. Ab der Veröffentlichung haben Dritte **drei Monate Zeit für einen Widerspruch**, zuvor fünf, und können bis zu einer Entscheidung Stellungnahmen einreichen. Die **materielle Prüfung**, die die Unterscheidungskraft und Kollisionen mit älteren Rechten beurteilt, muss innerhalb von fünf Monaten nach der Veröffentlichung abgeschlossen sein, zuvor neun. Erhebt der Prüfer einen Einwand, hat der Anmelder eine Frist zur Stellungnahme oder Änderung, und die für die Antwort benötigte Zeit wird hinzugerechnet. Nach der Bewilligung wird die Erteilungsgebühr gezahlt und die Urkunde ausgestellt. Nach den Übergangsregeln werden vor dem 1. April 2026 eingereichte Anmeldungen grundsätzlich nach altem Recht weitergeführt, für die nach diesem Datum veröffentlichten gelten jedoch die neuen Widerspruchs- und Prüfungsfristen.

Die **beschleunigte Prüfung**, eingeführt durch den neuen Artikel 119 Abs. 2a, verkürzt die materielle Prüfung auf drei Monate, aber nur in den von der Regierung bestimmten Fällen. Rundschreiben Nr. 10/2026/TT-BKHCN beschränkt sie bei Marken auf Marken für Waren, die nach einer Erfindung auf der Liste strategischer Technologien hergestellt werden, oder für eine in Notlagen verwertete

Erfindung, sowie auf Fälle, in denen der Anmelder die Eintragungsurkunde als Dokument zum Abschluss eines anderen rechtlichen Verfahrens benötigt. Die meisten kommerziellen Marken erfüllen diese Voraussetzungen nicht.

Die gesetzlichen Fristen sind Höchstfristen, die IP Viet Nam in der Vergangenheit nur schwer einhalten konnte. Bis 2025 dauerte eine nationale Anmeldung ohne Widerspruch von der Anmeldung bis zur Eintragung häufig 12 bis 24 Monate. Die Fristen von 2026 dürften dies erheblich verkürzen, wenn die Kapazitäten von IP Viet Nam ihnen entsprechen; ein Investor, der eine Markteinführung plant, sollte jedoch Verzögerungen einkalkulieren und den Anmeldetag, nicht den Eintragungstag, als den Zeitpunkt betrachten, an dem seine Priorität gesichert ist. Die **Amtsgebühren** sind in Rundschreiben Nr. 263/2016/TT-BTC in der durch Rundschreiben Nr. 63/2023/TT-BTC geänderten Fassung festgelegt und betragen für eine Klasse mit bis zu sechs Positionen rund 1 bis 1,3 Mio. VND für Anmeldung, Klassifizierung, Recherche, Prüfung, Veröffentlichung und Erteilung; Rundschreiben Nr. 64/2025/TT-BTC halbiert viele Gebühren für gewerbliche Schutzrechte bis zum 31. Dezember 2026. Hinzu kommen Honorare.

Wie ein ausländischer Inhaber eine Marke in Vietnam eintragen lässt

1. **Vor der Anmeldung recherchieren**

   Geben Sie eine Recherche in der Datenbank von IP Viet Nam und in der WIPO Global Brand Database nach identischen und ähnlichen Marken in den relevanten Klassen in Auftrag sowie eine Marktprüfung auf eine lokale Benutzung der Marke durch Dritte. Ein Vertreter kann vor der Anmeldung eine Einschätzung zur Eintragungsfähigkeit abgeben.

2. **Inhaber, Marken und Anmeldeweg festlegen**

   Melden Sie im Namen der Konzerngesellschaft an, die die Marke halten und lizenzieren wird. Erfassen Sie die Wortmarke, das Logo und jede vietnamesischsprachige Fassung. Wählen Sie eine nationale Anmeldung über einen zugelassenen Vertreter für gewerbliches Eigentum oder eine Madrid-Benennung, wenn mehrere Länder abgedeckt werden sollen.

3. **Verzeichnis erstellen**

   Führen Sie die tatsächlich verkauften oder in den nächsten fünf Jahren geplanten Waren und Dienstleistungen in von IP Viet Nam akzeptierten Nizza-Begriffen auf, gegebenenfalls mit einer Prioritätsbeanspruchung nach der Pariser Verbandsübereinkunft innerhalb von sechs Monaten nach der Heimatanmeldung.

4. **Anmelden und Datum sichern**

   Reichen Sie die Anmeldung elektronisch mit der Vollmacht ein und zahlen Sie die Amtsgebühren. Der Anmeldetag bestimmt die Priorität; bewahren Sie die Eingangsbestätigung zur Vorlage bei Vertriebshändlern, Zoll und Plattformen auf.

5. **Formalprüfung und Veröffentlichung überwachen**

   Beantworten Sie jede formale Beanstandung innerhalb der gesetzten Frist. Prüfen Sie die veröffentlichten Angaben auf Fehler, sobald die Anmeldung im Amtsblatt erscheint, in der Regel innerhalb eines Monats nach der Annahme.

6 **Widerspruchsfrist im Blick behalten**

Dritte können innerhalb von drei Monaten nach der Veröffentlichung Widerspruch einlegen. Bereiten Sie Nachweise über Benutzung und Bekanntheit vor, falls ein Widerspruch oder eine Stellungnahme eingereicht wird.

7 **Auf die materielle Prüfung antworten**

Beantworten Sie jede vorläufige Zurückweisung innerhalb der angegebenen Frist, durch Argumente, eine Änderung des Verzeichnisses, eine Zustimmungserklärung des älteren Inhabers oder einen Angriff auf die entgegengehaltene Marke wegen Nichtbenutzung.

8 **Erteilungsgebühr zahlen und Fristen notieren**

Zahlen Sie die Erteilungsgebühr nach der Bewilligung. Notieren Sie die Verlängerung nach zehn Jahren ab dem Anmeldetag und lassen Sie jede Lizenz an die vietnamesische Tochtergesellschaft oder den Vertriebshändler bei IP Viet Nam eintragen.

Aufrechterhaltung der Eintragung und Angriffe gegen Marken Dritter

Eine Eintragungsurkunde gilt **zehn Jahre ab dem Anmeldetag** und kann um jeweils weitere zehn Jahre verlängert werden (Artikel 93 Abs. 6), auf Antrag innerhalb von sechs Monaten vor Ablauf oder, gegen einen Zuschlag, innerhalb von sechs Monaten danach. Eine Marke kann auf Antrag jeder Person gelöscht werden, wenn weder der Inhaber noch sein Lizenznehmer sie in den **fünf aufeinanderfolgenden Jahren** vor dem Antrag ohne berechtigten Grund in Vietnam benutzt hat, es sei denn, die Benutzung wurde mindestens drei Monate vor dem Antrag aufgenommen oder wieder aufgenommen (Artikel 95 Abs. 1 Buchst. d). Die Benutzung durch einen Lizenznehmer zählt; dies ist ein Grund, Lizenzen eintragen zu lassen und Nachweise über Verkäufe unter der Marke aufzubewahren: Rechnungen, Verpackungen, Werbung und Einfuhranmeldungen.

Ein Inhaber kann innerhalb der dreimonatigen Frist Widerspruch gegen die Anmeldung eines anderen einlegen und nach Eintragung einer Marke deren **Nichtigerklärung** mit der Begründung beantragen, dass sie nicht hätte erteilt werden dürfen, etwa weil sie mit einem älteren Recht kollidiert, von einem Agenten ohne Zustimmung des Inhabers angemeldet oder bösgläubig angemeldet wurde. Anträge auf Nichtigerklärung müssen aus den meisten Gründen innerhalb von fünf Jahren nach der Erteilung gestellt werden, bei geltend gemachter Bösgläubigkeit gibt es jedoch keine Frist (Artikel 96). Die Übertragung einer eingetragenen Marke wird erst mit ihrer Eintragung bei IP Viet Nam wirksam, und eine Lizenz ist zwar zwischen den Parteien wie vereinbart wirksam, Dritten gegenüber aber erst nach ihrer Eintragung durchsetzbar (Artikel 148). Auch das Gesetz über Technologietransfer kann anwendbar sein, wenn mit einer Lizenz Technologie übertragen wird (Technologietransfer und Lizenzierung).

Notorisch bekannte Marken, Handelsnamen und Domainnamen

Eine **notorisch bekannte Marke** ist ohne Eintragung geschützt, und zwar auch gegenüber unähnlichen Waren, wenn eine Benutzung irreführen oder einen unlauteren Vorteil verschaffen würde, aber erst, wenn ihr Status anhand der Kriterien des Artikels 75 nachgewiesen ist: Zahl der maßgeblichen

Verbraucher, die sie kennen, Gebiet und Dauer der Benutzung, Umsätze und Werbung, Wert der Marke und ihre Anerkennung in anderen Ländern. Vietnam führt kein Register notorisch bekannter Marken; der Status wird von Fall zu Fall in Widerspruchs-, Nichtigkeits- oder Durchsetzungsverfahren entschieden, weshalb Nachweise über die Bekanntheit in Vietnam gesammelt und aktuell gehalten werden sollten.

Ein **Handelsname**, also der Name, unter dem ein Unternehmen geführt wird, ist durch rechtmäßige Benutzung ohne Eintragung geschützt (Artikel 76 und 78), und zwar in dem Gebiet und der Branche, in denen das Unternehmen tätig ist. Die Gewerberegisterbehörden prüfen Firmennamen nur gegen andere eingetragene Unternehmensnamen, nicht gegen Marken, sodass ein Dritter eine Gesellschaft eintragen lassen kann, deren Name die Marke des Investors enthält; Abhilfe bieten eine Klage wegen unlauteren Wettbewerbs oder Rechtsverletzung oder ein Antrag an die Gewerberegisterbehörde, eine Namensänderung zu verlangen, wenn der Name gewerbliche Schutzrechte verletzt. Ein ausländischer Investor sollte seine vietnamesische Gesellschaft unter einem Namen eintragen lassen, der seiner eingetragenen Marke entspricht.

Domainnamen unter .vn werden in der Reihenfolge der Anträge über Registrare vergeben, die vom Vietnam Internet Network Information Center (VNNIC) beim Ministerium für Wissenschaft und Technologie akkreditiert sind; maßgeblich sind das Telekommunikationsgesetz und Dekret Nr. 147/2024/ND-CP. Eine .vn-Domain ist kein Markenrecht, und eine bösgläubige Registrierung kann durch Verhandlung, Mediation, Schiedsverfahren oder Gerichtsverfahren angefochten werden, wobei VNNIC auf Grundlage des Ergebnisses handelt. Wer die Marke zugleich mit der Markenanmeldung unter .vn und .com.vn registriert, vermeidet den Streit. Seit dem 15. Juli 2026 erlaubt Dekret Nr. 186/2026/ND-CP den Behörden, die Sperrung des Zugangs zu Domainnamen anzuordnen, die gewerbliche Schutzrechte verletzen (Durchsetzung von IP-Rechten und Fälschungsbekämpfung).

Checkliste zur Markenanmeldung für ausländische Markeninhaber

Was vor der Beauftragung eines zugelassenen Vertreters für gewerbliches Eigentum zu klären und zusammenzustellen ist. Die Liste geht von einer nationalen Anmeldung aus; eine Madrid-Benennung folgt dem Verfahren des Heimatamts, erfordert aber dieselben geschäftlichen Entscheidungen.

- [ ] **Inhaber**
  Die Konzerngesellschaft, die die Marke weltweit halten wird, mit ihrem genauen Namen und ihrer Anschrift, wie sie in Lizenzen und Zolleintragungen erscheinen werden.
- [ ] **Marken**
  Die Wortmarke in Standardschrift, das Logo in den verwendeten Farben und jede vietnamesischsprachige oder transliterierte Fassung, jeweils als gesonderte Anmeldung, wenn sie getrennt benutzt werden sollen.
- [ ] **Verzeichnis**
  Waren und Dienstleistungen nach Nizza-Klassen, beschränkt auf das, was verkauft wird oder geplant ist, in Begriffen, die IP Viet Nam akzeptiert.

- [ ] **Priorität**
  Kopie, Nummer und Datum der Heimatanmeldung, wenn die Priorität innerhalb von sechs Monaten nach dieser Anmeldung beansprucht wird.
- [ ] **Vollmacht**
  Vom Inhaber zugunsten des Vertreters unterzeichnet; klären Sie mit dem Vertreter, ob im konkreten Fall eine notarielle Beglaubigung erforderlich ist.
- [ ] **Rechercheergebnis**
  Ergebnisse der Recherche vor der Anmeldung und die Einschätzung des Vertreters zu Eintragungsfähigkeit und Risiken.
- [ ] **Beweisakte**
  Erste Benutzung in Vietnam, Umsätze, Werbung und Medienberichte, aufbewahrt für Widersprüche, Nichtigkeitsverfahren und eine etwaige Berufung auf eine notorisch bekannte Marke.
- [ ] **Domainnamen und Firmenname**
  Die passenden .vn- und .com.vn-Domains sind registriert, und der Unternehmensname der vietnamesischen Tochtergesellschaft ist auf die Marke abgestimmt.
- [ ] **Lizenzplan**
  Wer die Marke in Vietnam benutzen wird (Tochtergesellschaft, Vertriebshändler, Franchisenehmer), mit einer schriftlichen Lizenz, die nach Eintragung der Marke bei IP Viet Nam eingetragen wird.

Markenregeln und Fristen im Überblick (Oktober 2026)

Posten	Regel	Quelle
Grundlage des Schutzes	Eintragung bei IP Viet Nam; der erste Anmelder setzt sich durch	IP-Gesetz, Art. 6 und 90
Ausländischer Anmelder ohne Niederlassung in Vietnam	Muss über einen zugelassenen Vertreter für gewerbliches Eigentum anmelden	IP-Gesetz, Art. 89
Priorität nach der Pariser Verbandsübereinkunft	Sechs Monate ab der Erstanmeldung	IP-Gesetz, Art. 91
Formalprüfung	Ein Monat ab Anmeldung	IP-Gesetz, Art. 119
Veröffentlichung	Innerhalb eines Monats nach Annahme in der Formalprüfung (zuvor zwei)	IP-Gesetz, Art. 110, geändert durch Gesetz Nr. 131/2025/QH15
Widerspruchsfrist	Drei Monate ab Veröffentlichung (zuvor fünf)	IP-Gesetz, Art. 112a in geänderter Fassung
Materielle Prüfung	Fünf Monate ab Veröffentlichung (zuvor neun); drei Monate bei beschleunigter Prüfung in den vorgesehenen Fällen	IP-Gesetz, Art. 119 in geänderter Fassung; Rundschreiben Nr. 10/2026/TT-BKHCN

Posten	Regel	Quelle
Bedingung	Zehn Jahre ab Anmeldung, unbegrenzt verlängerbar	IP-Gesetz, Art. 93 Abs. 6
Löschung wegen Nichtbenutzung	Fünf aufeinanderfolgende Jahre ohne Benutzung	IP-Gesetz, Art. 95 Abs. 1 Buchst. d
Nichtigerklärung	Aus den meisten Gründen innerhalb von fünf Jahren nach Erteilung; bei Bösgläubigkeit keine Frist	IP-Gesetz, Art. 96
Amtsgebühren	Rund 1 bis 1,3 Mio. VND für eine Klasse mit bis zu sechs Positionen; viele bis 31. Dezember 2026 halbiert	Rundschreiben Nr. 263/2016/TT-BTC in geänderter Fassung; Rundschreiben Nr. 64/2025/TT-BTC

RECHENBEISPIEL

Ein Vertriebshändler lässt die Marke eintragen: Vorbeugung und Abhilfe

Ein deutscher Hersteller hochwertiger Küchengeräte bestellt im März 2026 ein Unternehmen aus Ho-Chi-Minh-Stadt zum Alleinvertriebshändler, ohne in Vietnam eine Marke anzumelden. Die Geschäftsbeziehung endet 2027. Das Beispiel dient der Veranschaulichung; die Honorarspannen sind marktübliche Spannen im Oktober 2026, keine Angebote.

Was geschah	Im April 2026 reichte der Vertriebshändler im eigenen Namen eine nationale Anmeldung für die Marke in Klasse 11 ein. Sie wurde im Mai 2026 veröffentlicht und, da kein Widerspruch einging, Anfang 2027 eingetragen. Als der Hersteller den Vertriebsvertrag kündigte, stützte sich der ehemalige Vertriebshändler auf die Eintragung, um die Einfuhren des neuen Vertriebshändlers zu blockieren, und verlangte 250.000 USD für die Übertragung.
Abhilfe 1: Nichtigerklärung wegen Bösgläubigkeit	Der Hersteller stellt bei IP Viet Nam einen Antrag auf Nichtigerklärung wegen Bösgläubigkeit und wegen Anmeldung durch einen Agenten ohne Zustimmung des Inhabers und legt den Vertriebsvertrag, die Korrespondenz sowie Nachweise der deutschen und der EU-Eintragungen und der Bekanntheit vor. Bei Bösgläubigkeit gibt es keine Frist. Eine Entscheidung dauert in der Regel viele Monate, und jede Partei kann Beschwerde einlegen oder die Gerichte anrufen.
Abhilfe 2: eigene Anmeldung	Der Hersteller reicht sofort eine eigene Anmeldung ein; sie wird wegen der älteren Marke des Vertriebshändlers zurückgewiesen werden, sofern und solange die Nichtigerklärung keinen Erfolg hat, sichert aber den nächsten Platz in der Reihenfolge.
Abhilfe 3: geschäftliche Einigung	Parallel dazu verhandelt er über eine Übertragung, die erst mit ihrer Eintragung bei IP Viet Nam wirksam wird, sowie über einen Verzicht auf Ansprüche.
Kosten der Abhilfe (übliche Spannen)	Nichtigerklärung und parallele Anmeldungen über eine vietnamesische Kanzlei: 5000 bis 20.000 USD, mehr bei Beschwerde oder Klage, zuzüglich Managementzeit und Umsatzverlusten während des Streits.

Vorbeugung	Hätte der Hersteller im Januar 2026, vor der Bestellung des Vertriebshändlers, eine nationale Anmeldung eingereicht, für Amtsgebühren von wenigen Millionen Dong und Honorare von einigen hundert US-Dollar, hätte seine Anmeldung Priorität gehabt und die Anmeldung des Vertriebshändlers wäre zurückgewiesen worden; bei Veröffentlichung im Monat nach der Annahme hätte er zudem innerhalb von drei Monaten Widerspruch gegen die Anmeldung des Vertriebshändlers einlegen können.
Vertraglicher Schutz	Der Vertriebsvertrag hätte festlegen sollen, dass alle Marken dem Hersteller gehören, jede Anmeldung durch den Vertriebshändler verbieten, die Übertragung jeder vertragswidrig getätigten Anmeldung verlangen und vorsehen sollen, dass die Lizenz eingetragen wird und mit dem Vertrag endet.

Hätte der Hersteller die Widerspruchsfrist versäumt, aber umgehend angemeldet, hätte er sich in einem Nichtigkeitsverfahren immer noch auf Bösgläubigkeit berufen können, doch Beweislast und Verzögerung wären weit größer gewesen als bei einem rechtzeitigen Widerspruch.

Ist der Markenpirat kein ehemaliger Agent, muss der Inhaber die Bösgläubigkeit aus den Umständen beweisen, etwa aus einem Muster von Anmeldungen ausländischer Marken oder einer Zahlungsforderung.

Fragen von Investoren zu Marken

Schützt meine Eintragung im Heimatland meine Marke in Vietnam?

Nein. In Vietnam gilt das Erstanmelderprinzip, und eine Marke ist erst geschützt, wenn IP Viet Nam sie einträgt oder wenn nachgewiesen wird, dass sie nach Artikel 75 des IP-Gesetzes notorisch bekannt ist. Reichen Sie über einen zugelassenen Vertreter eine nationale Anmeldung ein oder benennen Sie Vietnam nach dem Madrider Protokoll, bevor die Marke eingeführt oder ein Vertriebshändler bestellt wird.

Wie lange dauert die Markeneintragung in Vietnam im Jahr 2026?

Nach dem durch Gesetz Nr. 131/2025/QH15 geänderten IP-Gesetz dauert die Formalprüfung einen Monat, die Veröffentlichung folgt innerhalb eines Monats nach der Annahme, die Widerspruchsfrist beträgt drei Monate und die materielle Prüfung ist innerhalb von fünf Monaten nach der Veröffentlichung abzuschließen. Mit Blick auf Beanstandungen und die Praxis sollte ein Investor dennoch mehr Zeit als das gesetzliche Minimum einplanen.

Brauche ich für die Anmeldung einen vietnamesischen Vertreter?

Ein ausländischer Anmelder ohne Wohnsitz oder Geschäftsniederlassung in Vietnam muss eine nationale Anmeldung nach Artikel 89 des IP-Gesetzes über einen zugelassenen Vertreter für gewerbliches Eigentum einreichen. Beim Madrider System wird die internationale Anmeldung über das Heimatamt eingereicht, doch ein lokaler Vertreter ist erforderlich, um eine vorläufige Schutzverweigerung von IP Viet Nam zu beantworten.

Kann meine Eintragung gelöscht werden, wenn ich die Marke nicht benutze?

Ja. Jede Person kann die Löschung beantragen, wenn weder der Inhaber noch ein Lizenznehmer die Marke fünf aufeinanderfolgende Jahre ohne berechtigten Grund in Vietnam benutzt hat, es sei denn, die Benutzung wurde mindestens drei Monate vor dem Antrag aufgenommen oder wieder aufgenommen (Artikel 95). Bewahren Sie Rechnungen, Verpackungen und Werbung als Benutzungsnachweise auf und lassen Sie Lizenzen eintragen.

Was kann ich tun, wenn ein Vertriebshändler meine Marke hat eintragen lassen?

Legen Sie innerhalb von drei Monaten nach der Veröffentlichung Widerspruch ein, wenn die Anmeldung noch anhängig ist. Nach der Eintragung beantragen Sie die Nichtigerklärung wegen Anmeldung durch einen Agenten ohne Zustimmung oder wegen Bösgläubigkeit, wofür keine Frist gilt, reichen eine eigene Anmeldung ein und erwägen Verhandlungen über eine Übertragung, die erst mit ihrer Eintragung bei IP Viet Nam wirksam wird.

AUSBLICK AUF 2027

- Ob IP Viet Nam die verkürzten Prüfungsfristen von 2026 einhalten kann, wird sich zeigen, wenn über nach dem 1. April 2026 veröffentlichte Anmeldungen in den Jahren 2026 und 2027 entschieden wird; Inhaber sollten die tatsächlichen Bearbeitungszeiten beobachten, bevor sie sich bei der Planung von Markteinführungen darauf verlassen.
- Weitere Regierungsvorschriften zu Gesetz Nr. 131/2025/QH15 werden erwartet, unter anderem zur Nutzung von geistigem Eigentum als Vermögenswert für Kapitaleinlagen und Finanzierungen; prüfen Sie diese, bevor Sie eine Marke als Sicherheit verwenden oder als Kapitaleinlage einbringen.
- Die vorübergehende Halbierung vieler Gebühren für gewerbliche Schutzrechte nach Rundschreiben Nr. 64/2025/TT-BTC soll am 31. Dezember 2026 enden; für Anfang 2027 geplante Anmeldungen können teurer werden, sofern die Ermäßigung nicht verlängert wird.

Begriffe, denen Sie in den Unterlagen begegnen

Englisch	Vietnamesisch	Bedeutung
Trademark	*Nhãn hiệu*	Ein Zeichen, das die Waren oder Dienstleistungen eines Unternehmens von denen anderer unterscheidet.
Certificate of trademark registration	*Giấy chứng nhận đăng ký nhãn hiệu*	Die von IP Viet Nam ausgestellte Schutzurkunde, gültig für zehn Jahre ab Anmeldung.
Intellectual Property Office of Viet Nam	*Cục Sở hữu trí tuệ*	IP Viet Nam, die Eintragungsbehörde beim Ministerium für Wissenschaft und Technologie.
Industrial property representative	*Đại diện sở hữu công nghiệp*	Eine zugelassene Kanzlei oder Einzelperson, die Anmeldungen für andere einreicht und im Verfahren betreut.

Englisch	Vietnamesisch	Bedeutung
Opposition	*Ý kiến phản đối đơn*	Der Einwand eines Dritten, der innerhalb von drei Monaten nach der Veröffentlichung erhoben wird.
Invalidation	*Hủy bỏ hiệu lực văn bằng bảo hộ*	Aufhebung einer Eintragung, die nicht hätte erteilt werden dürfen (Artikel 96).
Cancellation for non-use	*Chấm dứt hiệu lực do không sử dụng*	Beendigung einer Marke, die fünf aufeinanderfolgende Jahre nicht benutzt wurde (Artikel 95).
Well-known mark	*Nhãn hiệu nổi tiếng*	Eine in Vietnam weithin bekannte Marke, die ohne Eintragung geschützt ist (Artikel 75).
Trade name	*Tên thương mại*	Der Name, unter dem ein Unternehmen tätig ist, geschützt durch Benutzung.

AUSLÄNDISCHE UND VIETNAMESISCHE INVESTOREN IM VERGLEICH

Die materiellen Regeln sind für alle gleich, und auch ein vietnamesischer Anmelder unterliegt einem früheren Anmelder. Die Unterschiede sind verfahrensrechtlicher und praktischer Art: Ein ausländischer Inhaber ohne Niederlassung in Vietnam muss einen zugelassenen Vertreter einschalten, hält seine Marke in der Regel über eine ausländische Gesellschaft, die sie an eine vietnamesische Tochtergesellschaft oder einen Vertriebshändler lizenziert, und ist häufiger Ziel von Markenpiraterie, weil seine Marke in Vietnam oft schon bekannt ist, bevor sie dort angemeldet wird. Ein vietnamesisches Unternehmen kann unmittelbar und im eigenen Namen anmelden.

WORAUF SIE ACHTEN SOLLTEN

- Bestellung eines Vertriebshändlers, Lizenznehmers oder Auftragsfertigers vor der Anmeldung in Vietnam; melden Sie zuerst an und nehmen Sie in jeden Vertrag eine Klausel zur Inhaberschaft und ein Anmeldeverbot auf.
- Anmeldung nur der englischen Wortmarke, obwohl die Verbraucher einen vietnamesischen Namen oder eine Transliteration verwenden.
- Weit gefasste Verzeichnisse mit ganzen Klassenüberschriften, die mehr kosten und zur teilweisen Löschung wegen Nichtbenutzung einladen.
- Nicht eingetragene Lizenzen und Übertragungen: Eine Übertragung ist bis zu ihrer Eintragung unwirksam, und auf eine nicht eingetragene Lizenz kann man sich gegenüber Dritten nicht berufen.
- Verstreichenlassen der Widerspruchsfrist ohne Markenüberwachung; nach drei Monaten bleibt nur noch die Nichtigerklärung.
- Ein vietnamesischer Firmenname oder eine .vn-Domain, die die Marke enthält und von einem Dritten registriert wurde, bevor der Investor in den Markt eintritt.

AMTLICHE QUELLEN

- Nationale Rechtsdatenbank (vbpl.vn): Gesetz Nr. 50/2005/QH11 über geistiges Eigentum in geänderter Fassung; Gesetz Nr. 131/2025/QH15; Dekret Nr. 65/2023/ND-CP in geänderter Fassung — https://vbpl.vn
- Amt für geistiges Eigentum (IP Viet Nam): Online-Anmeldung und IP-Datenbank — https://ipvietnam.gov.vn
- Regierungsportal: Rundschreiben Nr. 10/2026/TT-BKHCN mit Durchführungsbestimmungen zum IP-Gesetz über gewerbliches Eigentum — https://chinhphu.vn
- Ministerium für Wissenschaft und Technologie — https://mst.gov.vn

Patente, Gebrauchslösungen und Designs: was geschützt werden kann, Eintritt über PCT und Haager System, der Prüfungszeitplan 2026 und die beschleunigte Prüfung, Neuheitsschonfristen, Arbeitnehmererfindungen und Vergütung, Sicherheitskontrolle bei Auslandsanmeldungen und Geschäftsgeheimnisse

Überprüft am 26. November 2026 · Verfasst von einem Wirtschaftsjuristen mit über 30 Jahren Erfahrung, davon fast 20 in Vietnam · Rechts- und Steuerinformationen, keine Rechtsberatung · So prüfen wir · In der App öffnen

DAS WICHTIGSTE IN KÜRZE

- Ein Erfindungspatent gilt 20 Jahre und ein Patent für eine Gebrauchslösung zehn Jahre ab dem Anmeldetag, eine Designeintragung fünf Jahre, zweimal um jeweils fünf Jahre verlängerbar (Artikel 93 des Gesetzes Nr. 50/2005/QH11 über geistiges Eigentum in geänderter Fassung).
- Eine PCT-Anmeldung tritt innerhalb von 31 Monaten ab dem Prioritätstag in die vietnamesische nationale Phase ein (Rundschreiben Nr. 10/2026/TT-BKHCN), und für Designs kann Vietnam nach dem Haager Abkommen benannt werden.
- Ab 1. April 2026 muss der Antrag auf materielle Prüfung einer Erfindung innerhalb von 36 Monaten ab dem Anmelde- oder Prioritätstag gestellt werden, zuvor 42, und die Prüfung ist innerhalb von 12 Monaten abzuschließen; die Prüfung von Designs ist innerhalb von fünf Monaten nach der Veröffentlichung abzuschließen (Artikel 119, geändert durch Gesetz Nr. 131/2025/QH15).
- Eine Erfindung, die ein Arbeitnehmer in Erfüllung übertragener Aufgaben schafft, gehört dem Arbeitgeber, der dem Erfinder, sofern nichts anderes vereinbart ist, eine Vergütung von mindestens 10 % des Gewinns aus ihrer Nutzung und 15 % der Lizenzeinnahmen zahlen muss (Artikel 86 und 135).
- Eine in Vietnam geschaffene Erfindung im Eigentum einer vietnamesischen Organisation oder Einzelperson auf einem Gebiet, das die Landesverteidigung und die nationale Sicherheit berührt, unterliegt vor einer Anmeldung im Ausland einer Sicherheitskontrolle (Artikel 89a); Geschäftsgeheimnisse sind ohne Eintragung geschützt, wenn sie vertraulich gehalten werden (Artikel 84).

Drei Schutzformen

Das vietnamesische Recht bietet drei eingetragene Schutzrechte für technische und gestalterische Innovationen, die alle vom Amt für geistiges Eigentum (IP Viet Nam) nach dem Gesetz Nr. 50/2005/QH11 über geistiges Eigentum erteilt werden, zuletzt geändert durch Gesetz Nr. 131/2025/QH15 mit Wirkung

ab 1. April 2026 (FAQ 84). Ein **Erfindungspatent** (bằng độc quyền sáng chế) schützt eine technische Lösung, ein Erzeugnis oder ein Verfahren, die weltweit neu ist, auf einer erfinderischen Tätigkeit beruht und gewerblich anwendbar ist (Artikel 58). Es gilt 20 Jahre ab dem Anmeldetag, vorbehaltlich jährlicher Aufrechterhaltungsgebühren. Ein **Patent für eine Gebrauchslösung** (bằng độc quyền giải pháp hữu ích) schützt eine technische Lösung, die neu und gewerblich anwendbar ist, aber keine erfinderische Tätigkeit aufweisen muss, sofern sie nicht allgemein bekannt ist; es gilt zehn Jahre ab Anmeldung und eignet sich für schrittweise Verbesserungen von Produkten mit kurzer Marktlebensdauer. Eine **Designeintragung** schützt die äußere Erscheinungsform eines Erzeugnisses. Sie gilt fünf Jahre ab Anmeldung und kann zweimal verlängert werden, höchstens auf 15 Jahre.

Vom Patentschutz ausgeschlossen sind unter anderem Entdeckungen, wissenschaftliche Theorien und mathematische Methoden, Pläne und Regeln für gedankliche Tätigkeiten, Geschäftsmethoden, Computerprogramme als solche, die Wiedergabe von Informationen, ästhetische Formschöpfungen, Pflanzensorten und Tierrassen, im Wesentlichen biologische Verfahren sowie Verfahren zur Diagnose und Behandlung von Menschen und Tieren (Artikel 59). Softwarebezogene Erfindungen sind patentierbar, wenn sie eine technische Wirkung erzielen, das Programm selbst ist jedoch urheberrechtlich geschützt (Urheberrecht, Software und KI). Gesetz Nr. 131/2025/QH15 hat die Definition des Designs auf die Erscheinungsform des ganzen Erzeugnisses oder eines Teils davon in körperlicher oder nichtkörperlicher Form erweitert, sodass nun auch Teildesigns und digitale Designs wie grafische Benutzeroberflächen eingetragen werden können und die Herstellung eines geschützten Teils oder die Verbreitung digitaler Kopien eines geschützten nichtkörperlichen Designs eine Verletzung darstellen kann.

Neuheit, Neuheitsschonfristen und Priorität

Es gilt der Grundsatz der absoluten Neuheit: Eine Erfindung ist nicht neu, wenn sie vor dem Anmelde- oder Prioritätstag irgendwo auf der Welt durch Benutzung, Veröffentlichung oder auf andere Weise offenbart wurde. Das Gesetz bietet ein begrenztes Sicherheitsnetz. Eine Erfindung gilt nicht als neuheitsschädlich offenbart, wenn sie innerhalb von 12 Monaten vor der Anmeldung von der zur Anmeldung berechtigten Person oder von jemandem offenbart wurde, der die Informationen von dieser Person erhalten hat (Artikel 60 Abs. 3); diese Frist wurde durch die Änderungen von 2022 von sechs Monaten verlängert. Für Designs gilt eine Neuheitsschonfrist von sechs Monaten (Artikel 65 Abs. 3), und Gesetz Nr. 131/2025/QH15 bestimmt zusätzlich, dass ein Design seine Neuheit trotz rechtswidriger oder unbefugter Veröffentlichung behält. Die Neuheitsschonfrist ist ein Verteidigungsmittel, keine Strategie: Andere Länder wenden andere Regeln an, und eine Offenbarung vor der Anmeldung kann den Schutz anderswo zunichtemachen.

Ein ausländischer Anmelder kann die Priorität seiner Erstanmeldung nach der Pariser Verbandsübereinkunft für Erfindungen und Gebrauchslösungen 12 Monate und für Designs sechs Monate lang beanspruchen. Nach dem **Vertrag über die internationale Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Patentwesens (PCT)** kann er eine einzige internationale Anmeldung einreichen und innerhalb von **31 Monaten ab dem Prioritätstag** in die vietnamesische nationale Phase eintreten, indem er das Antragsformular, eine vietnamesische Übersetzung der Beschreibung und der Zusammenfassung und gegebenenfalls eine Vollmacht einreicht (Rundschreiben Nr. 10/2026/TT-BKHCN) (FAQ 85). Vietnam ist zudem Vertragspartei der Genfer Akte des **Haager Abkommens**, sodass eine internationale Designeintragung Vietnam benennen kann; IP Viet Nam prüft die Benennung und

kann den Schutz innerhalb der Haager Frist verweigern. Wie bei Marken muss ein Anmelder ohne Wohnsitz oder Geschäftsniederlassung in Vietnam für nationale Anmeldungen und für Erwiderungen gegenüber IP Viet Nam über einen zugelassenen Vertreter für gewerbliches Eigentum handeln (Artikel 89).

Die Prüfung nach den Änderungen von 2025

Jede Anmeldung durchläuft Formalprüfung, Veröffentlichung und materielle Prüfung. Eine Patentanmeldung wird im 19. Monat ab dem Anmelde-oder Prioritätstag veröffentlicht, auf Antrag auch früher, eine Anmeldung in der nationalen PCT-Phase einen Monat nach der Annahme in der Formalprüfung. Anders als eine Marke wird eine Erfindung nur dann materiell geprüft, wenn dies beantragt wird. Gesetz Nr. 131/2025/QH15 hat die Frist für den Prüfungsantrag von 42 auf **36 Monate** ab dem Anmelde-oder Prioritätstag verkürzt; wird kein rechtzeitiger Antrag gestellt, gilt die Anmeldung als zurückgenommen. Die materielle Prüfung muss dann innerhalb von **12 Monaten** nach der Veröffentlichung oder dem Antrag, je nachdem, was später eintritt, abgeschlossen sein statt wie bisher innerhalb von 18 Monaten. Dritte können innerhalb von sechs Monaten nach der Veröffentlichung Widerspruch gegen eine Patentanmeldung einlegen. Designanmeldungen werden innerhalb eines Monats nach der Annahme in der Formalprüfung veröffentlicht, können innerhalb von drei Monaten, zuvor vier, angegriffen werden und müssen innerhalb von **fünf Monaten** nach der Veröffentlichung geprüft werden, zuvor sieben.

Der neue Artikel 119 Abs. 2a ermöglicht eine **beschleunigte materielle Prüfung** von Erfindungsanmeldungen, die innerhalb von drei Monaten abgeschlossen wird, in den von der Regierung bestimmten Fällen; die Widerspruchsfrist für eine beschleunigt geprüfte Patentanmeldung verkürzt sich auf drei Monate. Rundschreiben Nr. 10/2026/TT-BKHCN beschränkt die beschleunigte Prüfung auf Erfindungen auf der Liste strategischer Technologien und strategischer Technologieprodukte nach dem Hochtechnologiegesetz sowie auf Erfindungen, die für Notlagen im Zusammenhang mit Sicherheit, Verteidigung, Naturkatastrophen und Epidemien erforscht und verwertet werden, und schreibt ein gesondertes Antragsformular und eine gesonderte Gebühr vor. Das geänderte Gesetz verlangt außerdem, dass jede Anmeldung nur ein Schutzrecht für einen Gegenstand beansprucht, ersetzt die feste Liste der Anmeldeunterlagen durch eine prinzipienbasierte, per Dekret konkretisierte Anforderung und ermöglicht den Widerruf eines Schutzrechts, das durch Betrug oder falsche Angaben erlangt wurde. Wurde bei der Schaffung des Gegenstands künstliche Intelligenz eingesetzt, sollten Anmelder dies zutreffend offenlegen; die Regierung soll regeln, wie Rechte an KI-gestützten Schöpfungen entstehen, und der menschliche schöpferische Beitrag bleibt die Grundlage des Schutzes.

Patente werden durch jährliche, im Voraus zu zahlende Gebühren ab dem Jahr der Erteilung aufrechterhalten; eine versäumte Jahresgebühr kann innerhalb von sechs Monaten mit einem Zuschlag nachgezahlt werden, danach erlischt das Patent. Für ein erteiltes Patent kann im öffentlichen Interesse, wegen Nichtausübung ohne berechtigten Grund oder wegen wettbewerbswidrigen Verhaltens eine Zwangslizenz erteilt werden (Artikel 145), ein Risiko, das vor allem bei Arzneimitteln von Bedeutung ist.

Wie ein ausländischer Anmelder eine Erfindung in Vietnam über den PCT schützt

1. **Prioritätsanmeldung und PCT-Anmeldung einreichen**
   Melden Sie im Heimatland an und reichen Sie innerhalb von 12 Monaten die PCT-Anmeldung ein, möglichst vor jeder öffentlichen Offenbarung. Notieren Sie die Frist von 31 Monaten für Vietnam ab dem frühesten Prioritätstag.

2. **Lange vor dem 31. Monat über Vietnam entscheiden**
   Prüfen Sie den internationalen Recherchenbericht und die wirtschaftlichen Gründe für Vietnam: Fertigung vor Ort, Wettbewerber vor Ort oder ein bedeutender Absatzmarkt. Erwägen Sie, ob eine Gebrauchslösung für eine schrittweise Verbesserung ausreichenden Schutz bieten würde.

3. **Zugelassenen Vertreter für gewerbliches Eigentum beauftragen**
   Stellen Sie die PCT-Veröffentlichung, etwaige Änderungen nach Artikel 19 oder Artikel 34, die Angaben zum Anmelder und eine Vollmacht zur Verfügung. Veranlassen Sie eine vietnamesische Übersetzung der Beschreibung, der Ansprüche und der Zusammenfassung; die Qualität der Übersetzung bestimmt den Umfang der erteilten Ansprüche.

4. **Bis zum 31. Monat in die nationale Phase eintreten**
   Reichen Sie das Antragsformular und die Übersetzung bei IP Viet Nam ein und zahlen Sie die Gebühren. Erwägen Sie, den Antrag auf materielle Prüfung gleichzeitig zu stellen; die äußerste Frist beträgt nun 36 Monate ab Priorität.

5. **Beschleunigte Prüfung erwägen**
   Fällt die Erfindung unter die Liste strategischer Technologien oder eine Notlagenkategorie, beantragen Sie die beschleunigte Prüfung auf dem vorgeschriebenen Formular mit Nachweisen.

6. **Auf Prüfungsbescheide antworten**
   Beantworten Sie Bescheide der materiellen Prüfung innerhalb der gesetzten Fristen und ändern Sie die Ansprüche, wo nötig. Ergebnisse des EPA, des USPTO, des JPO oder anderer Ämter stützen häufig die Argumentation.

7. **Erteilung, Jahresgebühren und Eintragungen**
   Zahlen Sie die Erteilungsgebühr und die erste Jahresgebühr, notieren Sie die jährlichen Gebühren und lassen Sie jede Lizenz an die vietnamesische Tochtergesellschaft oder den Lizenznehmer bei IP Viet Nam eintragen; registrieren Sie einen Technologietransfer ins Inland, wenn mit der Lizenz Technologie übertragen wird.

Arbeitnehmererfindungen und Vergütung

Das Recht, eine Erfindung, eine Gebrauchslösung oder ein Design anzumelden, steht der Organisation oder Einzelperson zu, die die Mittel und materiellen Einrichtungen für ihre Schaffung bereitgestellt hat, indem sie dem Urheber eine Aufgabe übertragen oder ihn beauftragt hat, sofern die Parteien nichts anderes vereinbaren (Artikel 86). Eine vietnamesische Tochtergesellschaft ist daher grundsätzlich

Inhaberin der Erfindungen ihrer Forschungsmitarbeiter, die diese in Erfüllung ihrer Aufgaben machen, und eine ausländische Muttergesellschaft, die Inhaberin werden will, muss sich die Rechte von der Tochtergesellschaft übertragen lassen; dies kann selbst eine Übertragung gewerblicher Schutzrechte und, wenn die Technologie ins Ausland geht, ein registrierungspflichtiger Technologietransfer ins Ausland sein (Technologietransfer und Lizenzierung).

Der Erfinder behält einen gesetzlichen Vergütungsanspruch. Sofern die Parteien nichts anderes vereinbaren, muss der Inhaber dem Urheber mindestens **10 % des Gewinns** zahlen, den er aus der Nutzung der Erfindung, der Gebrauchslösung oder des Designs erzielt, und **15 % jeder Zahlung**, die er aus ihrer Lizenzierung erhält (Artikel 135). Das Minimum gilt, wenn keine Vereinbarung besteht; ein Arbeitsvertrag oder eine Forschungsrichtlinie sollte die Vergütung daher ausdrücklich festlegen und festhalten, dass sie vereinbart wurde. Der Urheber hat zudem das Persönlichkeitsrecht, im Patent und in Veröffentlichungen als Erfinder genannt zu werden. Vergütung und Rechtezuordnung bei Erfindungen aus staatlich finanzierter Forschung richten sich nach dem Gesetz Nr. 93/2025/QH15 über Wissenschaft, Technologie und Innovation und betreffen private Investoren in der Regel nicht.

Sicherheitskontrolle vor einer Auslandsanmeldung

Artikel 89a des IP-Gesetzes, 2022 eingeführt und durch Gesetz Nr. 131/2025/QH15 überarbeitet, unterwirft Erfindungen einer Sicherheitskontrolle, die in Vietnam geschaffen werden, vietnamesischen Organisationen oder Einzelpersonen gehören und in technische Gebiete fallen, die die Landesverteidigung und die nationale Sicherheit berühren. Eine solche Erfindung darf erst im Ausland angemeldet werden, nachdem sie die Sicherheitskontrolle in Vietnam durchlaufen hat, und eine über IP Viet Nam eingereichte PCT-Anmeldung vietnamesischen Ursprungs wird vor ihrer Weiterleitung an die WIPO anhand dieser Regel geprüft; Dekret Nr. 65/2023/ND-CP in geänderter Fassung legt die Gebiete und das Verfahren fest.

Die Regel ist für ausländische Investoren bedeutsamer, als ihr Wortlaut vermuten lässt. Eine vietnamesische Tochtergesellschaft eines ausländischen Konzerns ist eine vietnamesische Organisation, und ein Forschungs- und Entwicklungszentrum in Vietnam, das auf einem erfassten Gebiet Erfindungen macht, etwa in bestimmten Bereichen der Telekommunikation, Verschlüsselung, Luft- und Raumfahrt, Energie oder bei fortschrittlichen Werkstoffen, kann feststellen, dass seine Muttergesellschaft die Erstanmeldung nicht einfach im Heimatland einreichen kann. Ein Konzern mit Forschungstätigkeit in Vietnam sollte jede Erfindung anhand der Liste des Dekrets prüfen, bevor er über den Ort der Erstanmeldung entscheidet, und in seinen konzerninternen Vereinbarungen den Schritt der Sicherheitskontrolle und die anschließende Rechteübertragung regeln.

Geschäftsgeheimnisse

Viel wertvolle Technologie wird nie patentiert. Ein **Geschäftsgeheimnis**, also eine aus finanziellen oder geistigen Investitionen gewonnene Information, die nicht allgemein bekannt ist, ihrem Inhaber einen Vorteil verschafft und durch die erforderlichen Maßnahmen geheim gehalten wird, ist ohne Eintragung geschützt, solange diese Voraussetzungen fortbestehen (Artikel 84), sofern es nicht unter die Ausschlüsse in Artikel 85 fällt, etwa Geheimnisse zur persönlichen Identität und Staatsgeheimnisse.

Eine Verletzung umfasst den Zugriff auf das Geheimnis oder dessen Erlangung durch Überwindung von Sicherheitsmaßnahmen, seine Offenlegung oder Nutzung ohne Erlaubnis, den Bruch einer Vertraulichkeitsvereinbarung und die Verleitung eines anderen zu einem solchen Bruch (Artikel 127).

Der Schutz hängt davon ab, dass der Inhaber nachweist, angemessene Maßnahmen zur Geheimhaltung der Information ergriffen zu haben; die Nachweise müssen daher vor jedem Streit vorliegen: schriftliche Vertraulichkeitsvereinbarungen mit Arbeitnehmern, Auftragnehmern und Partnern, Zugangskontrollen und Kennzeichnung von Dokumenten, Verfahren beim Ausscheiden und Aufzeichnungen darüber, wer was erhalten hat. Das Arbeitsgesetzbuch erlaubt Arbeitgeber und Arbeitnehmer, schriftlich den Schutz von Geschäfts- und Technologiegeheimnissen und eine Entschädigung bei Verletzung zu vereinbaren (Artikel 21, Gesetz Nr. 45/2019/QH14), und eine zu Beginn des Arbeitsverhältnisses getroffene Vereinbarung lässt sich leichter durchsetzen als eine später auferlegte (Arbeitsverträge und Probezeit). Wettbewerbsverbote haben im vietnamesischen Arbeitsrecht einen unsicheren Status, und man sollte sich nicht auf sie als wichtigsten Schutz verlassen.

Patente, Gebrauchslösungen und Designs: die wichtigsten Zahlen (Oktober 2026)

Posten	Erfindungspatent	Patent für eine Gebrauchslösung	Design
Voraussetzungen	Neuheit, erfinderische Tätigkeit, gewerbliche Anwendbarkeit	Neuheit und gewerbliche Anwendbarkeit; nicht allgemein bekannt	Neuheit, Eigenart, gewerbliche Anwendbarkeit
Bedingung	20 Jahre ab Anmeldung	10 Jahre ab Anmeldung	5 Jahre ab Anmeldung, zweimal verlängerbar (15 Jahre)
Pariser Priorität	12 Monaten	12 Monaten	6 Monate
Neuheitsschonfrist nach eigener Offenbarung	12 Monaten	12 Monaten	6 Monate
Internationaler Weg	PCT; nationale Phase bis 31 Monate ab Priorität	PCT; nationale Phase bis 31 Monate ab Priorität	Haager Abkommen (Genfer Akte)
Veröffentlichung	19. Monat ab Anmeldung oder Priorität; auf Antrag früher	Wie bei Erfindungen	Innerhalb von 1 Monat nach Annahme in der Formalprüfung
Widerspruch	6 Monate ab Veröffentlichung (3 bei beschleunigter Prüfung)	Wie bei Erfindungen	3 Monate ab Veröffentlichung
Materielle Prüfung	Auf Antrag innerhalb von 36 Monaten ab Anmeldung oder Priorität; Abschluss innerhalb von 12 Monaten	Auf Antrag; Abschluss innerhalb von 12 Monaten	Von Amts wegen; innerhalb von 5 Monaten nach Veröffentlichung
Beschleunigte Prüfung	3 Monate, nur in den vorgesehenen Fällen	Nicht vorgesehen	Nicht vorgesehen

Posten	Erfindungspatent	Patent für eine Gebrauchslösung	Design
Quelle	IP-Gesetz, Art. 58, 93, 110, 112a und 119, geändert durch Gesetz Nr. 131/2025/QH15; Rundschreiben Nr. 10/2026/TT-BKHCN	Ebenso	IP-Gesetz, Art. 63, 93 und 119 in geänderter Fassung

RECHENBEISPIEL

Ein koreanischer Medizintechnikhersteller schützt eine neue Infusionspumpe in Vietnam

Ein koreanisches Unternehmen reicht am 1. März 2025 eine koreanische Patentanmeldung für einen neuen Infusionspumpenmechanismus und am 1. April 2025 eine koreanische Designanmeldung für das Pumpengehäuse ein. Es plant, die Pumpe ab 2027 bei seiner vietnamesischen Tochtergesellschaft in Dong Nai zu montieren. Die Zahlen dienen der Veranschaulichung; die Honorarspannen sind marktübliche Spannen im Oktober 2026, keine Angebote.

Design	Die Pariser Prioritätsfrist für das Design endet am 1. Oktober 2025. Das Unternehmen benennt Vietnam in einer am 25. September 2025 eingereichten internationalen Eintragung nach dem Haager System unter Inanspruchnahme der koreanischen Priorität. IP Viet Nam prüft die Benennung; es ergeht keine Schutzverweigerung, und der Schutz läuft ab dem Datum der internationalen Eintragung fünf Jahre, zweimal verlängerbar.
PCT-Anmeldung	PCT-Anmeldung am 27. Februar 2026 unter Inanspruchnahme der koreanischen Priorität. Der internationale Recherchenbericht fällt für zwei von drei unabhängigen Ansprüchen günstig aus.
Frist für die nationale Phase	31 Monate ab dem 1. März 2025 enden am 1. Oktober 2027. Das Unternehmen tritt im Juli 2027 über einen zugelassenen Vertreter mit einer vietnamesischen Übersetzung in die vietnamesische nationale Phase ein und beantragt sofort die materielle Prüfung; die äußerste Frist wäre der 1. März 2028 gewesen (36 Monate).
Beschleunigte Prüfung	Nicht möglich: Die Pumpe steht nicht auf der Liste strategischer Technologien und ist keine Erfindung für Notlagen.
Prüfung	Die Veröffentlichung folgt auf die Annahme in der Formalprüfung; die zwölfmonatige Prüfungsfrist läuft ab dem späteren Zeitpunkt von Veröffentlichung und Antrag. Das Unternehmen beruft sich zur Stützung seiner Argumente auf die koreanische Erteilung. Mit einer Erteilung kann vernünftigerweise 2028 oder 2029 gerechnet werden, abhängig von den tatsächlichen Bearbeitungszeiten von IP Viet Nam.
Lizenz an die Tochtergesellschaft	Die Muttergesellschaft lizenziert das Patent und das Fertigungs-Know-how gegen eine Lizenzgebühr von 3 % des Nettoumsatzes an die vietnamesische Tochtergesellschaft. Die Lizenz wird nach Erteilung des Patents bei IP Viet Nam eingetragen, und der Technologietransferanteil wird innerhalb von 90 Tagen nach Unterzeichnung registriert; auf die Lizenzgebühr fällt die Steuer für ausländische Auftragnehmer an.

Verbesserungen durch Arbeitnehmer	Die Ingenieure der Tochtergesellschaft entwickeln 2028 ein verbessertes Ventil. Es gehört nach Artikel 86 der Tochtergesellschaft; die Arbeitsverträge legen eine Vergütung unterhalb der gesetzlichen Regelsätze von 10 % und 15 % fest, wie es die Parteien vereinbaren dürfen. Die Tochtergesellschaft meldet eine Gebrauchslösung an und überträgt sie dann an die Muttergesellschaft, nachdem sie geprüft hat, dass das Gebiet keiner Sicherheitskontrolle unterliegt.
Kosten (übliche Spannen)	Eintritt in die nationale Phase, Übersetzung und Prüfung bis zur Erteilung: 2000 bis 5000 USD an Honoraren zuzüglich Amtsgebühren und Jahresgebühren; Designbenennung über das Haager System zu den WIPO-Gebühren zuzüglich eines lokalen Budgets für eine Erwiderung im Fall einer Schutzverweigerung.

Hätte das Unternehmen die Pumpe vor dem 1. März 2025 ohne Anmeldung auf einer Fachmesse in Vietnam vorgestellt, hätte die zwölfmonatige Neuheitsschonfrist die Neuheit in Vietnam geschützt, nicht aber unbedingt in anderen Ländern.

Hätten die Ingenieure der Tochtergesellschaft das Ventil auf einem Gebiet entwickelt, das von der Liste der Sicherheitskontrolle erfasst ist, hätte die Erstanmeldung vor jeder Anmeldung im Ausland die vietnamesische Sicherheitskontrolle durchlaufen müssen.

Fragen von Investoren zu Patenten und Designs

Welche Frist gilt für den Eintritt in Vietnam aus einer PCT-Anmeldung?

Nach Rundschreiben Nr. 10/2026/TT-BKHCN 31 Monate ab dem Prioritätstag oder, wenn keine Priorität beansprucht wird, ab dem internationalen Anmeldetag. Der Anmelder reicht das Antragsformular, eine vietnamesische Übersetzung der Beschreibung und der Zusammenfassung und, wenn er über einen Vertreter handelt, eine Vollmacht ein. Die materielle Prüfung muss dann innerhalb von 36 Monaten ab Priorität beantragt werden.

Wie lange dauert ein vietnamesisches Patent nach den Änderungen von 2025?

Nach Gesetz Nr. 131/2025/QH15 muss die materielle Prüfung innerhalb von 12 Monaten ab dem späteren Zeitpunkt von Veröffentlichung und Prüfungsantrag abgeschlossen sein statt wie bisher innerhalb von 18 Monaten, und der Antrag muss innerhalb von 36 Monaten ab Priorität gestellt werden. Die beschleunigte Prüfung in drei Monaten gilt nur für strategische Technologien und Erfindungen für Notlagen.

Lohnt sich die Anmeldung einer Gebrauchslösung?

Bei schrittweisen Verbesserungen häufig ja. Ein Patent für eine Gebrauchslösung erfordert Neuheit und gewerbliche Anwendbarkeit, aber keine erfinderische Tätigkeit, sofern die Lösung nicht allgemein bekannt ist, und gilt zehn Jahre ab Anmeldung. Es ist in gleicher Weise durchsetzbar wie ein Patent und eignet sich für Produkte mit kurzer Marktlebensdauer.

Wem gehören Erfindungen der Mitarbeiter meiner vietnamesischen Tochtergesellschaft?

Der Tochtergesellschaft, wenn sie die Aufgabe übertragen oder den Erfinder eingestellt hat, sofern nichts anderes vereinbart ist (Artikel 86 des IP-Gesetzes). Sie muss dem Erfinder mindestens 10 % des Gewinns aus der Nutzung und 15 % der Lizenzeinnahmen zahlen, sofern die Parteien keinen anderen Betrag vereinbaren. Eine Muttergesellschaft, die Inhaberin werden will, benötigt eine schriftliche Übertragung.

Darf die Erfindung meines vietnamesischen F&E-Teams zuerst in unserem Heimatland angemeldet werden?

Nicht immer. Nach Artikel 89a muss eine in Vietnam geschaffene Erfindung im Eigentum einer vietnamesischen Organisation, einschließlich einer Tochtergesellschaft in ausländischem Eigentum, auf einem Gebiet, das die Landesverteidigung und die nationale Sicherheit berührt, vor einer Anmeldung im Ausland die Sicherheitskontrolle in Vietnam durchlaufen. Prüfen Sie die Liste in Dekret Nr. 65/2023/ND-CP in geänderter Fassung, bevor Sie über den Anmeldeort entscheiden.

AUSBLICK AUF 2027

- Regierungsvorschriften zur Schaffung und Begründung von Rechten an mit künstlicher Intelligenz erzeugten Gegenständen werden auf Grundlage des Gesetzes Nr. 131/2025/QH15 erwartet; bis zu ihrem Erlass sollten Anmelder den menschlichen Beitrag und den KI-Einsatz zutreffend beschreiben.
- Aktualisierte Richtlinien für die Patentprüfung, auch für pharmazeutische und biotechnologische Erfindungen, wurden 2025 und 2026 bei IP Viet Nam vorbereitet; prüfen Sie diese, bevor Sie Ansprüche auf diesen Gebieten formulieren.
- Ob IP Viet Nam die verkürzten Prüfungsfristen von 12 Monaten für Patente und fünf Monaten für Designs einhält, wird ab 2027 erkennbar, wenn über nach dem 1. April 2026 veröffentlichte Anmeldungen entschieden wird.

Begriffe, denen Sie in den Unterlagen begegnen

Englisch	Vietnamesisch	Bedeutung
Invention	*Sáng chế*	Eine technische Lösung, die neu ist, auf erfinderischer Tätigkeit beruht und gewerblich anwendbar ist.
Invention patent	*Bằng độc quyền sáng chế*	Das Schutzrecht, das eine Erfindung 20 Jahre ab Anmeldung schützt.
Utility solution patent	*Bằng độc quyền giải pháp hữu ích*	Ein zehnjähriges Schutzrecht für eine neue, gewerblich anwendbare Lösung ohne Prüfung der erfinderischen Tätigkeit.
Industrial design	*Kiểu dáng công nghiệp*	Die äußere Erscheinungsform eines Erzeugnisses oder eines Teils davon, körperlich oder nichtkörperlich.

Englisch	Vietnamesisch	Bedeutung
Request for substantive examination	*Yêu cầu thẩm định nội dung*	Der Antrag, ohne den eine Erfindungsanmeldung nicht geprüft wird; innerhalb von 36 Monaten zu stellen.
Fast-track examination	*Thẩm định nội dung nhanh*	Prüfung in drei Monaten, nur in den von der Regierung bestimmten Fällen.
Security control of inventions	*Kiểm soát an ninh đối với sáng chế*	Die Prüfung, bevor eine in Vietnam auf sensiblen Gebieten gemachte Erfindung im Ausland angemeldet wird (Artikel 89a).
Trade secret	*Bí mật kinh doanh*	Vertrauliche geschäftliche Information, die ohne Eintragung geschützt ist (Artikel 84).
Remuneration to the author	*Thù lao cho tác giả*	Die gesetzliche Vergütung des Erfinders oder Designers (Artikel 135).

AUSLÄNDISCHE UND VIETNAMESISCHE INVESTOREN IM VERGLEICH

Kriterien, Schutzdauer und Prüfungsregeln sind für alle Anmelder gleich. Ein ausländischer Anmelder ohne Niederlassung in Vietnam muss über einen zugelassenen Vertreter handeln und gelangt in der Regel über das PCT- oder das Haager System nach Vietnam, während ein vietnamesischer Anmelder unmittelbar anmelden kann. Die Regel zur Sicherheitskontrolle in Artikel 89a bindet vietnamesische Inhaber, wozu eine vietnamesische Tochtergesellschaft in ausländischem Eigentum gehört, nicht aber ihre ausländische Muttergesellschaft; ob sie anwendbar ist, hängt daher davon ab, wo eine Erfindung gemacht wird und welche Gesellschaft bei ihrer Schaffung Inhaberin ist.

WORAUF SIE ACHTEN SOLLTEN

- Versäumen der PCT-Frist von 31 Monaten für Vietnam; notieren Sie sie getrennt von den 30-Monats-Fristen, die in vielen anderen Ländern gelten.
- Vertrauen auf die alte Frist von 42 Monaten für den Prüfungsantrag; für Anmeldungen nach dem geänderten Gesetz beträgt sie 36 Monate ab Priorität.
- Mangelhafte vietnamesische Übersetzungen, die die Ansprüche einengen oder unwirksam machen.
- Verträge mit Forschungsmitarbeitern, die zur Vergütung schweigen, sodass die gesetzlichen Regelsätze von 10 % und 15 % gelten.
- Erstanmeldung einer Erfindung des vietnamesischen Teams im Ausland ohne Prüfung der Liste der Sicherheitskontrolle.
- Annahme, Geschäftsgeheimnisse seien geschützt, ohne unterzeichnete Vertraulichkeitsvereinbarungen, Zugangskontrollen und Nachweise über diese Maßnahmen.

AMTLICHE QUELLEN

- Nationale Rechtsdatenbank (vbpl.vn): Gesetz Nr. 50/2005/QH11 über geistiges Eigentum in geänderter Fassung; Gesetz Nr. 131/2025/QH15 — https://vbpl.vn
- Regierungsportal: Dekret Nr. 65/2023/ND-CP, geändert durch die Dekrete Nr. 15/2026/ND-CP, 33/2026/ND-CP und 100/2026/ND-CP; Rundschreiben Nr. 10/2026/TT-BKHCN — https://chinhphu.vn
- Amt für geistiges Eigentum (IP Viet Nam): Patent- und Designanmeldungen — https://ipvietnam.gov.vn
- Ministerium für Wissenschaft und Technologie — https://mst.gov.vn

Urheberrecht, Software und KI: automatischer Schutz, freiwillige Registrierung, Inhaberschaft an Werken von Arbeitnehmern und Auftragnehmern, Urheberpersönlichkeitsrechte, Softwarelizenzierung, verwandte Schutzrechte, kollektive Rechtewahrnehmung, die KI-Trainingsausnahme von 2026 und das Gesetz über künstliche Intelligenz

Überprüft am 26. November 2026 · Verfasst von einem Wirtschaftsjuristen mit über 30 Jahren Erfahrung, davon fast 20 in Vietnam · Rechts-und Steuerinformationen, keine Rechtsberatung · So prüfen wir · In der App öffnen

DAS WICHTIGSTE IN KÜRZE

- Das Urheberrecht entsteht automatisch, wenn ein Werk geschaffen und in materieller Form festgelegt wird, ohne Registrierung (Artikel 6 des Gesetzes Nr. 50/2005/QH11 über geistiges Eigentum in geänderter Fassung); Computerprogramme sind als Sprachwerke geschützt.
- Die Registrierung beim Urheberrechtsamt Vietnams ist freiwillig, verlagert aber die Beweislast auf denjenigen, der die Inhaberschaft bestreitet (Artikel 49), und die Änderungen von 2025 erlauben der Behörde, eine mit falschen Angaben erlangte Bescheinigung für ungültig zu erklären.
- Werke, die ein Arbeitnehmer im Rahmen einer übertragenen Aufgabe oder aufgrund eines Auftragsvertrags schafft, gehören grundsätzlich der Organisation, die sie übertragen oder in Auftrag gegeben hat; die Urheberpersönlichkeitsrechte mit Ausnahme des Veröffentlichungsrechts verbleiben jedoch beim Urheber und sind nicht übertragbar (Artikel 19, 39 und 45).
- Ab 1. April 2026 dürfen rechtmäßig veröffentlichte und öffentlich zugängliche Werke und Daten für wissenschaftliche Forschung, Tests und das Training von KI-Systemen genutzt werden, sofern dies Urheber und Rechteinhaber nicht unangemessen beeinträchtigt, vorbehaltlich einer Regelung durch die Regierung (Artikel 7 Abs. 5, geändert durch Gesetz Nr. 131/2025/QH15).
- Das Gesetz Nr. 134/2025/QH15 über künstliche Intelligenz, in Kraft seit 1. März 2026, verlangt eine maschinenlesbare Kennzeichnung KI-generierter Audio-, Bild-und Videoinhalte und verbietet die Erhebung von Daten für KI unter Verstoß gegen das Recht des geistigen Eigentums und das Datenschutzrecht, mit Übergangsfristen bis 2027 für bereits betriebene Systeme.

Automatischer Schutz und sein Umfang

Das Urheberrecht entsteht in Vietnam, wenn ein Werk geschaffen und in irgendeiner materiellen Form festgelegt wird, unabhängig von Inhalt, Qualität, Form, Sprache und davon, ob es veröffentlicht oder registriert wurde (Artikel 6 des Gesetzes Nr. 50/2005/QH11 über geistiges Eigentum, zuletzt geändert durch Gesetz Nr. 131/2025/QH15) (FAQ 84). Geschützt sind unter anderem literarische und wissenschaftliche Werke, Vorträge, journalistische Werke, Musik, Bühnenwerke, Filmwerke, Werke der bildenden und angewandten Kunst, Fotografien, Werke der Baukunst, Karten und Zeichnungen sowie Computerprogramme und Datensammlungen (Artikel 14). Der Schutz erstreckt sich auf die Ausdrucksform eines Werks, nicht auf Ideen, Verfahren, Methoden oder Konzepte, und Gesetz Nr. 131/2025/QH15 stellt nun ausdrücklich klar, dass Ideen, Slogans und Werktitel für sich genommen nicht geschützt sind. Reine Tatsachenmeldungen, Rechts- und Verwaltungstexte und ihre amtlichen Übersetzungen sind ausgenommen (Artikel 15).

Die Verwertungsrechte bestehen für die Lebenszeit des Urhebers und 50 Jahre nach seinem Tod; Filmwerke, fotografische Werke, Werke der angewandten Kunst und anonyme Werke sind 75 Jahre ab der ersten Veröffentlichung geschützt (Artikel 27). Ein ausländisches Werk ist in Vietnam über die Berner Übereinkunft, das TRIPS-Übereinkommen der WTO und die Freihandelsabkommen Vietnams, darunter CPTPP und EVFTA, geschützt, sodass Software, Inhalte und Designs eines ausländischen Unternehmens ohne jede vietnamesische Formalität geschützt sind.

Registrierung beim Urheberrechtsamt

Die Registrierung ist freiwillig. Ein Urheber oder Inhaber kann ein Werk sowie eine Darbietung, einen Tonträger oder eine Sendung beim **Urheberrechtsamt Vietnams** (Cục Bản quyền tác giả) beim Ministerium für Kultur, Sport und Tourismus registrieren lassen, das innerhalb von 15 Arbeitstagen nach einem ordnungsgemäßen Antrag eine Bescheinigung ausstellt (Artikel 49 bis 52), nach dem Verfahren des Dekrets Nr. 17/2023/ND-CP. Eine Bescheinigung begründet das Recht nicht, doch ihr Inhaber muss seine Inhaberschaft nicht beweisen, solange kein Gegenbeweis vorliegt; die Beweislast geht auf den Anfechtenden über. Für einen ausländischen Investor, der Rechte an Software, Inhalten oder Verpackungsgestaltungen in Vietnam durchsetzen will, ist eine Bescheinigung der schnellste Weg, einen Beamten der Marktüberwachung, einen Zollbeamten oder ein Gericht von der Inhaberschaft zu überzeugen.

Ein ausländischer Inhaber registriert über einen Vertreter mit Vollmacht, unter Vorlage einer Kopie des Werks oder, bei Software, identifizierender Unterlagen wie Auszügen aus dem Quellcode sowie, wenn er nicht der Urheber ist, von Dokumenten, die zeigen, wie er die Rechte erworben hat: eine Übertragung, ein Arbeitsverhältnis oder ein Auftragsvertrag. Gesetz Nr. 131/2025/QH15 erlaubt der Urheberrechtsbehörde, eine Bescheinigung aufgrund eigener Feststellung für ungültig zu erklären, wenn sie auf falschen oder irreführenden Angaben beruht; die Rechtekette muss daher genau dokumentiert sein.

Wem Werke von Arbeitnehmern und Auftragnehmern gehören

Das vietnamesische Recht trennt den **Urheber**, also die natürliche Person, die das Werk schafft, vom **Inhaber des Urheberrechts**, der die Verwertungsrechte hält. Überträgt eine Organisation die Schaffung eines Werks einem Urheber, der ihr Mitglied oder Arbeitnehmer ist, oder gibt sie es vertraglich in Auftrag, ist die Organisation, die das Werk übertragen oder in Auftrag gegeben hat, Inhaberin der Verwertungsrechte und des Veröffentlichungsrechts, sofern die Parteien nichts anderes vereinbaren (Artikel 39). Ein vietnamesisches Unternehmen ist daher grundsätzlich Inhaber der Software, die seine Entwickler in Erfüllung ihrer Aufgaben schreiben, und der Inhalte, die es vertraglich bei einer Agentur oder einem Freiberufler in Auftrag gibt.

Auf diese Grundregel allein sollte man sich nicht verlassen. Der Arbeitsvertrag oder die Stellenbeschreibung sollte festlegen, dass im Rahmen des Arbeitsverhältnisses geschaffene Werke dem Unternehmen gehören; ein Auftragsvertrag sollte ausdrücklich bestimmen, dass alle Verwertungsrechte an den Arbeitsergebnissen, einschließlich Quellcode, Dokumentation und Vorarbeiten, mit ihrer Schaffung beim Auftraggeber entstehen oder ihm mit der Zahlung übertragen werden; und soll eine ausländische Muttergesellschaft Inhaberin der Rechte sein, sollte das vietnamesische Unternehmen sie schriftlich übertragen. Übertragungs- und Lizenzverträge über Urheberrechte bedürfen der Schriftform und müssen Rechte, Umfang, Laufzeit, Preis und Zahlung bezeichnen (Artikel 46 bis 48). Überträgt ein Softwareentwicklungs- oder Lizenzvertrag zugleich Know-how oder Technologie nach Vietnam oder aus Vietnam, ist zu prüfen, ob es sich um einen registrierungspflichtigen Technologietransfer handelt (Technologietransfer und Lizenzierung).

Urheberpersönlichkeitsrechte

Der Urheber behält die **Urheberpersönlichkeitsrechte** (Artikel 19): dem Werk seinen Titel zu geben, auf ihm genannt zu werden, bei Veröffentlichung oder Nutzung als Urheber angegeben zu werden und die Integrität des Werks gegen Entstellung, Verstümmelung oder Änderung zu schützen, die seiner Ehre oder seinem Ruf schadet. Diese Rechte sind nicht übertragbar und verbleiben mit Ausnahme des Veröffentlichungsrechts auch dann beim Urheber, wenn der Arbeitgeber oder Auftraggeber die Verwertungsrechte innehat (Artikel 45). In der Praxis ist dies vor allem bei Software, Werbung und Designarbeiten von Bedeutung, die ständig geändert werden. Ein Vertrag sollte die Zustimmung des Urhebers zu Änderung, Bearbeitung und Nutzung ohne Namensnennung festhalten, soweit das Gesetz dies zulässt, und das Unternehmen sollte Aufzeichnungen führen, die die Urheber wesentlicher Werke ausweisen.

Software: Schutz, Lizenzierung und Sicherungskopien

Ein Computerprogramm ist im Quellcode wie im Objektcode als Sprachwerk geschützt (Artikel 22), zusammen mit seiner Dokumentation. Der Inhaber hat das ausschließliche Recht, es zu vervielfältigen, zu bearbeiten, zu verbreiten und öffentlich wiederzugeben, einschließlich der Bereitstellung im Internet. Ein rechtmäßiger Nutzer darf eine Sicherungskopie ausschließlich zum Ersatz einer verlorenen oder unbrauchbar gewordenen Kopie anfertigen und darf sie an niemanden weitergeben; Gesetz Nr. 131/2025/QH15 ergänzt, dass sich das Recht auf Sicherungskopien nach den Lizenzbedingungen richtet, wenn das Programm als Software-Dienstleistung oder über eine Online-Plattform bereitgestellt

wird. Die einem Programm zugrunde liegenden funktionalen Ideen, Algorithmen und Schnittstellen sind als solche nicht urheberrechtlich geschützt; deshalb sollte Quellcode zusätzlich als Geschäftsgeheimnis behandelt werden (Patente, Gebrauchslösungen und Designs).

Softwarelizenzen sind urheberrechtliche Lizenzen. Sie bedürfen der Schriftform und müssen die eingeräumten Rechte, die ausschließlich oder nicht ausschließlich sein können, sowie Gebiet, Laufzeit, Preis und die Pflichten der Parteien festlegen. Seit Gesetz Nr. 115/2025/QH15 am 1. April 2026 in Kraft getreten ist, nennt das Gesetz über Technologietransfer Software, Algorithmen und Daten als Gegenstände des Technologietransfers. Eine Standardlizenz für Standardsoftware wird in der Regel nicht als Technologietransfer behandelt, wohl aber möglicherweise eine individuelle Lizenz, mit der ein ausländischer Lizenzgeber einem vietnamesischen Lizenznehmer Quellcode, Know-how und Schulungen liefert; sie sollte anhand der Registrierungsregel geprüft werden. Ins Ausland gezahlte Lizenzgebühren für Software unterliegen der Steuer für ausländische Auftragnehmer zum Satz für Lizenzgebühren (Zahlungen an ausländische Lieferanten und Konzerngesellschaften).

Verwandte Schutzrechte und kollektive Rechtewahrnehmung

Ausübende Künstler, Hersteller von Ton- und Videoaufzeichnungen und Sendeunternehmen haben **verwandte Schutzrechte** an ihren Darbietungen, Aufzeichnungen und Sendungen, in der Regel für 50 Jahre (Artikel 29 bis 34), und Gesetz Nr. 131/2025/QH15 erweitert den Schutz verwandter Schutzrechte auf verschlüsselte programmtragende Kabelsignale. Ein Unternehmen, das in Geschäften, Hotels, Restaurants oder in Warteschleifen Hintergrundmusik abspielt oder Kunden Musik und Videos streamt, benötigt Lizenzen der Rechteinhaber, in der Regel über nach Artikel 56 zugelassene **Verwertungsgesellschaften**, etwa das Vietnamesische Zentrum zum Schutz musikalischer Urheberrechte (VCPMC) für musikalische Werke. Die Tarife werden von den Verwertungsgesellschaften nach den Regeln der Regierung festgelegt, und eine unlizenzierte öffentliche Wiedergabe ist ein häufiger Anlass für verwaltungsrechtliche Beschwerden und Bußgelder.

Künstliche Intelligenz: Training, Ergebnisse und Kennzeichnung

Gesetz Nr. 131/2025/QH15 hat in Artikel 7 des IP-Gesetzes einen neuen Absatz 5 eingefügt. Ab 1. April 2026 dürfen Organisationen und Einzelpersonen rechtmäßig veröffentlichte und öffentlich zugängliche Dokumente und Daten, auch solche mit Bezug zu Rechten des geistigen Eigentums, für **wissenschaftliche Forschung, Tests und das Training von Systemen künstlicher Intelligenz** nutzen, sofern die Nutzung die Rechte und berechtigten Interessen von Urhebern und Rechteinhabern nicht unangemessen beeinträchtigt; ist das Material urheberrechtlich oder durch verwandte Schutzrechte geschützt, muss die Nutzung zudem den von der Regierung zu erlassenden Vorschriften entsprechen (FAQ 85). Die Ausnahme ist enger, als sie zunächst erscheinen mag. Sie erfasst nur Material, das rechtmäßig veröffentlicht wurde und öffentlich zugänglich ist, sodass Inhalte hinter Bezahlschranken oder unter Verstoß gegen Zugangsbedingungen erlangte Inhalte nicht darunter fallen; sie unterliegt einer am Dreistufentest orientierten Grenze der unangemessenen Beeinträchtigung; und ihre Einzelheiten, etwa ein etwaiger Widerspruch der Rechteinhaber (Opt-out), hängen von den Vorschriften der Regierung ab. Entwickler, die Modelle in Vietnam trainieren, sollten die verwendeten Quellen und die Grundlage ihrer Nutzung dokumentieren.

Das Gesetz sieht außerdem vor, dass die Regierung regeln wird, wie Rechte an Gegenständen entstehen und begründet werden, die unter Einsatz von KI-Systemen geschaffen werden. Bis zum Erlass dieser Vorschriften gilt weiterhin, dass das Urheberrecht Werke menschlicher Urheber schützt und dass ohne nennenswerten menschlichen schöpferischen Beitrag erzeugte Ergebnisse voraussichtlich nicht geschützt sind; Antragsteller einer Registrierung sollten die Rolle der KI und des menschlichen Urhebers zutreffend beschreiben. Daneben stuft das **Gesetz Nr. 134/2025/QH15 über künstliche Intelligenz**, verabschiedet am 10. Dezember 2025 und in Kraft seit 1. März 2026, KI-Systeme nach ihrem Risiko in die Stufen hoch, mittel und niedrig ein, verpflichtet Anbieter, KI-generierte Audio-, Bild- und Videoinhalte maschinenlesbar zu kennzeichnen, verlangt von Betreibern die Offenlegung von Inhalten, die mit echten Ereignissen oder Personen verwechselt werden könnten, und verbietet die Erhebung oder Verarbeitung von Daten für die KI-Entwicklung unter Verstoß gegen die Gesetze über Daten, den Schutz personenbezogener Daten, geistiges Eigentum und Cybersicherheit. Bereits betriebene Systeme haben bis 1. März 2027, im Gesundheitswesen, im Bildungswesen und im Finanzsektor bis 1. September 2027 Zeit, die Anforderungen zu erfüllen, und Anbieter bestimmter Hochrisikosysteme benötigen eine geschäftliche Präsenz oder einen bevollmächtigten Vertreter in Vietnam.

Sicherung des Urheberrechts an Software und Inhalten, die für ein vietnamesisches Unternehmen geschaffen werden

Die Unterlagen, die die Inhaberschaft beweisbar und übertragbar machen. Die meisten Softwarestreitigkeiten in Vietnam drehen sich um fehlende Unterlagen und nicht um Rechtsfragen.

- [ ] **Arbeitsvertragliche Regelungen**
  Vertrag oder Stellenbeschreibung, die schöpferische Arbeit als Dienstpflicht festlegen, die Inhaberschaft des Unternehmens an den Werken bestimmen und die Zustimmung zu Änderung und Nutzung ohne Namensnennung festhalten, soweit zulässig.
- [ ] **Verträge mit Auftragnehmern und Agenturen**
  Ausdrückliche Zuweisung oder Übertragung aller Verwertungsrechte an Arbeitsergebnissen, Quellcode und Vorarbeiten, bei Bedarf mit der Zahlung als Auslöser, und Zusicherungen der Originalität.
- [ ] **Konzerninterne Übertragung**
  Schriftliche Übertragung vom vietnamesischen Unternehmen an die Muttergesellschaft, wenn diese Inhaberin der Rechte sein soll, unter Berücksichtigung der Registrierung als Technologietransfer und der Steuern.
- [ ] **Open-Source-Verzeichnis**
  Eine Liste der Open-Source-Komponenten und ihrer Lizenzen, die vor dem Vertrieb geprüft wird.
- [ ] **Registrierung**
  Bescheinigungen des Urheberrechtsamts für wichtige Software, Inhalte und Verpackungsgestaltungen, die möglicherweise durchgesetzt werden müssen.

- [ ] **Kontrollen für den Quellcode**
  Zugriffsprotokolle des Repositorys, Vertraulichkeitsvereinbarungen und Hinterlegungsvereinbarungen (Escrow), wo Kunden sie verlangen.
- [ ] **Musik- und Medienlizenzen**
  Lizenzen von Verwertungsgesellschaften für die öffentliche Wiedergabe in Geschäftsräumen und online.
- [ ] **KI-Dokumentation**
  Quellen der Trainingsdaten und Grundlage ihrer Nutzung sowie Aufzeichnungen über den menschlichen Beitrag zu KI-gestützten Werken; Kennzeichnung KI-generierter Medien.

Urheberrecht und verwandte Schutzrechte im Überblick (Oktober 2026)

Posten	Regel	Quelle
Entstehung der Rechte	Automatisch mit Schaffung und Festlegung; keine Formalitäten	IP-Gesetz, Art. 6
Computerprogramme	Als Sprachwerke geschützt, Quell- und Objektcode	IP-Gesetz, Art. 14 und 22
Nicht geschützt	Ideen, Verfahren, Methoden; Slogans und Werktitel für sich genommen	IP-Gesetz, Art. 15, geändert durch Gesetz Nr. 131/2025/QH15
Schutzdauer (allgemein)	Lebenszeit des Urhebers plus 50 Jahre	IP-Gesetz, Art. 27
Schutzdauer (Filme, Fotografien, angewandte Kunst, anonyme Werke)	75 Jahre ab erster Veröffentlichung	IP-Gesetz, Art. 27
Verwandte Schutzrechte	In der Regel 50 Jahre	IP-Gesetz, Art. 34
Registrierung	Freiwillig; Bescheinigung innerhalb von 15 Arbeitstagen; verlagert die Beweislast	IP-Gesetz, Art. 49 bis 52; Dekret Nr. 17/2023/ND-CP
Werke von Arbeitnehmern und Auftragswerke	Die Organisation, die das Werk übertragen oder in Auftrag gegeben hat, hält die Verwertungsrechte, sofern nichts anderes vereinbart ist	IP-Gesetz, Art. 39
Urheberpersönlichkeitsrechte	Verbleiben beim Urheber; nicht übertragbar mit Ausnahme des Veröffentlichungsrechts	IP-Gesetz, Art. 19 und 45
KI-Training	Rechtmäßig veröffentlichte, öffentlich zugängliche Werke und Daten, ohne unangemessene Beeinträchtigung, vorbehaltlich einer Regelung durch die Regierung	IP-Gesetz, Art. 7 Abs. 5 in geänderter Fassung
KI-generierte Medien	Maschinenlesbare Kennzeichnung durch Anbieter; Offenlegung durch Betreiber	Gesetz Nr. 134/2025/QH15

RECHENBEISPIEL

Ein Softwarekonzern aus Singapur entwickelt ein Produkt mit einem vietnamesischen Team

Ein Unternehmen aus Singapur ist Inhaber einer Logistik-Softwareplattform. Es gründet in Da Nang eine vietnamesische LLC in seinem Alleineigentum mit 40 Entwicklern und beauftragt außerdem eine Agentur in Hanoi mit dem Design der Benutzeroberfläche und einen freiberuflichen Illustrator mit Grafiken für das Marketing. Das Beispiel dient der Veranschaulichung; die Honorarspannen sind marktübliche Spannen im Oktober 2026, keine Angebote.

Inhaberschaft nach der Grundregel	Von den Entwicklern der LLC geschriebener Code gehört nach Artikel 39 der LLC; die Oberflächendesigns der Agentur und die Grafiken des Illustrators gehören demjenigen, den die Verträge bestimmen, und mangels klarer Regelung nach Artikel 39 ebenfalls dem Auftraggeber.
Abgeschlossene Verträge	Arbeitsverträge, nach denen im Rahmen des Arbeitsverhältnisses geschaffene Software und Dokumentation der LLC gehören, mit Zustimmung zu Änderungen; Verträge mit Agentur und Freiberufler, nach denen alle Verwertungsrechte mit der Zahlung der LLC zustehen, mit Zusicherungen der Originalität.
Übertragung an die Muttergesellschaft	Die LLC überträgt den von ihr geschaffenen Code vierteljährlich auf Grundlage einer schriftlichen konzerninternen Entwicklungsvereinbarung gegen eine fremdübliche Vergütung auf Kostenaufschlagsbasis (Cost-plus) an die Muttergesellschaft in Singapur. Da die Übertragung Technologie aus Vietnam hinausverlagert, prüfen die Parteien, ob es sich um einen Technologietransfer ins Ausland handelt, der innerhalb von 90 Tagen nach Unterzeichnung zu registrieren ist, und kommen zu dem Ergebnis, dass die Entwicklungsvereinbarung registriert werden muss.
Urheberpersönlichkeitsrechte	Die Entwickler bleiben Urheber; die Vereinbarung hält ihre Zustimmung zu Änderungen und zur Nutzung ohne individuelle Namensnennung fest, und die LLC führt für jede Version Aufzeichnungen über die Urheber.
Registrierung	Die Muttergesellschaft lässt die Kernplattform über einen Vertreter beim Urheberrechtsamt registrieren und legt die Rechtekette vor. Die Bescheinigung wird nach etwa drei Wochen ausgestellt und dient als Grundlage für Löschungsanträge gegen einen Wiederverkäufer, der gecrackte Kopien anbietet.
Einsatz von KI	Das Team passt ein Modell durch Feinabstimmung mit öffentlich verfügbarer Versanddokumentation und eigenen Daten des Unternehmens an. Es dokumentiert die Quellen und bestätigt, dass keine unter Verstoß gegen Zugangsbedingungen erlangt wurden; für das öffentliche Material stützt es sich auf Artikel 7 Abs. 5, für den Rest auf eigene Rechte und Einwilligungen der Kunden.
Kosten (übliche Spannen)	Vertragsmuster und konzerninterne Vereinbarung: 3000 bis 8000 USD; jede Urheberrechtsregistrierung: 300 bis 800 USD an Honoraren zuzüglich geringer Amtsgebühren.

Hätte der Agenturvertrag zur Inhaberschaft geschwiegen und hätte die Muttergesellschaft die Agentur unmittelbar von Singapur aus beauftragt, hätten die Parteien sich darüber einigen müssen, welches Recht für die Inhaberschaft gilt; eine ausdrückliche Übertragung vermeidet diese Frage.

Hätte die LLC den Code an die Muttergesellschaft lizenziert statt übertragen, hätten deren Möglichkeiten, Rechte durchzusetzen und Unterlizenzen zu erteilen, von den Lizenzbedingungen abgehangen.

Fragen von Investoren zu Urheberrecht und KI

Muss ich Urheberrechte in Vietnam registrieren lassen?

Nein. Das Urheberrecht entsteht nach Artikel 6 des IP-Gesetzes automatisch mit der Schöpfung, und ausländische Werke sind über die Berner Übereinkunft und die Handelsabkommen Vietnams geschützt. Die Registrierung beim Urheberrechtsamt ist freiwillig, aber nützlich: Der Inhaber der Bescheinigung muss seine Inhaberschaft nicht beweisen, solange kein Gegenbeweis vorliegt, was die Durchsetzung erleichtert.

Wem gehört Software, die meine vietnamesischen Arbeitnehmer geschrieben haben?

Das Unternehmen, das die Arbeit übertragen hat, hält die Verwertungsrechte und das Veröffentlichungsrecht, sofern nichts anderes vereinbart ist (Artikel 39). Die Entwickler bleiben Urheber und behalten die nicht übertragbaren Urheberpersönlichkeitsrechte. Legen Sie die Inhaberschaft im Arbeitsvertrag fest, halten Sie die Zustimmung zu Änderungen fest und übertragen Sie die Rechte schriftlich, wenn die ausländische Muttergesellschaft Inhaberin sein soll.

Darf ich ein KI-Modell mit in Vietnam online veröffentlichten Inhalten trainieren?

Seit dem 1. April 2026 erlaubt Artikel 7 Abs. 5 des IP-Gesetzes die Nutzung rechtmäßig veröffentlichter, öffentlich zugänglicher Werke und Daten für Forschung, Tests und KI-Training, sofern sie die Rechteinhaber nicht unangemessen beeinträchtigt, vorbehaltlich von Vorschriften der Regierung. Material hinter Bezahlschranken oder unter Verstoß gegen Zugangsbedingungen erlangtes Material fällt nicht unter die Ausnahme. Dokumentieren Sie die Quellen.

Sind KI-generierte Inhalte in Vietnam urheberrechtlich geschützt?

Die Regierung soll nach Gesetz Nr. 131/2025/QH15 regeln, wie Rechte an KI-gestützten Schöpfungen entstehen. Bis dahin beruht der Schutz auf dem menschlichen schöpferischen Beitrag, sodass rein maschinell erzeugte Ergebnisse voraussichtlich nicht geschützt sind. Unabhängig davon verpflichtet Gesetz Nr. 134/2025/QH15 Anbieter, KI-generierte Audio-, Bild- und Videoinhalte maschinenlesbar zu kennzeichnen.

Kann in einem vietnamesischen Vertrag auf Urheberpersönlichkeitsrechte verzichtet werden?

Übertragen werden können sie nicht. Die Urheberpersönlichkeitsrechte mit Ausnahme des Veröffentlichungsrechts verbleiben nach Artikel 19 und 45 des IP-Gesetzes beim Urheber, auch wenn der Arbeitgeber die Verwertungsrechte hält. Ein Vertrag kann die Zustimmung des Urhebers zu Änderung, Bearbeitung und Nutzung ohne Namensnennung festhalten, was das praktische Risiko verringert.

AUSBLICK AUF 2027

- Regierungsvorschriften zur KI-Trainingsausnahme in Artikel 7 Abs. 5 und zu Rechten an KI-gestützten Schöpfungen werden auf Grundlage des Gesetzes Nr. 131/2025/QH15 erwartet; sie können zusätzliche Bedingungen vorsehen, etwa einen Widerspruch der Rechteinhaber (Opt-out) oder Dokumentationspflichten.
- Durchführungsdekrete zum Gesetz Nr. 134/2025/QH15 über künstliche Intelligenz, darunter die Liste der Hochrisikosysteme und die technischen Regeln zur Kennzeichnung KI-generierter Inhalte, werden erwartet; die Übergangsfristen für bestehende Systeme enden am 1. März 2027 und am 1. September 2027.
- Vorschläge zur Änderung von Artikel 225 des Strafgesetzbuchs, um großangelegte Rechtsverletzungen im Internet und die gewerbliche öffentliche Wiedergabe zu erfassen, wurden veröffentlicht; prüfen Sie, ob sie verabschiedet wurden, bevor Sie strafrechtliche Risiken beurteilen.

Begriffe, denen Sie in den Unterlagen begegnen

Englisch	Vietnamesisch	Bedeutung
Copyright	*Quyền tác giả*	Rechte an einem literarischen, künstlerischen oder wissenschaftlichen Werk, die mit dessen Schöpfung entstehen.
Related rights	*Quyền liên quan đến quyền tác giả*	Rechte von ausübenden Künstlern, Tonträgerherstellern und Sendeunternehmen.
Copyright owner	*Chủ sở hữu quyền tác giả*	Die Person, die die Verwertungsrechte hält und vom Urheber verschieden sein kann.
Moral rights	*Quyền nhân thân*	Die nicht übertragbaren Rechte des Urhebers auf Namensgebung, Urhebernennung und Werkintegrität.
Computer program	*Chương trình máy tính*	Software, die als Sprachwerk geschützt ist.
Copyright registration certificate	*Giấy chứng nhận đăng ký quyền tác giả*	Vom Urheberrechtsamt ausgestellter Nachweis der Inhaberschaft.
Copyright Office of Vietnam	*Cục Bản quyền tác giả*	Die Registrierungsbehörde beim Ministerium für Kultur, Sport und Tourismus.

Englisch	Vietnamesisch	Bedeutung
Collective management organisation	*Tổ chức đại diện tập thể quyền tác giả, quyền liên quan*	Eine Stelle, die für Rechteinhaber Lizenzen erteilt und Vergütungen einzieht.
Artificial intelligence system	*Hệ thống trí tuệ nhân tạo*	Ein System, das durch Gesetz Nr. 134/2025/QH15 geregelt ist.

AUSLÄNDISCHE UND VIETNAMESISCHE INVESTOREN IM VERGLEICH

Ausländische Werke genießen über die Berner Übereinkunft und die Handelsabkommen Vietnams ohne Registrierung denselben Schutz wie vietnamesische Werke. Die praktischen Unterschiede liegen in der Rechtekette: Ein ausländischer Konzern möchte in der Regel, dass seine ausländische Muttergesellschaft Inhaberin dessen wird, was sein vietnamesisches Team schafft; dies erfordert schriftliche Übertragungen, kann die Regeln über Technologietransfer berühren und wirft Fragen zu Lizenzgebühren und Verrechnungspreisen auf, während ein vietnamesisches Unternehmen die Inhaberschaft in der Regel dort behält, wo das Werk geschaffen wird.

WORAUF SIE ACHTEN SOLLTEN

- Verträge mit Agenturen und Freiberuflern, die nicht regeln, wem die Arbeitsergebnisse und der Quellcode gehören.
- Annahme, eine ausländische Muttergesellschaft sei ohne schriftliche Übertragung Inhaberin dessen, was die Mitarbeiter ihrer vietnamesischen Tochtergesellschaft schaffen.
- Individuelle Softwarelizenzen mit Quellcode und Know-how, die möglicherweise als Technologietransfer registriert werden müssen.
- Hintergrundmusik und Videos in Geschäften, Hotels und Apps ohne Lizenzen von Verwertungsgesellschaften.
- KI-Training mit Material hinter Bezahlschranken oder vertragswidrig ausgelesenem Material (Scraping), das nicht unter Artikel 7 Abs. 5 fällt.
- KI-generierte Bilder, Audio- und Videoinhalte, die ohne die vom KI-Gesetz verlangte maschinenlesbare Kennzeichnung veröffentlicht werden.

AMTLICHE QUELLEN

- Nationale Rechtsdatenbank (vbpl.vn): Gesetz Nr. 50/2005/QH11 über geistiges Eigentum in geänderter Fassung; Gesetz Nr. 131/2025/QH15; Gesetz Nr. 134/2025/QH15 über künstliche Intelligenz — https://vbpl.vn
- Regierungsportal: Dekret Nr. 17/2023/ND-CP über Urheberrecht und verwandte Schutzrechte — https://chinhphu.vn
- Urheberrechtsamt Vietnams: Registrierungsverfahren — https://cov.gov.vn
- Ministerium für Kultur, Sport und Tourismus — https://bvhttdl.gov.vn

Durchsetzung von IP-Rechten und Fälschungsbekämpfung: verwaltungsrechtliche Maßnahmen nach der Umstrukturierung von 2025, Zivilprozesse, vorläufige Maßnahmen und Schadensersatz, Strafverfolgung nach Artikel 225 und 226 des Strafgesetzbuchs, Eintragung beim Zoll und Grenzmaßnahmen, Entfernung von Online-Inhalten und Pflichten von Plattformen, Beweise und Sachverständigengutachten, mit einem Rechenbeispiel zu einem Fälschungsfall

Überprüft am 26. November 2026 · Verfasst von einem Wirtschaftsjuristen mit über 30 Jahren Erfahrung, davon fast 20 in Vietnam · Rechts- und Steuerinformationen, keine Rechtsberatung · So prüfen wir · In der App öffnen

DAS WICHTIGSTE IN KÜRZE

- Ein Rechteinhaber kann seine Rechte durch verwaltungsrechtliche Maßnahmen, Zivilverfahren, Strafverfolgung oder Grenzmaßnahmen durchsetzen (Artikel 199 des Gesetzes Nr. 50/2005/QH11 über geistiges Eigentum in geänderter Fassung); seit dem 1. April 2026 verweist Gesetz Nr. 131/2025/QH15 statt auf eine feste Liste allgemein auf die nach dem Gesetz über die Ahndung von Verwaltungsverstößen zuständigen Verwaltungsbehörden.
- Die Marktüberwachungskräfte sind nun bei den Ämtern für Industrie und Handel der Provinzen angesiedelt, und ab 15. Juli 2026 erlaubt Dekret Nr. 186/2026/ND-CP dem Generaldirektor von IP Viet Nam, Verletzer gewerblicher Schutzrechte mit Bußgeldern von bis zu 250 Mio. VND zu belegen und die Sperrung von Domainnamen anzuordnen.
- Gerichte können einen gesetzlichen Schadensersatz von bis zu 1 Mrd. VND zusprechen, wenn sich der tatsächliche Schaden nicht ermitteln lässt, sowie Ersatz immaterieller Schäden in Höhe des 10- bis 100-Fachen des Grundgehalts, und die Entfernung oder Sperrung rechtsverletzender Inhalte, Konten, Websites und Apps anordnen (Artikel 205 und 202 in geänderter Fassung).
- Die vorsätzliche Markenfälschung ist nach Artikel 226 des Strafgesetzbuchs strafbar, wenn der rechtswidrige Gewinn 100 Mio. VND oder der Warenwert 200 Mio. VND erreicht, die Urheberrechtspiraterie nach Artikel 225 ab einem Gewinn von 50 Mio. VND oder einem Warenwert von 100 Mio. VND; auch juristische Personen des Handelsrechts können strafrechtlich verfolgt werden.
- Der Zoll setzt die Abfertigung mutmaßlich rechtsverletzender Waren auf Antrag eines eingetragenen Rechteinhabers aus und kann seit dem 1. März 2026 auch von Amts wegen tätig werden (Rundschreiben Nr. 13/2015/TT-BTC, geändert durch Rundschreiben Nr. 06/2026/TT-BTC).

Vier Wege, eine Strategie

Artikel 199 des Gesetzes Nr. 50/2005/QH11 über geistiges Eigentum sieht vier Rechtsbehelfe gegen Verletzungen vor: gerichtlich angeordnete zivilrechtliche Maßnahmen, verwaltungsrechtliche Maßnahmen, strafrechtliche Maßnahmen und Grenzkontrollmaßnahmen. Sie können kombiniert werden. Ein typisches Vorgehen gegen Fälschungen in Vietnam beginnt mit Ermittlungen und Beweissicherung, nutzt eine behördliche Razzia oder eine Aussetzung durch den Zoll, um Waren schnell zu beschlagnahmen, eskaliert zu einer Strafanzeige, wenn die Mengen dies rechtfertigen, und behält Zivilverfahren Fällen vor, in denen der Inhaber Schadensersatz, eine dauerhafte Unterlassungsverfügung oder einen Präzedenzfall will. Die Wahl hängt von der Art des Rechts, dem Ausmaß der Verletzung, den verfügbaren Beweisen, der erforderlichen Schnelligkeit und den Kosten ab, die der Inhaber zu tragen bereit ist.

Jeder Weg setzt ein gültiges Recht voraus. Eingetragene Rechte werden durch die Eintragungsurkunde nachgewiesen, bei Madrid-Marken durch die Schutzbescheinigung; Urheberrechte durch eine Registrierungsbescheinigung oder andere Nachweise der Urheberschaft und Inhaberschaft; Geschäftsgeheimnisse und Ansprüche wegen unlauteren Wettbewerbs durch den Nachweis der Tatsachen. Inhaber sollten zuerst eintragen lassen und beglaubigte Kopien von Urkunden, Lizenzen und Übertragungen bereithalten (Marken und Markenschutz).

Verwaltungsrechtliche Durchsetzung nach der Umstrukturierung von 2025

Verwaltungsmaßnahmen sind nach wie vor der meistgenutzte Weg, weil sie für den Inhaber schnell und kostengünstig sind. Der Inhaber reicht einen Antrag mit Nachweisen über das Recht und die Verletzung ein, die Behörde durchsucht die Räumlichkeiten, beschlagnahmt Waren und verhängt Bußgelder und Abhilfemaßnahmen wie die Vernichtung gefälschter Waren, die Entfernung rechtsverletzender Elemente und die Einziehung der Produktionsmittel. Die Bußgelder für Verletzungen gewerblicher Schutzrechte sind in Dekret Nr. 99/2013/ND-CP festgelegt, geändert durch die Dekrete Nr. 126/2021/ND-CP, Nr. 46/2024/ND-CP und Nr. 186/2026/ND-CP, für Urheberrechte in Dekret Nr. 131/2013/ND-CP in geänderter Fassung; das Gesetz über die Ahndung von Verwaltungsverstößen begrenzt die Bußgelder im IP-Bereich auf 250 Mio. VND für natürliche Personen und das Doppelte für Organisationen. Gesetz Nr. 131/2025/QH15 macht die Lagerung gefälschter Waren neben Herstellung, Einfuhr, Transport und Verkauf ausdrücklich zu einem Verstoß und schreibt vor, dass gefälschte und raubkopierte Waren vernichtet werden, außer in den von der Regierung bestimmten Fällen.

Die Behörden haben sich 2025 geändert. Die Generaldirektion Marktüberwachung hat ihre Tätigkeit in der bisherigen Form am 1. März 2025 eingestellt; ihre zentralen Aufgaben gingen nach Dekret Nr. 40/2025/ND-CP auf die Abteilung für Verwaltung und Entwicklung des Binnenmarkts des Ministeriums für Industrie und Handel über, und die Marktüberwachungsabteilungen der Provinzen wurden als Marktüberwachungsunterabteilungen der Ämter für Industrie und Handel den Provinzen unterstellt. Das Inspektionsgesetz Nr. 84/2025/QH15 hat die gesonderten Fachinspektionen ab 1. Juli 2025 in das allgemeine Inspektionssystem eingegliedert. Dekret Nr. 186/2026/ND-CP, in Kraft seit 15. Juli 2026, verleiht nun die Sanktionsbefugnis bei Verletzungen gewerblicher Schutzrechte dem Generaldirektor von IP Viet Nam, der Bußgelder bis zu 250 Mio. VND verhängen, Lizenzen und den Handel mit den rechtsverletzenden Waren aussetzen, Waren einziehen und Abhilfemaßnahmen

anordnen kann, sowie den Leitern der von IP Viet Nam oder dem Minister für Wissenschaft und Technologie eingesetzten Inspektionsteams. Auch die Wirtschaftspolizei, der Zoll und die Volkskomitees werden tätig, und Gesetz Nr. 131/2025/QH15 hat die alte Liste der Behörden durch einen allgemeinen Verweis auf die nach dem Gesetz über die Ahndung von Verwaltungsverstößen zuständigen Behörden ersetzt. In der Praxis sollte der Inhaber die Behörde wählen, die am Ort der Waren zuständig ist und schnell handeln kann; bei Geschäften und Lagern ist dies in der Regel die Marktüberwachung der Provinz.

Zivilprozesse, vorläufige Maßnahmen und Schadensersatz

Eine Zivilklage wird vor den Volksgerichten erhoben. Seit der Neuorganisation der Gerichte am 1. Juli 2025 nach Gesetz Nr. 81/2025/QH15 sind IP-Sachen in erster Instanz bei spezialisierten Gerichten für geistiges Eigentum konzentriert, die beim Regionalen Volksgericht Nr. 2 in Hanoi für die nördlichen und nord-zentralen Provinzen und beim Regionalen Volksgericht Nr. 1 in Ho-Chi-Minh-Stadt für die südlichen und süd-zentralen Provinzen angesiedelt sind; der Inhaber sollte vor Klageerhebung das für den Sitz des Beklagten zuständige Gericht klären. Das Gericht kann den Verletzer verpflichten, die Verletzung einzustellen, sich öffentlich zu entschuldigen, zivilrechtliche Pflichten zu erfüllen und Schadensersatz zu leisten, und die Vernichtung oder nichtgewerbliche Verwertung rechtsverletzender Waren und der zu ihrer Herstellung verwendeten Mittel anordnen (Artikel 202). Gesetz Nr. 131/2025/QH15 fügt einen neuen Rechtsbehelf hinzu: Das Gericht kann die Entfernung, Ausblendung oder Sperrung des Zugangs zu rechtsverletzenden Informationen, Inhalten, Konten, Websites, Anwendungen und Internetadressen anordnen.

Vorläufige Maßnahmen wie Beschlagnahme, Arrest, Versiegelung oder ein Verbot der Veränderung der Waren können mit der Klage oder danach beantragt werden, wenn eine Verzögerung nicht wiedergutzumachenden Schaden verursachen würde oder Beweise vernichtet werden könnten (Artikel 206 und 207 sowie Zivilprozessordnung), gegen eine vom Antragsteller zu stellende Sicherheit; das geänderte Gesetz sieht zusätzlich vorläufige Maßnahmen gegen Rechtsverletzungen im Internet vor. Der **Schadensersatz** umfasst den tatsächlichen materiellen Schaden einschließlich entgangenen Gewinns und der Kosten zur Abwehr der Verletzung sowie angemessene Anwaltskosten. Lässt sich der Schaden nicht beziffern, kann das Gericht einen gesetzlichen Schadensersatz von bis zu **1 Mrd. VND** zusprechen, durch Gesetz Nr. 131/2025/QH15 von 500 Mio. VND angehoben, sowie Ersatz immaterieller Schäden in Höhe des **10- bis 100-Fachen des Grundgehalts** (Artikel 205 in geänderter Fassung). Ein Prozess dauert länger als eine Verwaltungsmaßnahme, in erster Instanz häufig ein bis zwei Jahre, und Urteile müssen anschließend über das System der Vollstreckung von Zivilurteilen vollstreckt werden (Vietnamesische Gerichte und Prozessführung).

Strafverfolgung

Das Strafgesetzbuch (Gesetz Nr. 100/2015/QH13 in geänderter Fassung) stellt zwei IP-Delikte unter Strafe. Nach **Artikel 226** ist die vorsätzliche Verletzung gewerblicher Schutzrechte an einer in Vietnam geschützten Marke oder geografischen Angabe strafbar, wenn der rechtswidrige Gewinn 100 Mio. VND oder mehr, der Schaden des Inhabers 200 Mio. VND oder mehr oder der Wert der rechtsverletzenden Waren 200 Mio. VND oder mehr beträgt; natürlichen Personen drohen Geldstrafen von 50 Mio. bis 500 Mio. VND oder eine Besserungsmaßnahme ohne Freiheitsentzug von bis zu drei Jahren, in schweren

Fällen Geldstrafen bis zu 1 Mrd. VND oder Freiheitsstrafe von sechs Monaten bis zu drei Jahren. Nach **Artikel 225** ist die Verletzung von Urheberrechten oder verwandten Schutzrechten zu gewerblichen Zwecken strafbar, wenn der rechtswidrige Gewinn 50 Mio. VND oder mehr, der Schaden 100 Mio. VND oder mehr oder der Wert der rechtsverletzenden Waren 100 Mio. VND oder mehr beträgt, in schweren Fällen mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren. Nach beiden Artikeln können juristische Personen des Handelsrechts verfolgt werden, mit Geldstrafen bis zu 5 Mrd. VND nach Artikel 226 und 3 Mrd. VND nach Artikel 225 sowie der Aussetzung des Geschäftsbetriebs. Patente und Designs sind nicht erfasst; die Herstellung von und der Handel mit gefälschten Waren, die Funktion oder Qualität echter Waren nachahmen, können stattdessen unter die Delikte zu gefälschten Waren ab Artikel 192 fallen.

Der Inhaber erstattet Strafanzeige bei der Wirtschaftspolizei oder der Volksstaatsanwaltschaft, oder die Marktüberwachung gibt einen Fall nach einer Razzia ab; der Inhaber tritt dann als Geschädigter auf und kann im Strafverfahren Schadensersatz geltend machen. Die Strafanzeige ist das stärkste Abschreckungsmittel gegen Wiederholungstäter und organisierte Verletzer, doch der Inhaber verliert die Kontrolle über den zeitlichen Ablauf, sobald der Fall bei der Polizei liegt.

Eintragung beim Zoll und Grenzmaßnahmen

Ein Rechteinhaber kann bei der Zollbehörde einen Antrag auf Zollüberwachung stellen, üblicherweise als Eintragung bezeichnet, gestützt auf die Eintragungsurkunde, Produktbeschreibungen, Fotos echter und verdächtiger Waren und Angaben zu bekannten Verletzern, nach Rundschreiben Nr. 13/2015/TT-BTC, geändert durch Rundschreiben Nr. 06/2026/TT-BTC mit Wirkung ab 1. März 2026. Der Zoll muss auf ein vollständiges elektronisches Dossier innerhalb von 20 Arbeitstagen antworten, und die Online-Einreichung ist nun der Regelfall. Eine Eintragung gilt üblicherweise zwei Jahre und ist verlängerbar. Trifft eine der Eintragung entsprechende Sendung ein, benachrichtigt der Zoll den Inhaber und setzt auf dessen Antrag und gegen eine Sicherheit von 20 % des Warenwerts oder, wenn der Wert unbekannt ist, von mindestens 20 Mio. VND die Abfertigung für zehn Arbeitstage aus, verlängerbar auf 20 (Artikel 217 und 218 des IP-Gesetzes); in dieser Zeit muss der Inhaber ein Verwaltungs- oder Zivilverfahren einleiten, andernfalls werden die Waren freigegeben.

Rundschreiben Nr. 06/2026/TT-BTC hat einen neuen Artikel 10a eingefügt, der es dem Zoll erlaubt, die Abfertigung mutmaßlich markengefälschter Waren, raubkopierter Waren und anderer rechtsverletzender Waren von Amts wegen ohne vorherigen Antrag auszusetzen; der Inhaber wird dann innerhalb von acht Arbeitsstunden nach der Entscheidung benachrichtigt und muss tätig werden. Der Zoll muss den Importeur entschädigen, wenn sich eine Aussetzung von Amts wegen als unbegründet erweist; die Beamten handeln daher eher, wenn ein Recht eingetragen ist und der Inhaber sie im Erkennen von Fälschungen geschult hat.

Rechtsverletzungen im Internet, Entfernung von Inhalten und Plattformen

Online-Verkäufe und digitale Piraterie sind heute die größte Quelle von Beschwerden. Gesetz Nr. 131/2025/QH15 erweitert die Pflichten von Internetdienstanbietern und Betreibern digitaler Plattformen auf alle Rechte des geistigen Eigentums, nicht nur auf das Urheberrecht; sie müssen technische und organisatorische Maßnahmen ergreifen, um Verletzungen im Cyberraum, einschließlich

Cloud-, Over-the-Top- und Social-Media-Diensten, zu verhindern, und mit Behörden und Rechteinhabern zusammenarbeiten; ein Haftungsprivileg (Safe Harbour) schützt Vermittler, die die vorgeschriebenen Voraussetzungen erfüllen (neuer Artikel 198b). Behörden und Gerichte können die Entfernung oder Sperrung rechtsverletzender Inhalte, Konten, Websites und Apps anordnen, und Dekret Nr. 186/2026/ND-CP fügt die Sperrung des Zugangs zu rechtsverletzenden Domainnamen als Abhilfemaßnahme hinzu. Das E-Commerce-Gesetz (Gesetz Nr. 122/2025/QH15) verpflichtet Plattformen zusätzlich, rechtsverletzende Angebote und Livestreams zu entfernen und Verkäufer zu überprüfen (E-Commerce, digitale Plattformen und Verbraucherschutz). In der Praxis sollte ein Inhaber zunächst das Meldeverfahren jeder großen Plattform nutzen, Screenshots und Testkäufe als Beweise aufbewahren und bei Wiederholungstätern und eigenständigen Pirateriesseiten die Behörden einschalten.

Beweise und Sachverständigengutachten

Vietnamesische Behörden entscheiden weitgehend nach Aktenlage. Eine Durchsetzungsakte enthält in der Regel die Eintragungsurkunde und eine etwaige eingetragene Lizenz; Nachweise der Verletzung wie Testkäufe mit Rechnungen, Fotos, die Handelsregisterangaben des Verletzers und, wo hilfreich, eine Tatsachenfeststellung durch einen Gerichtsvollzieher (vi bằng) oder ein notarielles Protokoll von Website-Inhalten; einen Vergleich echter und rechtsverletzender Produkte; und ein **Sachverständigengutachten** (giám định sở hữu trí tuệ). Die Begutachtung erfolgt durch zugelassene IP-Gutachterorganisationen und Gutachter, etwa das Vietnamesische Forschungsinstitut für geistiges Eigentum, und betrifft die Frage, ob die Waren oder das Zeichen in den Schutzbereich fallen; IP Viet Nam kann den Durchsetzungsbehörden ebenfalls Stellungnahmen erteilen. Die Behörden zögern, in einer Markensache ohne Gutachten tätig zu werden, wenn die Ähnlichkeit strittig ist, und eine Patentsache erfordert fast immer ein Gutachten.

ENTSCHEIDUNGSHILFE

Wahl des Durchsetzungswegs

Eine erste Orientierung für einen Rechteinhaber, der rechtsverletzende Waren oder Inhalte gefunden hat. Häufig wird mehr als ein Weg genutzt.

Q1 **Findet die Verletzung ausschließlich online statt (Angebote, Livestreams, eine Website oder eine App)?**

Ja Nutzen Sie zunächst das Melde- und Entfernungsverfahren der Plattform; bei Wiederholungstätern oder eigenständigen Websites beantragen Sie bei den Behörden eine Anordnung der Entfernung oder Sperrung nach dem geänderten IP-Gesetz und Dekret Nr. 186/2026/ND-CP.

Nein Weiter zu Frage 2.

Q2 **Werden die Waren über einen Zollweg ein- oder ausgeführt, für den eine Eintragung besteht?**

Ja Stützen Sie sich auf die Eintragung beim Zoll: Beantragen Sie die Aussetzung, stellen Sie die Sicherheit und leiten Sie innerhalb von zehn Arbeitstagen ein Verwaltungs- oder Zivilverfahren ein.

Nein Weiter zu Frage 3.

Q3 **Ist das Ausmaß groß (rechtswidriger Gewinn von 100 Mio. VND oder mehr oder Waren im Wert von 200 Mio. VND oder mehr bei Marken), oder handelt es sich um einen Wiederholungstäter oder organisierten Verletzer?**

Ja Bereiten Sie eine Strafanzeige bei der Wirtschaftspolizei vor, in der Regel nach einer behördlichen Razzia, die die Warenmenge feststellt.

Nein Weiter zu Frage 4.

Q4 **Benötigt der Inhaber Schadensersatz, eine dauerhafte Unterlassungsverfügung oder eine gerichtliche Entscheidung über ein streitiges Recht (zum Beispiel ein Patent)?**

Ja Erheben Sie eine Zivilklage mit einem Antrag auf vorläufige Maßnahmen, gestützt auf ein Sachverständigengutachten.

Nein Reichen Sie einen Verwaltungsantrag bei der Marktüberwachung am Ort der Waren ein oder, bei Verletzung gewerblicher Schutzrechte, bei IP Viet Nam.

Die Durchsetzungswege im Vergleich (Oktober 2026)

Transaktionsweg	Wer handelt	Was erreicht wird	Übliche Dauer	Grundlage
Verwaltungsrechtlich	Marktüberwachung (Ämter für Industrie und Handel der Provinzen), Wirtschaftspolizei, IP Viet Nam, Inspektionsteams, Volkskomitees	Beschlagnahme, Bußgelder bis 250 Mio. VND (natürliche Person) oder 500 Mio. VND (Organisation), Vernichtung, Entfernung rechtsverletzender Elemente	Wochen bis einige Monate	Dekret Nr. 99/2013/ND-CP, geändert durch Dekret Nr. 186/2026/ND-CP; Dekret Nr. 131/2013/ND-CP in geänderter Fassung
Zivilrechtlich	Volksgerichte	Unterlassung, Schadensersatz (gesetzlich bis 1 Mrd. VND), Vernichtung, Entfernungsanordnungen, vorläufige Maßnahmen	Ein bis zwei Jahre in erster Instanz	IP-Gesetz, Art. 202 bis 207 in geänderter Fassung; Zivilprozessordnung

Transaktionsweg	Wer handelt	Was erreicht wird	Übliche Dauer	Grundlage
Strafrechtlich	Wirtschaftspolizei, Volksstaatsanwaltschaft, Gerichte	Geldstrafen, Freiheitsstrafe, Geldstrafen für Unternehmen bis 5 Mrd. VND	Monate bis Jahre	Strafgesetzbuch, Art. 225 und 226
Grenze	Zollbehörde	Aussetzung der Abfertigung für 10 Arbeitstage (verlängerbar auf 20); Tätigwerden von Amts wegen	Tage	IP-Gesetz, Art. 216 bis 219; Rundschreiben Nr. 13/2015/TT-BTC, geändert durch Rundschreiben Nr. 06/2026/TT-BTC
Online	Plattformen; Behörden; Gerichte	Entfernung von Angeboten, Konten, Websites und Apps; Sperrung von Domains	Tage bis Wochen	IP-Gesetz, Art. 198b und 202 in geänderter Fassung; Gesetz Nr. 122/2025/QH15

RECHENBEISPIEL

Gefälschte Motorradteile im Laden- und Online-Verkauf

Ein japanischer Hersteller stellt fest, dass gefälschte Bremsbeläge mit seiner eingetragenen Marke von 30 Geschäften in Hanoi und auf zwei Online-Marktplätzen verkauft werden; die Spur führt zu einem Lager in Bac Ninh, das über Einfuhren über Lang Son beliefert wird. Das Beispiel dient der Veranschaulichung; die Honorarspannen sind marktübliche Spannen im Oktober 2026, keine Angebote.

Monat 1: Ermittlungen	Ein Ermittler identifiziert das Lager und den Importeur; Testkäufe in drei Geschäften und zwei Online-Shops mit Rechnungen und Fotos; ein Gerichtsvollzieher dokumentiert die Online-Angebote.
Monat 1: Begutachtung	Sachverständigengutachten, das bestätigt, dass das Zeichen auf den Bremsbelägen mit der eingetragenen Marke für dieselben Waren identisch ist.
Monat 2: Zoll	Eintragung bei der Zollbehörde beantragt; der Zoll antwortet innerhalb von 20 Arbeitstagen und alarmiert die Grenzzollstelle in Lang Son.
Monat 2: Razzia	Antrag an die Marktüberwachungsunterabteilung Bac Ninh; bei der Razzia im Lager werden 18.000 Sätze Bremsbeläge im Wert von etwa 900 Mio. VND, gemessen an den Preisen der Originalware, beschlagnahmt.
Monat 3: Strafanzeige	Da die Waren den Schwellenwert von 200 Mio. VND in Artikel 226 überschreiten, übergibt die Marktüberwachung die Akte an die Wirtschaftspolizei, die ein Strafverfahren gegen den Lagerinhaber und sein Unternehmen einleitet.
Monat 3: online	Meldungen an die beiden Marktplätze; 140 Angebote werden innerhalb weniger Tage entfernt, und die Plattformen sperren die Wiederholungstäter.

Monat 5: Grenze	Der Zoll hält in Lang Son einen weiteren Container an; der Inhaber stellt die Sicherheit und lässt die Waren innerhalb von zehn Arbeitstagen in das Strafverfahren einbeziehen.
Einzelhandelsgeschäfte	Verwaltungsanträge gegen die größeren Einzelhändler führen zu Bußgeldern und zur Vernichtung der Bestände; kleinere Geschäfte unterzeichnen Unterlassungserklärungen.
Kosten (übliche Spannen)	Ermittlungen und Beweissicherung: 3000 bis 8000 USD; Begutachtung: 500 bis 1500 USD; Razzia und Verwaltungsverfahren: 4000 bis 10.000 USD; Eintragung beim Zoll: 1000 bis 2500 USD; Begleitung des Strafverfahrens: 5000 bis 15.000 USD. Im Strafverfahren geltend gemachter Schadensersatz kann einen Teil der Kosten decken.

Hätten die beschlagnahmten Waren einen Wert von weniger als 200 Mio. VND und der Gewinn weniger als 100 Mio. VND betragen, hätte der Fall mit Verwaltungsbußgeldern geendet, die einen professionellen Fälscher möglicherweise nicht abschrecken.

Hätten die Bremsbeläge ein geschütztes Design statt der Marke nachgeahmt, wäre Artikel 226 nicht anwendbar gewesen, und eine Zivilklage oder ein Verwaltungsantrag mit Sachverständigengutachten wäre erforderlich gewesen.

Fragen von Investoren zur Rechtsdurchsetzung

Wie lassen sich Fälschungen in Vietnam am schnellsten stoppen?

In der Regel durch eine behördliche Razzia der Marktüberwachung der Provinz oder, bei eingeführten Waren, durch eine Aussetzung durch den Zoll, gestützt auf die Eintragungsurkunde, Testkäufe und ein Sachverständigengutachten. Razzien können innerhalb weniger Wochen nach einem vollständigen Antrag stattfinden. Ein Zivilprozess ist langsamer, verschafft aber Schadensersatz und Unterlassungsverfügungen.

Wie viel Schadensersatz kann ein vietnamesisches Gericht bei IP-Verletzungen zusprechen?

Den tatsächlichen materiellen Schaden und angemessene Anwaltskosten oder, wenn sich der Schaden nicht ermitteln lässt, einen gesetzlichen Schadensersatz von bis zu 1 Mrd. VND nach Artikel 205 des durch Gesetz Nr. 131/2025/QH15 geänderten IP-Gesetzes, zuzüglich Ersatz immaterieller Schäden in Höhe des 10- bis 100-Fachen des Grundgehalts. Der Nachweis des tatsächlichen Schadens anhand von Umsatzdaten führt in der Regel zu einem besseren Ergebnis.

Wann wird Markenfälschung in Vietnam strafbar?

Nach Artikel 226 des Strafgesetzbuchs dann, wenn der Verletzer eine geschützte Marke oder geografische Angabe vorsätzlich fälscht und der rechtswidrige Gewinn mindestens 100 Mio. VND, der Schaden des Inhabers mindestens 200 Mio. VND oder der Wert der Waren mindestens 200 Mio. VND beträgt. Strafrechtlich verfolgt werden können Unternehmen ebenso wie natürliche Personen.

Wie funktioniert die Eintragung beim Zoll?

Der Inhaber stellt bei der Zollbehörde einen Antrag auf Zollüberwachung, über den diese nach Rundschreiben Nr. 13/2015/TT-BTC, geändert durch Rundschreiben Nr. 06/2026/TT-BTC, innerhalb von 20 Arbeitstagen entscheidet. Treffen verdächtige Waren ein, wird die Abfertigung gegen Sicherheitsleistung für zehn Arbeitstage ausgesetzt, verlängerbar auf 20, und der Inhaber muss ein Verfahren einleiten. Der Zoll kann nun auch von Amts wegen tätig werden.

Kann IP Viet Nam selbst Bußgelder gegen Verletzer verhängen?

Ja, seit dem 15. Juli 2026. Dekret Nr. 186/2026/ND-CP ermächtigt den Generaldirektor von IP Viet Nam, bei Verletzungen gewerblicher Schutzrechte Verwarnungen auszusprechen, Bußgelder bis zu 250 Mio. VND zu verhängen, den Handel mit rechtsverletzenden Waren auszusetzen, Waren einzuziehen und Abhilfemaßnahmen anzuordnen, neben den von IP Viet Nam oder dem Minister für Wissenschaft und Technologie eingesetzten Inspektionsteams.

AUSBLICK AUF 2027

- Vorschläge zur Änderung der Artikel 225 und 226 des Strafgesetzbuchs, darunter höhere Strafen und eine weitere Erfassung von Rechtsverletzungen im Internet, wurden veröffentlicht; prüfen Sie, ob sie verabschiedet werden, bevor Sie 2027 zu strafrechtlichen Schwellenwerten beraten.
- Regierungsvorschriften, die die Fälle bestimmen, in denen gefälschte Waren nicht vernichtet werden müssen, und die Voraussetzungen des Haftungsprivilegs für Vermittler nach Artikel 198b werden auf Grundlage des Gesetzes Nr. 131/2025/QH15 erwartet.
- Die Praxis zu Dekret Nr. 186/2026/ND-CP, einschließlich der Frage, wie oft IP Viet Nam seine neue Sanktionsbefugnis nutzt, und der Voraussetzungen der Online-Durchsetzung nach Artikel 18a des Gesetzes über die Ahndung von Verwaltungsverstößen, wird sich bis 2027 entwickeln.

Begriffe, denen Sie in den Unterlagen begegnen

Englisch	Vietnamesisch	Bedeutung
Infringement of industrial property rights	*Xâm phạm quyền sở hữu công nghiệp*	Unbefugte Nutzung einer geschützten Marke, eines Patents, eines Designs oder eines anderen Schutzrechts.
Counterfeit trademark goods	*Hàng hóa giả mạo nhãn hiệu*	Waren, die ein Zeichen tragen, das mit einer geschützten Marke identisch oder von ihr nicht zu unterscheiden ist.

Englisch	Vietnamesisch	Bedeutung
Market surveillance force	*Lực lượng Quản lý thị trường*	Die Kontrollkräfte, die nun bei den Ämtern für Industrie und Handel der Provinzen angesiedelt sind.
Provisional measures	*Biện pháp khẩn cấp tạm thời*	Eilanordnungen des Gerichts wie eine Beschlagnahme vor oder während eines Prozesses.
Expert assessment of IP	*Giám định sở hữu trí tuệ*	Eine Sachverständigenstellungnahme dazu, ob Waren oder Zeichen in den Schutzbereich fallen.
Customs supervision application	*Đơn đề nghị kiểm tra, giám sát hải quan*	Die Eintragung, die es dem Zoll ermöglicht, verdächtige Waren zu erkennen und anzuhalten.
Suspension of customs clearance	*Tạm dừng làm thủ tục hải quan*	Eine Grenzmaßnahme für zehn Arbeitstage, verlängerbar auf 20.
Bailiff's record	*Vi bằng*	Eine von einem Gerichtsvollzieher erstellte Tatsachenfeststellung, die als Beweismittel dient.

AUSLÄNDISCHE UND VIETNAMESISCHE INVESTOREN IM VERGLEICH

Rechtsbehelfe und Behörden sind für alle Rechteinhaber dieselben. Ein ausländischer Inhaber handelt über eine einer vietnamesischen Kanzlei erteilte Vollmacht, muss seine ausländischen Unterlagen legalisieren und übersetzen lassen und jede Sicherheit für vorläufige Maßnahmen oder eine Aussetzung durch den Zoll in Vietnam leisten. In der Praxis stützen sich ausländische Inhaber stärker auf den Verwaltungs-und den Zollweg, die weniger Präsenz in Vietnam erfordern, während vietnamesische Inhaber eher prozessieren.

WORAUF SIE ACHTEN SOLLTEN

- Beginn der Durchsetzung, bevor das Recht eingetragen oder die Lizenz eingetragen ist; die Behörden werden bei einer nicht eingetragenen Marke nicht tätig.
- Antragstellung ohne Sachverständigengutachten, obwohl die Ähnlichkeit strittig ist.
- Versäumen der Frist von zehn Arbeitstagen nach einer Aussetzung durch den Zoll, wodurch die Waren freigegeben werden.
- Bußgelder, die niedriger sind als der Gewinn des Verletzers; erwägen Sie eine Strafanzeige, wenn die Schwellenwerte erreicht sind.
- Alleiniges Vertrauen auf Meldungen an Plattformen gegen Wiederholungstäter, ohne die Behörden einzuschalten.
- Vorgehen gegen Nachahmer eines Patents oder Designs nach Artikel 226, der nur Marken und geografische Angaben erfasst.

AMTLICHE QUELLEN

- Nationale Rechtsdatenbank (vbpl.vn): Gesetz Nr. 50/2005/QH11 über geistiges Eigentum, geändert durch Gesetz Nr. 131/2025/QH15; Strafgesetzbuch, Artikel 225 und 226 — https://vbpl.vn
- Regierungsportal: Dekret Nr. 99/2013/ND-CP, geändert durch Dekret Nr. 186/2026/ND-CP — https://chinhphu.vn
- Zollbehörde: Rundschreiben Nr. 13/2015/TT-BTC, geändert durch Rundschreiben Nr. 06/2026/TT-BTC — https://www.customs.gov.vn
- Ministerium für Industrie und Handel (Marktüberwachung) — https://moit.gov.vn

Technologietransfer und Lizenzierung: das durch Gesetz Nr. 115/2025/QH15 geänderte Gesetz über Technologietransfer, geförderte, beschränkte und verbotene Technologien, Registrierung von Transfers ins Inland und ins Ausland, Lizenzen für beschränkte Technologien, Pflichtinhalte des Vertrags, Preis und Lizenzgebühren, Technologie als Kapitaleinlage, Eintragung von IP-Lizenzen und Technologieprüfung von Investitionsprojekten

Überprüft am 26. November 2026 · Verfasst von einem Wirtschaftsjuristen mit über 30 Jahren Erfahrung, davon fast 20 in Vietnam · Rechts- und Steuerinformationen, keine Rechtsberatung · So prüfen wir · In der App öffnen

DAS WICHTIGSTE IN KÜRZE

- Das Gesetz Nr. 07/2017/QH14 über Technologietransfer, geändert durch Gesetz Nr. 115/2025/QH15 mit Wirkung ab 1. April 2026, gilt für Know-how, Verfahren, Designs, Modelle, Algorithmen, Software, Daten und zugehörige Ausrüstung, die innerhalb Vietnams, nach Vietnam oder aus Vietnam übertragen werden (Artikel 4).
- Ein Vertrag über den Transfer von Technologie aus dem Ausland nach Vietnam, aus Vietnam ins Ausland oder im Inland unter Einsatz staatlichen Kapitals muss innerhalb von 90 Tagen nach Unterzeichnung bei der Wissenschafts- und Technologiebehörde registriert werden und wird erst mit Ausstellung der Registrierungsbescheinigung wirksam (Artikel 24 und 31).
- Beschränkte Technologie bedarf der schriftlichen Zustimmung des Volkskomitees der Provinz und anschließend einer Technologietransferlizenz, die innerhalb von 60 Tagen nach Unterzeichnung zu beantragen ist; verbotene Technologie darf überhaupt nicht übertragen werden (Artikel 10, 11, 28 bis 30).
- Die Parteien vereinbaren den Preis frei, und es gilt keine Obergrenze für Lizenzgebühren, doch Preise zwischen verbundenen Parteien, auch zwischen Mutter- und Tochtergesellschaft, müssen geprüft werden und den Steuer- und Preisgesetzen entsprechen (Artikel 27); auf Lizenzgebühren fällt die Steuer für ausländische Auftragnehmer mit einem Körperschaftsteueranteil (CIT) von 10 % an.
- Investitionsprojekte, die beschränkte Technologie oder Technologie mit dem Risiko nachteiliger Umweltauswirkungen einsetzen, benötigen im Stadium der Investitionsgenehmigung oder der IRC eine Technologieprüfung oder Stellungnahme (Artikel 13).

Zwei Gesetze für eine Lizenz

Erlaubt ein ausländischer Konzern seiner vietnamesischen Tochtergesellschaft oder seinem Partner die Nutzung seiner Technologie, gelten in der Regel zwei Gesetze nebeneinander. Das Gesetz über geistiges Eigentum regelt jedes lizenzierte Patent, Design, jede Marke, jedes Urheberrecht oder Geschäftsgeheimnis sowie die Eintragung der Lizenz bei IP Viet Nam. Das Gesetz über Technologietransfer (Gesetz Nr. 07/2017/QH14) regelt den Transfer der Technologie selbst: ob sie überhaupt übertragen werden darf, ob der Vertrag registriert oder lizenziert werden muss, was der Vertrag enthalten muss und wie der Preis behandelt wird. Das Gesetz wurde durch das Gesetz Nr. 16/2023/QH15 über Preise, durch das Gesetz Nr. 93/2025/QH15 über Wissenschaft, Technologie und Innovation mit Wirkung ab 1. Oktober 2025 und am weitreichendsten durch das **Gesetz Nr. 115/2025/QH15** geändert, verabschiedet am 10. Dezember 2025 und in Kraft seit 1. April 2026; eine konsolidierte Fassung wurde im September 2026 veröffentlicht. Durchgeführt wird es durch Dekret Nr. 76/2018/ND-CP in geänderter Fassung, bis neue Durchführungsvorschriften zum Gesetz von 2025 erlassen sind.

Artikel 4 bestimmt als übertragbare Technologie technisches und technologisches Know-how; Pläne, Verfahren, Lösungen, Parameter, Entwürfe, Diagramme, Modelle, Algorithmen, Formeln, Software, Informationen und Daten; Lösungen zur Rationalisierung der Produktion und zur technologischen Innovation sowie Maschinen und Ausrüstungen, die mit diesen einhergehen. Die ausdrücklichen Verweise auf Algorithmen, Software und Daten wurden durch Gesetz Nr. 115/2025/QH15 eingefügt. Ist die Technologie durch ein Recht des geistigen Eigentums geschützt, richtet sich die Übertragung dieses Rechts nach dem IP-Gesetz (Artikel 4 Abs. 2). Technologie kann für sich allein übertragen werden oder als Teil eines Investitionsprojekts, einer Kapitaleinlage, eines Franchise, einer Übertragung von Rechten des geistigen Eigentums oder eines Maschinenverkaufs (Artikel 5). Der geänderte Artikel 7 Abs. 7 bestimmt, dass Rechte an Technologie, die in Erzeugnisse, Maschinen oder Systeme eingebettet ist, nicht automatisch mit dem Eigentum an diesen Gütern übergehen, sofern Gesetz oder Parteien nichts anderes vorsehen; ein Käufer von Ausrüstung benötigt daher eine ausdrückliche Lizenz zur Nutzung der eingebetteten Technologie.

Geförderte, beschränkte und verbotene Technologien

Artikel 9 führt Technologien auf, deren Transfer nach Vietnam oder innerhalb Vietnams **gefördert** wird: für Investitionen priorisierte Hochtechnologie und strategische Technologie nach dem Hochtechnologiegesetz sowie fortschrittliche, neue, saubere und grüne Technologie, die zum Beispiel bessere oder neue Produkte hervorbringt, Ressourcen oder Energie spart, erneuerbare Energie oder hocheffiziente Speicherung erzeugt, die Gesundheitsversorgung oder Bildung verbessert oder zur Katastrophenvorsorge und Emissionsminderung beiträgt. Geförderte Technologie kann für eine Bescheinigung über einen geförderten Technologietransfer und für Anreize in Betracht kommen (Investitionsanreize; FAQ 39).

Artikel 10 führt Technologien auf, deren Transfer nach Vietnam oder innerhalb Vietnams **beschränkt** ist, darunter Technologien und zugehörige Ausrüstungen, die in entwickelten Industrieländern nicht mehr allgemein verwendet werden, Technologien, die giftige Chemikalien einsetzen oder gefährliche Abfälle erzeugen, Gentechnik, radioaktive Stoffe, Mineralien, deren inländische Gewinnung beschränkt ist, nicht erprobte Zuchtlinien und Technologien zur Herstellung von Produkten, die Sitten, Traditionen und gesellschaftlicher Moral schaden; und für den Transfer aus Vietnam ins Ausland Technologien für

traditionelle Produkte und seltene vietnamesische Sorten oder Materialien sowie Technologien, die mit den wichtigsten Exportgütern Vietnams konkurrieren. Artikel 11 führt Technologien auf, deren Transfer nach Vietnam oder innerhalb Vietnams **verboten** ist, etwa Technologien, die Sicherheits-, Gesundheits- und Umweltstandards nicht erfüllen oder der Landesverteidigung und der nationalen Sicherheit schaden, und verbietet den Transfer von Technologien auf der Liste der Staatsgeheimnisse ins Ausland. Die Regierung erlässt jede Liste, derzeit in den Anhängen zu Dekret Nr. 76/2018/ND-CP in geänderter Fassung; die Einstufung einer Technologie sollte vor jeder Vertragsunterzeichnung anhand des Codes mit der aktuellen Liste abgeglichen werden.

Registrierung von Technologietransferverträgen

Nach Artikel 31 unterliegt ein Technologietransfervertrag oder der Technologietransferteil eines Investitionsprojekts, einer Kapitaleinlage, eines Franchise, einer Übertragung von Rechten des geistigen Eigentums oder eines Anlagenverkaufs in drei Fällen **der Registrierungspflicht** bei der staatlichen Behörde für Wissenschaft und Technologie: beim Transfer aus dem Ausland nach Vietnam, beim Transfer aus Vietnam ins Ausland und beim inländischen Transfer unter Einsatz von Staatskapital oder Mitteln des Staatshaushalts. Ausgenommen ist beschränkte Technologie, für die bereits eine Lizenz erteilt wurde. Andere Transfers können freiwillig registriert werden; nach dem Gesetz Nr. 115/2025/QH15 ist eine Registrierungsbescheinigung Grundlage für eine bevorzugte Berücksichtigung in staatlichen Wissenschaftsprogrammen und für Anreize. Die verantwortliche Partei, bei einem Transfer nach Vietnam nach Maßgabe des Vertrags in der Regel der vietnamesische Erwerber, reicht **innerhalb von 90 Tagen nach der Unterzeichnung** einen schriftlichen Antrag mit der Verpflichtungserklärung, dass der Vertrag dem Gesetz entspricht, sowie das Original oder eine beglaubigte Abschrift des Vertrags ein, bei einem Vertrag in einer anderen Sprache mit einer notariell beglaubigten oder beglaubigten vietnamesischen Übersetzung. Die Behörde erteilt die Bescheinigung innerhalb von fünf Arbeitstagen nach Eingang vollständiger Unterlagen oder lehnt sie schriftlich ab, etwa wenn der Vertrag keinen technologischen Inhalt hat oder beschränkte Technologie betrifft. Änderungen, Verlängerungen und Erneuerungen eines registrierten Vertrags müssen ihrerseits registriert werden (Artikel 33).

Die Fristenregel hat Gewicht. Nach Artikel 24 Abs. 3 **wird ein registrierungspflichtiger Vertrag mit dem Tag der Ausstellung der Registrierungsbescheinigung wirksam**, eine Änderung oder Verlängerung mit dem Tag der Ausstellung ihrer eigenen Bescheinigung. Eine für einen Zeitraum vor der Registrierung gezahlte Lizenzgebühr hat daher keine wirksame vertragliche Grundlage, was Banken und die Steuerbehörde beanstanden können; Banken verlangen die Registrierungsbescheinigung häufig vor der Überweisung von Technologiegebühren, und sie stützt die Abzugsfähigkeit der Gebühr (Zahlungen an ausländische Lieferanten und Konzerngesellschaften). Nach den Übergangsbestimmungen in Artikel 3 des Gesetzes Nr. 115/2025/QH15 gelten vor dem 1. April 2026 unterzeichnete Verträge zu ihren Bedingungen fort, nach diesem Tag vorgenommene Änderungen und Verlängerungen unterliegen jedoch dem geänderten Gesetz.

Lizenzen für beschränkte Technologie

Beschränkte Technologie darf nur aufgrund einer **Technologietransferlizenz** übertragen werden (Artikel 28), die seit dem Gesetz Nr. 115/2025/QH15 vom Volkskomitee der Provinz erteilt wird, in der die Technologie aufgenommen wird, und nicht mehr vom Ministerium für Wissenschaft und Technologie. Das Verfahren hat zwei Stufen. Zunächst beantragt die Partei die **Genehmigung des Transfers** mit Unterlagen zu ihrem Rechtsstatus, zur Technologie, zu den Bedingungen ihrer Nutzung und zu ihrer Übereinstimmung mit Normen; das Volkskomitee prüft die Unterlagen innerhalb von drei Arbeitstagen und entscheidet innerhalb von 30 Tagen nach Eingang vollständiger Unterlagen (Artikel 29). Eine Genehmigung ist nicht erforderlich, wenn die Technologie des Investitionsprojekts bereits im Stadium der Investitionspolitik oder der Investitionsentscheidung begutachtet oder kommentiert wurde. Anschließend unterzeichnen die Parteien nach der Genehmigung den Vertrag und beantragen **innerhalb von 60 Tagen nach der Unterzeichnung** die Lizenz unter Vorlage des Vertrags, der Liste der technischen Unterlagen und Ausrüstungen, der Schutzrechtsurkunden, der Produktnormen und einer Erläuterung der Nutzungsbedingungen; das Volkskomitee entscheidet innerhalb von 15 Arbeitstagen nach Eingang vollständiger Unterlagen (Artikel 30). Der Vertrag wird erst mit Erteilung der Lizenz wirksam, und jede Änderung der lizenzierten Inhalte erfordert eine neue Lizenz. Erwerber beschränkter Technologie in Vietnam müssen jährlich über die Durchführung des Vertrags berichten.

Pflichtinhalte des Vertrags

Ein Technologietransfervertrag muss schriftlich oder in einer nach dem Zivilgesetzbuch der Schriftform gleichgestellten Form geschlossen, von den Parteien unterzeichnet und, sofern sie Siegel verwenden, gesiegelt werden, auch über die Seiten und Anhänge hinweg (Artikel 22). Die Sprache bestimmen die Parteien, für die Registrierungs-oder Lizenzunterlagen ist jedoch eine vietnamesische Fassung oder eine beglaubigte Übersetzung erforderlich. Artikel 23 nennt vierzehn Inhalte: die Bezeichnung der Technologie; die übertragene Technologie, die damit hergestellten Produkte sowie deren Normen und Qualität; ob das Eigentum übertragen oder ein Nutzungsrecht lizenziert wird; die Art des Transfers; die Rechte und Pflichten der Parteien; Preis und Zahlung; Laufzeit und Tag des Inkrafttretens; Begriffsbestimmungen; Plan, Zeitplan und Ort des Transfers; die Gewährleistung des Übertragenden für die Technologie; Vertragsstrafen; die Haftung für Vertragsverletzungen; das für die Streitbeilegung zuständige Organ; sowie sonstige vereinbarte Bedingungen. Einem Vertrag, dem ein Pflichtinhalt fehlt, kann die Registrierung versagt werden.

Den Umfang eines Nutzungsrechts bestimmen die Parteien: ausschließlich oder nicht ausschließlich, mit oder ohne das Recht zur Unterlizenzierung (Artikel 7 Abs. 4). Der Erwerber darf die Technologie nach dem Gesetz über geistiges Eigentum verbessern und weiterentwickeln (Artikel 7 Abs. 5), sodass das Eigentum an Verbesserungen ausdrücklich geregelt werden sollte. Der Übertragende muss gewährleisten, dass er zum Transfer berechtigt ist und dieses Recht, sofern nichts anderes vereinbart ist, nicht durch Dritte beschränkt ist, Informationen vertraulich behandeln und technische Schwierigkeiten mitteilen (Artikel 25); der Erwerber muss den Vertrag erfüllen und Informationen vertraulich behandeln (Artikel 26). Klauseln, die den Erwerber beschränken, etwa Exportverbote, Kopplungsbindungen und Rücklizenzen (Grant-backs), sollten anhand des Gesetzes Nr. 23/2018/QH14 über den Wettbewerb geprüft werden.

Preis, Lizenzgebühren und Steuern

Der Preis der Technologie wird von den Parteien vereinbart (Artikel 27 Abs. 1), und nach geltendem Recht gilt **keine Obergrenze für Lizenzgebühren**. Die Zahlung kann in einer Summe oder in Raten, in Geld oder in Waren erfolgen; durch Umwandlung des Werts der Technologie in Kapital des Projekts oder des Unternehmens; als Prozentsatz des Nettoverkaufspreises, des Nettoumsatzes oder des Gewinns des Erwerbers vor Steuern; oder auf andere vereinbarte Weise (Artikel 27 Abs. 2). Ist unter den Parteien eine Partei mit Staatskapital, stehen sie im Verhältnis von Mutter- und Tochtergesellschaft oder sind sie nach dem Steuerrecht nahestehende Personen, muss der Preis geprüft und nach dem Steuer- und Preisrecht festgesetzt werden (Artikel 27 Abs. 3), was in der Praxis die Fremdvergleichsregeln des Dekrets Nr. 255/2026/ND-CP bedeutet (Verrechnungspreise, Zinsen und globale Mindeststeuer).

Eine an einen ausländischen Lizenzgeber ohne Betriebsstätte in Vietnam gezahlte Lizenzgebühr unterliegt der Steuer für ausländische Auftragnehmer mit einem CIT-Anteil von 10 %, die der vietnamesische Zahlende einbehält und innerhalb von zehn Tagen nach der Zahlung anmeldet; der Technologietransfer ist grundsätzlich nicht mehrwertsteuerpflichtig, und ein Doppelbesteuerungsabkommen kann den CIT-Anteil ermäßigen, wenn das Abkommensverfahren eingehalten wird (Steuer für ausländische Auftragnehmer und Doppelbesteuerungsabkommen; FAQ 23; FAQ 67). Die von Banken verlangten Zahlungsunterlagen und die Behandlung von Managementgebühren und Kostenumlagen, die häufig mit Lizenzgebühren gebündelt werden, sind unter Zahlungen an ausländische Lieferanten und Konzerngesellschaften dargestellt. Einkünfte aus einem begünstigten Technologietransfer können auf vietnamesischer Seite von der Körperschaftsteuer befreit sein (Körperschaftsteuer).

Technologie als Kapital, Eintragung von IP-Lizenzen und Technologiebegutachtung

Ein rechtmäßiger Inhaber von Technologie kann diese als Kapital in ein Investitionsprojekt oder ein Unternehmen einbringen (Artikel 8 in der geänderten Fassung). Die Einlage wird nach dem Unternehmensgesetz durch Vereinbarung der Gesellschafter oder durch eine Bewertungsorganisation bewertet; setzt das Projekt Staatskapital ein, muss die Technologie nach dem Preisrecht bewertet und das Eigentum daran vor der Einbringung bestätigt werden. Die Einbringung von Technologie aus dem Ausland ist zugleich ein registrierungspflichtiger Technologietransfer nach Vietnam, und die eingebrachten Rechte des geistigen Eigentums müssen übertragen und die Übertragung beim Amt für geistiges Eigentum (IP Viet Nam) registriert werden (Stammkapital und Kapitaleinlage). Das Gesetz Nr. 131/2025/QH15 fördert den Einsatz von geistigem Eigentum als Kapital und Sicherheit; weitere Durchführungsbestimmungen werden erwartet.

Eine Lizenz an einem eingetragenen Patent, Design oder einer eingetragenen Marke wird wirksam, wie die Parteien es vereinbaren, ist Dritten gegenüber jedoch erst nach ihrer Eintragung bei IP Viet Nam durchsetzbar (Artikel 148 des Gesetzes über geistiges Eigentum), und eine Übertragung wird erst mit der Registrierung wirksam. Eine Lizenz, die mit dem Schutzrecht Know-how oder andere Technologie umfasst, kann sowohl die Eintragung bei IP Viet Nam als auch die Registrierung als Technologietransfer erfordern; eine reine Markenlizenz ohne Technologie ist kein Technologietransfer. Schließlich verlangt Artikel 13 in der geänderten Fassung eine **Technologiebegutachtung oder -stellungnahme** im Stadium der Genehmigung der Investitionspolitik (investment policy approval) oder der IRC für Projekte, die

beschränkte Technologie einsetzen, und für Projekte mit dem Risiko nachteiliger Umweltauswirkungen, die Technologie einsetzen, sowie im Stadium der Investitionsentscheidung für Bauprojekte dieser Art; Änderungen begutachteter Technologie erfordern eine neue Begutachtung (Die Investitionsregistrierungsbescheinigung).

ENTSCHEIDUNGSHILFE

Braucht mein Technologievertrag eine Registrierung oder eine Lizenz?

Gehen Sie die Fragen für jeden Vertrag oder jedes Technologieelement eines umfassenderen Vertrags der Reihe nach durch.

Q1 **Überträgt der Vertrag Technologie im Sinne von Artikel 4 (Know-how, Verfahren, Entwürfe, Algorithmen, Software, Daten oder zugehörige Ausrüstung) und nicht nur eine Marke oder Fertigwaren?**

- **Ja** Weiter zu Frage 2.
- **Nein** Das Gesetz über Technologietransfer ist nicht anwendbar; eine Marken- oder Urheberrechtslizenz sollte dennoch nach dem Gesetz über geistiges Eigentum eingetragen oder dokumentiert werden.

Q2 **Steht die Technologie auf der Liste der verbotenen Technologien?**

- **Ja** Sie darf nicht übertragen werden. Ende der Prüfung.
- **Nein** Weiter zu Frage 3.

Q3 **Steht die Technologie auf der Liste der beschränkten Technologien?**

- **Ja** Beantragen Sie die Genehmigung beim Volkskomitee der Provinz und anschließend innerhalb von 60 Tagen nach der Unterzeichnung eine Technologietransferlizenz; der Vertrag wird mit der Lizenz wirksam.
- **Nein** Weiter zu Frage 4.

Q4 **Erfolgt der Transfer aus dem Ausland nach Vietnam, aus Vietnam ins Ausland oder im Inland unter Einsatz von Staatskapital oder Haushaltsmitteln?**

- **Ja** Registrieren Sie den Vertrag innerhalb von 90 Tagen nach der Unterzeichnung bei der Behörde für Wissenschaft und Technologie; er wird mit der Registrierungsbescheinigung wirksam.
- **Nein** Die Registrierung ist freiwillig; erwägen Sie eine Registrierung, um Anreize sowie die Position gegenüber Bank und Steuerbehörde zu stützen.

Registrierung eines Vertrags über einen Technologietransfer nach Vietnam

1. **Technologie einordnen**
   Bestätigen Sie, dass der Gegenstand Technologie im Sinne von Artikel 4 ist, und prüfen Sie ihn anhand der Listen geförderter, beschränkter und verbotener Technologien im Dekret Nr. 76/2018/ND-CP in der geänderten Fassung.

2. **Vertrag nach Artikel 23 entwerfen**
   Nehmen Sie alle vierzehn Pflichtinhalte auf, eine ausdrückliche Angabe, ob das Eigentum oder ein Nutzungsrecht übergeht, die Berechnungsmethode der Lizenzgebühr und das Inkrafttreten mit der Registrierung.

3. **Preis prüfen**
   Bereiten Sie bei einer Lizenz zwischen nahestehenden Personen die nach Artikel 27 Abs. 3 und dem Dekret Nr. 255/2026/ND-CP erforderliche Fremdvergleichsdokumentation vor.

4. **Unterzeichnen und 90-Tage-Frist notieren**
   Die Registrierungsfrist läuft ab dem Tag der Unterzeichnung; der Vertrag entfaltet keine Wirkung, bis die Bescheinigung ausgestellt ist.

5. **Unterlagen vorbereiten**
   Schriftlicher Antrag mit der Rechtmäßigkeitserklärung der Parteien; Original oder beglaubigte Abschrift des Vertrags; bei Bedarf notariell beglaubigte oder beglaubigte vietnamesische Übersetzung.

6. **Bei der Behörde für Wissenschaft und Technologie einreichen**
   Reichen Sie die Unterlagen bei der nach den Durchführungsbestimmungen zuständigen Behörde ein, soweit möglich online. Die Bescheinigung sollte innerhalb von fünf Arbeitstagen nach Eingang vollständiger Unterlagen ausgestellt werden.

7. **IP-Lizenz eintragen lassen**
   Lassen Sie jede Patent-, Design-oder Markenlizenz bei IP Viet Nam eintragen, damit sie Dritten gegenüber durchsetzbar ist.

8. **Vertrag durchführen**
   Zahlen Sie Lizenzgebühren nur für Zeiträume ab dem Datum der Bescheinigung, behalten Sie die Steuer für ausländische Auftragnehmer ein und melden Sie sie innerhalb von zehn Tagen nach jeder Zahlung an, und lassen Sie jede Änderung oder Verlängerung registrieren.

Regeln zum Technologietransfer im Überblick (Oktober 2026)

Posten	Regel	Quelle
Gegenstand des Transfers	Know-how, Verfahren, Entwürfe, Modelle, Algorithmen, Software, Daten, zugehörige Ausrüstung	Gesetz über Technologietransfer, Art. 4, geändert durch Gesetz Nr. 115/2025/QH15

Posten	Regel	Quelle
Registrierungspflicht	Transfer nach Vietnam, ins Ausland und im Inland unter Einsatz von Staatskapital oder Haushaltsmitteln	Art. 31 Abs. 1
Registrierungsfrist	90 Tage ab Unterzeichnung; Bescheinigung innerhalb von 5 Arbeitstagen	Art. 31 Abs. 4 und 5
Inkrafttreten des registrierten Vertrags	Datum der Registrierungsbescheinigung	Art. 24 Abs. 3
Beschränkte Technologie	Genehmigung der Provinz (30 Tage), danach Lizenzantrag innerhalb von 60 Tagen nach Unterzeichnung (15 Arbeitstage)	Art. 28 bis 30 in der geänderten Fassung
Verbotene Technologie	Kein Transfer	Art. 11
Preis	Von den Parteien vereinbart; keine Obergrenze; Preise zwischen nahestehenden Personen geprüft und fremdüblich	Art. 27; Dekret Nr. 255/2026/ND-CP
Steuer für ausländische Auftragnehmer auf Lizenzgebühren	CIT-Anteil 10 %; Anmeldung innerhalb von 10 Tagen nach Zahlung	Art. 12 Abs. 3 des Dekrets Nr. 320/2025/ND-CP; Rundschreiben Nr. 20/2026/TT-BTC
Kapitaleinlage	Für einen rechtmäßigen Inhaber zulässig; Bewertung bei Staatskapital erforderlich	Art. 8 in der geänderten Fassung
Eintragung von IP-Lizenzen	Erforderlich für die Wirkung gegenüber Dritten	Gesetz über geistiges Eigentum, Art. 148
Technologiebegutachtung	Projekte mit beschränkter Technologie oder Umweltrisiko, im Stadium der IRC oder der Genehmigung der Investitionspolitik	Art. 13 in der geänderten Fassung

RECHENBEISPIEL

Eine japanische Muttergesellschaft lizenziert Verfahrens-Know-how und ein Patent an ihre vietnamesische Tochtergesellschaft

Ein japanischer Chemiekonzern gründet in einem Industriepark in Ba Ria-Vung Tau eine hundertprozentige Tochtergesellschaft zur Herstellung von Spezialbeschichtungen. Die Muttergesellschaft lizenziert ihre patentierte Rezeptur, ihr Verfahrens-Know-how und ihre Marke gegen

eine Lizenzgebühr von 4 % des Nettoumsatzes an die Tochtergesellschaft, einschließlich Schulungen durch japanische Ingenieure. Das Beispiel dient der Veranschaulichung; die Honorarspannen sind übliche Marktspannen im Oktober 2026 und keine Angebote.

Einordnung	Das Verfahren verwendet Chemikalien, die nationalen technischen Vorschriften unterliegen, erfüllt diese jedoch, sodass die Technologie nicht beschränkt ist; verboten ist sie ebenfalls nicht. Das Projekt birgt allerdings ein Umweltrisiko, weshalb der technologische Inhalt im IRC-Stadium nach Artikel 13 erläutert und kommentiert wurde.
Vertragsstruktur	Ein Technologietransfer-und Lizenzvertrag über das Patent, das Know-how, die Schulung und die technische Unterstützung mit allen vierzehn Inhalten nach Artikel 23 sowie ein gesonderter Markenlizenzvertrag.
Unterzeichnung und Registrierung	Unterzeichnet am 2. Juni 2026. Die Registrierungsunterlagen wurden am 10. Juli 2026 und damit innerhalb der 90-Tage-Frist bei der Behörde für Wissenschaft und Technologie eingereicht; die Bescheinigung wurde am 17. Juli 2026 ausgestellt. Der Vertrag wird am 17. Juli 2026 wirksam.
Eintragung der Schutzrechtslizenzen	Die Patentlizenz und die Markenlizenz werden bei IP Viet Nam eingetragen, damit sie Dritten gegenüber durchsetzbar sind.
Preis	Die Lizenzgebühr von 4 % wird durch eine Verrechnungspreis-Vergleichsanalyse vergleichbarer Lizenzen belegt, wie Artikel 27 Abs. 3 es für Mutter-und Tochtergesellschaft verlangt.
Erste Lizenzgebühr	Die Lizenzgebühr für Juli bis September 2026 auf einen Nettoumsatz von 20 Mrd. VND beträgt 800 Mio. VND, vertraglich netto nach vietnamesischen Steuern. Die Tochtergesellschaft rechnet den Betrag hoch (Gross-up), behält die Steuer für ausländische Auftragnehmer mit einem CIT-Anteil von 10 % ein (nach Hochrechnung rund 89 Mio. VND), meldet sie innerhalb von zehn Tagen nach der Zahlung an und legt der Bank den Vertrag, die Registrierungsbescheinigung und die Lizenzgebührenabrechnung vor.
Prüfung des Abkommens	Der Satz des Doppelbesteuerungsabkommens zwischen Vietnam und Japan für Lizenzgebühren wird mit dem innerstaatlichen Satz verglichen; der niedrigere Satz wird nur angewandt, wenn das Abkommensverfahren eingehalten wird.
Änderung	Wird die Lizenzgebühr 2028 auf 4,5 % angehoben, wird die Änderung registriert und mit dem Datum ihrer Bescheinigung wirksam, nicht mit dem von den Parteien vereinbarten Datum.
Kosten (übliche Spannen)	Entwurf und Registrierung: 2500 bis 6000 USD; Eintragungen bei IP Viet Nam: 500 bis 1500 USD; Verrechnungspreisdokumentation: 5000 bis 15.000 USD.

Hätte die Tochtergesellschaft bereits ab Juni 2026 und damit vor Ausstellung der Bescheinigung Lizenzgebühren gezahlt, hätte es für die Zahlung für Juni und Anfang Juli an einem wirksamen Vertrag gefehlt, und sie wäre der Beanstandung durch die Bank und die Steuerbehörde ausgesetzt gewesen.

Hätte die Technologie auf der Liste der beschränkten Technologien gestanden, hätte die Tochtergesellschaft zunächst die Genehmigung des Volkskomitees der Provinz benötigt und anschließend innerhalb von 60 Tagen nach der Unterzeichnung eine Lizenz beantragen müssen.

Fragen von Investoren zum Technologietransfer

Muss eine Lizenz unserer ausländischen Muttergesellschaft in Vietnam registriert werden?

Ja, wenn sie Technologie wie Know-how, Verfahren, Software oder Daten aus dem Ausland nach Vietnam überträgt. Artikel 31 des Gesetzes über Technologietransfer verlangt die Registrierung innerhalb von 90 Tagen nach der Unterzeichnung, und nach Artikel 24 Abs. 3 wird der Vertrag erst mit Ausstellung der Registrierungsbescheinigung wirksam. Für beschränkte Technologie ist stattdessen eine Lizenz erforderlich.

Gibt es in Vietnam eine Obergrenze für Lizenzgebühren?

Nein. Artikel 27 des Gesetzes über Technologietransfer überlässt den Preis den Parteien und lässt Pauschalbeträge, Raten oder Prozentsätze des Nettoumsatzes, der Erlöse oder des Gewinns vor Steuern zu. Zwischen Mutter- und Tochtergesellschaft oder anderen nahestehenden Personen muss der Preis geprüft und nach dem Steuer- und Preisrecht fremdüblich festgesetzt werden.

Was hat sich im Recht des Technologietransfers am 1. April 2026 geändert?

Das Gesetz Nr. 115/2025/QH15 hat Algorithmen, Software und Daten ausdrücklich in die übertragbare Technologie aufgenommen, die Lizenzierung beschränkter Technologie auf die Volkskomitees der Provinzen verlagert, die Technologiebegutachtung auf Projekte mit beschränkter Technologie oder Umweltrisiko beschränkt und klargestellt, dass Rechte an in Ausrüstung eingebetteter Technologie nicht automatisch mit der Ausrüstung übergehen.

Kann Technologie als Kapital in eine vietnamesische Gesellschaft eingebracht werden?

Ja. Artikel 8 erlaubt einem rechtmäßigen Inhaber, Technologie in ein Projekt oder ein Unternehmen einzubringen. Sie muss nach dem Unternehmensgesetz bewertet werden, bei Beteiligung von Staatskapital durch eine Bewertungsorganisation. Eine Einbringung aus dem Ausland ist ein registrierungspflichtiger Transfer nach Vietnam, und eingebrachte Rechte des geistigen Eigentums müssen übertragen und bei IP Viet Nam registriert werden.

Muss eine Markenlizenz als Technologietransfer registriert werden?

Nicht, wenn sie nur die Marke lizenziert. Eine Markenlizenz unterliegt dem Gesetz über geistiges Eigentum und sollte bei IP Viet Nam eingetragen werden, damit sie Dritten gegenüber durchsetzbar ist. Liefert die Lizenz zusätzlich Know-how, Rezepturen, Verfahren oder Software aus dem Ausland, muss dieses Technologieelement nach dem Gesetz über Technologietransfer registriert werden.

AUSBLICK AUF 2027

- Neue Durchführungsbestimmungen zum Gesetz Nr. 115/2025/QH15, die das Dekret Nr. 76/2018/ND-CP und seine Listen geförderter, beschränkter und verbotener Technologien ersetzen oder ändern, werden erwartet; prüfen Sie die Listen vor einer Unterzeichnung im Jahr 2027 erneut.
- Das am 24. August 2026 verabschiedete Gesetz Nr. 20/2026/QH16 ändert das Gesetz über Technologietransfer zusammen mit den Gesetzen über Telekommunikation, Funkfrequenzen und elektronische Transaktionen, überwiegend ab dem 1. März 2027 und mit einigen Bestimmungen ab dem 1. Oktober 2026; seine Auswirkungen auf die Registrierungspraxis sollten mit dem Inkrafttreten geprüft werden.
- Erwartet werden Leitlinien zum Einsatz von geistigem Eigentum und Technologie als Kapital und Kreditsicherheit nach dem Gesetz Nr. 131/2025/QH15 und dem Gesetz Nr. 115/2025/QH15, die die Bewertung und Erfassung von Sacheinlagen erleichtern können.

Begriffe, denen Sie in den Unterlagen begegnen

Englisch	Vietnamesisch	Bedeutung
Technology transfer	*Chuyển giao công nghệ*	Die Übertragung des Eigentums an Technologie oder die Lizenzierung des Rechts zu ihrer Nutzung.
Technology transfer contract	*Hợp đồng chuyển giao công nghệ*	Der schriftliche Vertrag, der die 14 Inhalte nach Artikel 23 enthalten muss.
Certificate of technology transfer registration	*Giấy chứng nhận đăng ký chuyển giao công nghệ*	Die Bescheinigung, mit deren Ausstellung ein registrierungspflichtiger Vertrag wirksam wird.
Technology transfer licence	*Giấy phép chuyển giao công nghệ*	Die für beschränkte Technologie erforderliche Lizenz, die vom Volkskomitee der Provinz erteilt wird.
Restricted technology	*Công nghệ hạn chế chuyển giao*	Technologie, die nur aufgrund einer Lizenz übertragen werden darf (Artikel 10).
Prohibited technology	*Công nghệ cấm chuyển giao*	Technologie, die nicht übertragen werden darf (Artikel 11).
Know-how	*Bí quyết kỹ thuật, bí quyết công nghệ*	Gesammeltes Wissen, das für die Qualität oder Wettbewerbsfähigkeit einer Technologie entscheidend ist.
Capital contribution in technology	*Góp vốn bằng công nghệ*	Einbringung von Technologie als Kapital in ein Projekt oder ein Unternehmen (Artikel 8).
Technology appraisal	*Thẩm định công nghệ*	Prüfung der Technologie eines Projekts im Genehmigungsstadium (Artikel 13).

AUSLÄNDISCHE UND VIETNAMESISCHE INVESTOREN IM VERGLEICH

Das Gesetz über Technologietransfer gilt für alle Übertragenden und Erwerber. Die Registrierungspflicht besteht, weil die Technologie die Grenze überschreitet, nicht weil eine Partei ausländisch ist: Eine vietnamesische Gesellschaft, die Technologie aus dem Ausland lizenziert, muss genauso registrieren wie eine Tochtergesellschaft in ausländischem Eigentum, und ein inländischer Transfer zwischen zwei vietnamesischen Gesellschaften in ausländischem Eigentum ist nicht registrierungspflichtig, sofern kein Staatskapital beteiligt ist. Das Unternehmen mit ausländischer Beteiligung spürt die Regeln stärker, weil seine Technologie in der Regel von der eigenen Muttergesellschaft stammt, was die Preisanforderungen für nahestehende Personen auslöst.

WORAUF SIE ACHTEN SOLLTEN

- Zahlung von Lizenzgebühren für Zeiträume vor Ausstellung der Registrierungsbescheinigung, in denen ein registrierungspflichtiger Vertrag keine Wirkung hat.
- Versäumen der 90-tägigen Registrierungsfrist oder fehlende Registrierung von Änderungen und Verlängerungen.
- Verträge, denen einer der 14 Pflichtinhalte nach Artikel 23 fehlt und denen deshalb die Registrierung versagt wird.
- Transfer von Technologie auf der Liste der beschränkten Technologien ohne Genehmigung der Provinz und ohne Lizenz.
- Kauf von Ausrüstung mit eingebetteter Technologie ohne ausdrückliche Lizenz zur Nutzung der Technologie.
- Lizenzgebührensätze zwischen nahestehenden Personen ohne Fremdvergleichsnachweis, die den Betriebsausgabenabzug gefährden, während die Steuer für ausländische Auftragnehmer dennoch anfällt.

AMTLICHE QUELLEN

- Nationale Rechtsdatenbank (vbpl.vn): Gesetz Nr. 07/2017/QH14 über Technologietransfer; Gesetz Nr. 115/2025/QH15 zu dessen Änderung — https://vbpl.vn
- Regierungsportal: konsolidiertes Gesetz über Technologietransfer, Dokument Nr. 138/2026/VBHN-VPQH (21. September 2026) — https://chinhphu.vn
- Ministerium für Wissenschaft und Technologie: Registrierung des Technologietransfers — https://mst.gov.vn
- Amt für geistiges Eigentum (IP Viet Nam): Eintragung von Lizenzverträgen — https://ipvietnam.gov.vn

Schutz personenbezogener Daten: das Gesetz zum Schutz personenbezogener Daten 2025 und das Dekret Nr. 356/2025/ND-CP, extraterritorialer Anwendungsbereich, Verantwortliche und Auftragsverarbeiter, Einwilligung und die übrigen Rechtsgrundlagen, sensible Daten, Rechte der betroffenen Personen und Antwortfristen, Folgenabschätzungen, Meldung von Datenschutzverletzungen, Datenschutzbeauftragte, die Übergangsfrist für KMU, Sanktionen nach dem Dekret Nr. 330/2026/ND-CP und eine Checkliste zur Compliance

Überprüft am 26. November 2026 · Verfasst von einem Wirtschaftsjuristen mit über 30 Jahren Erfahrung, davon fast 20 in Vietnam · Rechts- und Steuerinformationen, keine Rechtsberatung · So prüfen wir · In der App öffnen

DAS WICHTIGSTE IN KÜRZE

- Das Gesetz Nr. 91/2025/QH15 über den Schutz personenbezogener Daten ist am 1. Januar 2026 zusammen mit dem Dekret Nr. 356/2025/ND-CP in Kraft getreten und hat das Dekret Nr. 13/2023/ND-CP ersetzt; es gilt in Vietnam sowie für ausländische Organisationen, die personenbezogene Daten vietnamesischer Staatsangehöriger und bestimmter Gebietsansässiger vom Ausland aus verarbeiten.
- Die Verarbeitung erfordert die Einwilligung der betroffenen Person, die konkret und nachweisbar sein muss und nie voreingestellt sein darf, sofern nicht einer der Fälle des Artikels 19 vorliegt, darunter Notfälle, staatliche Aufgaben und die Erfüllung einer Vereinbarung mit der betroffenen Person.
- Verantwortliche und Auftragsverarbeiter müssen eine Folgenabschätzung für die Verarbeitung erstellen und für Übermittlungen ins Ausland, auch auf Cloud-Server im Ausland, eine Folgenabschätzung für die Übermittlung, die innerhalb von 60 Tagen nach Beginn der Übermittlung bei A05 des Ministeriums für öffentliche Sicherheit einzureichen und bei geänderten Umständen alle sechs Monate zu aktualisieren ist (Dekret Nr. 356/2025/ND-CP).
- Ein Verantwortlicher muss A05 innerhalb von 72 Stunden nach Entdeckung eines meldepflichtigen Verstoßes benachrichtigen und in bestimmten Fällen auch die betroffenen Personen; Anträge betroffener Personen müssen innerhalb von zwei Arbeitstagen bestätigt und je nach Antrag innerhalb von 10 bis 20 Tagen umgesetzt werden.

- Das am 19. August 2026 in Kraft getretene Dekret Nr. 330/2026/ND-CP sieht Bußgelder von bis zu 3 Mrd. VND für Organisationen vor, von bis zu 5 % des vietnamesischen Vorjahresumsatzes für rechtswidrige grenzüberschreitende Übermittlungen und von bis zu dem Zehnfachen der Erlöse aus dem Kauf oder Verkauf personenbezogener Daten; kleine Unternehmen und Start-ups haben für einige Pflichten eine fünfjährige Übergangsfrist.

Ein Gesetz, kein Dekret

Das erste umfassende Datenschutzinstrument Vietnams war das Dekret Nr. 13/2023/ND-CP. Es wurde am 1. Januar 2026 durch das am 26. Juni 2025 verabschiedete **Gesetz Nr. 91/2025/QH15 über den Schutz personenbezogener Daten** (PDPL) und dessen Durchführungsdekret, das am 31. Dezember 2025 erlassene und am folgenden Tag in Kraft getretene **Dekret Nr. 356/2025/ND-CP**, ersetzt (FAQ 81). Die Sanktionen enthält das am 19. August 2026 in Kraft getretene **Dekret Nr. 330/2026/ND-CP**, das auch Verstöße gegen die Cybersicherheit erfasst. Aufsicht und Durchsetzung liegen bei der **Abteilung für Cybersicherheit und die Bekämpfung von Hightech-Kriminalität (A05)** des Ministeriums für öffentliche Sicherheit, die Unterlagen zu Folgenabschätzungen und Meldungen von Datenschutzverletzungen entgegennimmt, das nationale Portal zum Schutz personenbezogener Daten betreibt und die Einhaltung kontrolliert.

Das PDPL gilt für vietnamesische und ausländische Organisationen und Einzelpersonen in Vietnam sowie für ausländische Organisationen und Einzelpersonen im Ausland, die personenbezogene Daten vietnamesischer Staatsangehöriger und bestimmter in Vietnam ansässiger Personen unmittelbar verarbeiten oder an ihrer Verarbeitung beteiligt sind. Eine ausländische Muttergesellschaft, die das konzernweite Personalsystem betreibt, ein ausländischer E-Commerce-Betreiber, der an vietnamesische Verbraucher verkauft, und ein ausländischer Cloud- oder Analyseanbieter, der Daten für einen vietnamesischen Kunden verarbeitet, können alle in seinen Anwendungsbereich fallen. Für inländische Gesellschaften und Gesellschaften in ausländischem Eigentum gelten dieselben Regeln. Der Schutz personenbezogener Daten überschneidet sich mit den Regeln zu Cybersicherheit und Datenlokalisierung, die unter Cybersicherheit, Datenlokalisierung und grenzüberschreitende Übermittlung dargestellt sind.

Rollen: Verantwortlicher, Auftragsverarbeiter und Dritte

Das PDPL verteilt die Pflichten nach Rollen. Ein **Verantwortlicher für personenbezogene Daten** entscheidet über die Zwecke und Mittel der Verarbeitung; ein **Auftragsverarbeiter für personenbezogene Daten** verarbeitet im Auftrag des Verantwortlichen aufgrund eines Vertrags; ein **Verantwortlicher und Auftragsverarbeiter** übt beide Rollen aus; und ein **Dritter** ist jede andere Person, die zur Verarbeitung der Daten befugt ist. Die Hauptpflichten trägt der Verantwortliche: eine Rechtsgrundlage bestimmen, informieren, Einwilligungen einholen, Anträge betroffener Personen beantworten, Folgenabschätzungen erstellen, Sicherheitsmaßnahmen umsetzen und Datenschutzverletzungen melden. Der Auftragsverarbeiter darf nur weisungsgemäß verarbeiten, muss Sicherheitsmaßnahmen anwenden, den Verantwortlichen unterstützen und die Daten bei Vertragsende löschen oder zurückgeben. Das Dekret Nr. 356/2025/ND-CP verlangt für Übermittlungen an Auftragsverarbeiter und Dritte sowie für Übermittlungen im Rahmen einer Umstrukturierung eine

schriftliche Vereinbarung über Zweck, betroffene Personen, Datenarten, Dauer, Löschung, Rechtsgrundlage und Verantwortlichkeiten und schreibt bei der Übermittlung sensibler Daten Verschlüsselung, Anonymisierung oder einen gleichwertigen Schutz vor.

Innerhalb eines Konzerns ist die vietnamesische Tochtergesellschaft in der Regel Verantwortliche für ihre Kunden- und Beschäftigtendaten, während ihre Muttergesellschaft oder ein regionales Shared-Service-Center als Auftragsverarbeiter oder als weiterer Verantwortlicher handelt. Die konzerninterne Datenübermittlungsvereinbarung sollte die tatsächlichen Rollen abbilden; eine Muttergesellschaft, die die Zwecke eines globalen Personal- oder CRM-Systems festlegt, ist voraussichtlich selbst Verantwortliche.

Rechtsgrundlagen und Einwilligung

Die Einwilligung ist die Regelgrundlage. Sie muss freiwillig und ausdrücklich für einen bestimmten Zweck erteilt werden, auf der Grundlage einer Information über den Zweck, die Datenarten, die Empfänger, die Rechte der betroffenen Person und die Folgen der Verarbeitung; Schweigen oder Untätigkeit ist keine Einwilligung. Das Dekret Nr. 356/2025/ND-CP verlangt, dass die Einwilligung so festgehalten wird, dass Zeitpunkt und Inhalt überprüfbar sind, verbietet vorangekreuzte Kästchen sowie unklare oder irreführende Einstellungen und erkennt per Telefon, E-Mail, Website, Plattform oder Anwendung erteilte Einwilligungen an, wenn die technischen Einstellungen diesen Anforderungen genügen. Die Einwilligung kann jederzeit widerrufen werden; der Verantwortliche muss die Verarbeitung dann innerhalb der unten beschriebenen Fristen einstellen. Für jeden Zweck ist eine gesonderte Einwilligung erforderlich, sodass eine gebündelte Einwilligung in einer langen Datenschutzerklärung wenig belastbar ist.

Artikel 19 Abs. 1 des PDPL nennt fünf Fälle, in denen personenbezogene Daten **ohne Einwilligung** verarbeitet werden dürfen: zum Schutz des Lebens, der Gesundheit, der Würde, der Rechte oder der berechtigten Interessen der betroffenen Person oder anderer in dringenden Situationen; zur Reaktion auf Notfälle, Bedrohungen der nationalen Sicherheit, Terrorismus, Straftaten und andere Rechtsverstöße; für die Tätigkeit staatlicher Stellen und die staatliche Verwaltung nach Maßgabe des Gesetzes; zur Erfüllung einer Vereinbarung zwischen der betroffenen Person und der jeweiligen Organisation oder Einzelperson nach Maßgabe des Gesetzes; und in sonstigen gesetzlich vorgesehenen Fällen. Arbeits- und Kundenverträge können daher die zu ihrer Erfüllung erforderliche Verarbeitung tragen, für Marketing, Profiling, Übermittlungen an Konzerngesellschaften zu deren eigenen Zwecken und die Weitergabe an Partner ist jedoch in der Regel weiterhin eine Einwilligung erforderlich. Das PDPL verbietet den Kauf und Verkauf personenbezogener Daten, soweit das Gesetz ihn nicht zulässt.

Sensible personenbezogene Daten

Das PDPL unterscheidet zwischen grundlegenden und sensiblen personenbezogenen Daten, und das Dekret Nr. 356/2025/ND-CP zählt beide auf. Zu den sensiblen Daten gehören Daten über politische und religiöse Anschauungen, den Gesundheitszustand, genetische und biometrische Daten, Sexualleben und sexuelle Orientierung, Vorstrafen, den genauen Standort sowie, als Ergänzungen des Dekrets, Verhaltens- und Nutzungsdaten aus Telekommunikations-, sozialen Netzwerk-, Online-Medien- und anderen Cyberspace-Diensten, Benutzernamen und Passwörter für elektronische Identifizierungskonten, Abbildungen von Personalausweisen sowie Bankkonto-, Zahlungskarten- und

Finanztransaktionsdaten. Die Verarbeitung sensibler Daten erfordert den Hinweis, dass es sich um sensible Daten handelt, sowie verstärkte Sicherheits- und Zugriffskontrollen und schließt die unten beschriebene Übergangsfrist für kleine Unternehmen aus. Ein Unternehmen, das App-Nutzer verfolgt, Kartenzahlungen abwickelt oder Kopien der Personalausweise von Kunden aufbewahrt, verarbeitet daher sensible Daten und sollte entsprechend planen.

Rechte der betroffenen Personen und Antwortfristen

Einzelpersonen haben das Recht auf Information, auf Einwilligung und deren Widerruf, auf Zugang zu ihren Daten und Erhalt einer Kopie, auf Berichtigung, auf Löschung, auf Einschränkung der Verarbeitung oder Widerspruch dagegen, auf Beschwerde und auf Schadensersatz (FAQ 83). Das Dekret Nr. 356/2025/ND-CP setzt die Fristen. Der Verantwortliche muss auf jeden Antrag innerhalb von **zwei Arbeitstagen** reagieren. Anschließend muss er einen Antrag auf Widerruf der Einwilligung, Einschränkung oder Widerspruch innerhalb von 15 Tagen umsetzen (20 Tage, wenn Auftragsverarbeiter oder Dritte beteiligt sind), einen Antrag auf Zugang, Berichtigung oder Bereitstellung von Daten innerhalb von 10 Tagen (15) und einen Antrag auf Löschung innerhalb von 20 Tagen (30). Jede Frist kann einmal um höchstens dieselbe Anzahl von Tagen verlängert werden. Ein Unternehmen mit großen Verbraucherzahlen benötigt ein Verfahren zur Bearbeitung von Anträgen, eine Identitätsprüfung und ein Protokoll; die Antwortfristen sind zu kurz, um sie mit einer Bearbeitung im Einzelfall einzuhalten.

Folgenabschätzungen

Verantwortliche und Auftragsverarbeiter müssen eine **Folgenabschätzung für die Verarbeitung personenbezogener Daten** erstellen und vor der Übermittlung personenbezogener Daten ins Ausland, auch durch Speicherung auf Servern außerhalb Vietnams oder Nutzung einer Cloud im Ausland, eine **Folgenabschätzung für die Übermittlung**, und diese online bei A05 einreichen (FAQ 82). Das Dekret Nr. 356/2025/ND-CP gewährt für die Einreichung der Übermittlungsunterlagen **60 Tage ab Beginn der Übermittlung**; A05 prüft Unterlagen innerhalb von 15 Tagen und kann innerhalb von 30 Tagen ihre Ergänzung verlangen. Die Unterlagen müssen die internen Datenschutzrichtlinien, -verfahren und -vorlagen der Organisation sowie eine Beschreibung der Datenflüsse für jede Rolle enthalten und alle sechs Monate aktualisiert werden, wenn neue Zwecke hinzukommen oder der Verantwortliche, der Auftragsverarbeiter oder der Dritte wechselt, sowie innerhalb von zehn Tagen nach einer Umstrukturierung, einer Auflösung, einem Wechsel des Datenschutzdienstleisters oder einer Änderung der Geschäftszweige mit Bezug zu personenbezogenen Daten. Das Dekret nimmt Übermittlungen zur Personalverwaltung nach arbeitsrechtlichen Vorschriften, innerbetrieblichen Regeln und Tarifverträgen von der Folgenabschätzung für die Übermittlung aus, doch ist diese Ausnahme eng, und globale Personalplattformen, die für weitergehende Zwecke genutzt werden, sollten dennoch bewertet werden. Sind personenbezogene Daten zugleich Kerndaten oder wichtige Daten im Sinne des Datengesetzes, ersetzen die Unterlagen nach dem PDPL die gesonderte Bewertung nach dem Datengesetz.

Datenschutzverletzungen, Datenschutzbeauftragte und die Übergangsfrist für KMU

Ein Verantwortlicher muss A05 innerhalb von **72 Stunden** nach Entdeckung eines meldepflichtigen Verstoßes gegen die Datenschutzvorschriften benachrichtigen, und Auftragsverarbeiter müssen den Verantwortlichen unverzüglich benachrichtigen. Bestimmte Verletzungen sind auch den betroffenen Einzelpersonen zu melden, darunter Verletzungen bei Finanzdienstleistern und solche, die biometrische Daten oder Standortdaten betreffen, und zwar innerhalb von 72 Stunden nach ihrer Entdeckung oder, wenn eine individuelle Benachrichtigung nicht möglich ist, durch öffentliche Bekanntmachung; Aufzeichnungen über Verletzungen sind nach ihrer Behebung mindestens fünf Jahre aufzubewahren. Organisationen müssen eine **Abteilung oder einen Beauftragten für den Schutz personenbezogener Daten** mit den im Dekret Nr. 356/2025/ND-CP vorgeschriebenen Qualifikationen benennen, nämlich mindestens einem Hochschulabschluss (College), mindestens zwei Jahren einschlägiger Erfahrung und einer Datenschutzschulung, oder einen qualifizierten externen Dienstleister beauftragen.

Kleine Unternehmen und Start-ups haben ab dem 1. Januar 2026 eine fünfjährige Übergangsfrist für die Benennung eines Datenschutzbeauftragten oder Dienstleisters sowie für die Erstellung, Aktualisierung und Einreichung von Folgenabschätzungen, und **Haushaltsunternehmen und Kleinstunternehmen** sind weitgehend befreit. Die Erleichterung gilt nicht für ein Unternehmen, das Dienstleistungen zur Verarbeitung personenbezogener Daten erbringt, unmittelbar sensible personenbezogene Daten verarbeitet oder die Daten von 100.000 oder mehr betroffenen Personen verarbeitet, sodass viele verbraucherorientierte und technologische Start-ups nicht davon profitieren.

Sanktionen

Das am 19. August 2026 in Kraft getretene Dekret Nr. 330/2026/ND-CP setzt die Bußgeldobergrenzen des PDPL um. Gegen Organisationen können für die meisten Verstöße Bußgelder von bis zu **3 Mrd. VND** verhängt werden, gegen Einzelpersonen die Hälfte. Der rechtswidrige Kauf oder Verkauf personenbezogener Daten wird mit einem Bußgeld von bis zum **Zehnfachen der Erlöse** geahndet. Verstöße gegen die Regeln zur grenzüberschreitenden Übermittlung, etwa die Übermittlung ohne die erforderlichen Unterlagen, das Verschleiern oder Verfälschen von Datenflüssen, das zu einem Datenabfluss führt, oder die Fortsetzung nach einer Untersagungsanordnung, werden mit einem Prozentsatz des vietnamesischen Vorjahresumsatzes geahndet: 1 % bis 2 %, wenn 10.000 bis unter 100.000 betroffene Personen betroffen sind, 2 % bis 3 % bei 100.000 bis unter einer Million und **3 % bis 5 %** ab einer Million, mit festen Bußgeldern von bis zu 3 Mrd. VND, wenn kein vietnamesischer Umsatz vorliegt oder der Prozentsatz niedriger wäre. Für Mängel bei Unterlagen und Verfahren gelten geringere Bußgelder, die Verarbeitung kann bis zur Behebung eines Mangels bei der Folgenabschätzung ausgesetzt werden, und schwere grenzüberschreitende Verstöße können zur Aussetzung der Übermittlungen für sechs bis 12 Monate führen. Den verantwortlichen Einzelpersonen kann zudem eine strafrechtliche Haftung wegen rechtswidriger Nutzung von Informationen in Computernetzen nach dem Strafgesetzbuch drohen.

Checkliste zum Datenschutz für ein vietnamesisches Unternehmen

Die Kernschritte für eine in Vietnam tätige Gesellschaft in einer sinnvollen Reihenfolge. Ein Konzern mit einem bestehenden DSGVO-Programm kann vieles davon anpassen, die vietnamesischen Unterlagen, Antwortfristen und Einreichungspflichten kommen jedoch hinzu.

- [ ] **Datenlandkarte**
  Gespeicherte personenbezogene Daten, Zwecke, Rechtsgrundlage, Systeme, Speicherorte, Empfänger und Aufbewahrung, mit Unterscheidung zwischen grundlegenden und sensiblen Daten.
- [ ] **Rollen und Verträge**
  Rollen als Verantwortlicher, Auftragsverarbeiter und Dritter bestimmt; schriftliche Vereinbarungen mit Auftragsverarbeitern, Konzerngesellschaften und Partnern in der vom Dekret verlangten Form.
- [ ] **Informationen und Einwilligungen**
  Informationen in vietnamesischer Sprache; gesonderte, dokumentierte Einwilligungen für jeden Zweck; keine Voreinstellungen; Widerrufsmöglichkeit.
- [ ] **Folgenabschätzung für die Verarbeitung**
  Auf der Vorlage von A05 mit internen Richtlinien und Datenflussdiagrammen erstellt, online eingereicht und bei geänderten Umständen alle sechs Monate aktualisiert.
- [ ] **Folgenabschätzung für die Übermittlung**
  Für jeden Datenfluss ins Ausland, einschließlich Cloud-Hosting und Konzernsystemen, innerhalb von 60 Tagen ab Beginn der Übermittlung eingereicht.
- [ ] **Anträge betroffener Personen**
  Verfahren zur Bestätigung innerhalb von zwei Arbeitstagen und Umsetzung innerhalb von 10 bis 20 Tagen, mit Identitätsprüfung und Protokoll.
- [ ] **Sicherheit**
  Zugriffskontrollen, Verschlüsselung sensibler Daten, Protokollierung, Due Diligence bei Dienstleistern und Mitarbeiterschulungen.
- [ ] **Reaktion auf Datenschutzverletzungen**
  Notfallplan zur Meldung an A05 innerhalb von 72 Stunden und, soweit erforderlich, an die betroffenen Personen, mit fünfjähriger Aufbewahrung der Aufzeichnungen.
- [ ] **Datenschutzbeauftragter**
  Qualifizierter interner Datenschutzbeauftragter oder qualifizierte Abteilung oder ein externer Dienstleister, sofern nicht die Übergangsfrist für KMU gilt.
- [ ] **Marketing und Cookies**
  Einwilligung für Direktmarketing, Profiling und Tracking-Technologien; kein Kauf oder Verkauf personenbezogener Daten.

Wichtige Pflichten und Fristen nach dem PDPL (Oktober 2026)

Pflicht	Regel	Quelle
Anwendungsbereich	Verarbeitung in Vietnam und Verarbeitung im Ausland von Daten vietnamesischer Staatsangehöriger und bestimmter Gebietsansässiger	Gesetz Nr. 91/2025/QH15
Verarbeitung ohne Einwilligung	Fünf Fälle, darunter Notfälle, staatliche Aufgaben und Erfüllung einer Vereinbarung	Gesetz Nr. 91/2025/QH15, Art. 19 Abs. 1
Beantwortung von Anträgen betroffener Personen	Bestätigung innerhalb von 2 Arbeitstagen; Umsetzung innerhalb von 10 bis 20 Tagen (15 bis 30 mit Auftragsverarbeitern); eine Verlängerung	Dekret Nr. 356/2025/ND-CP
Folgenabschätzung für die Übermittlung	Einreichung bei A05 innerhalb von 60 Tagen ab Beginn der Übermittlung; Prüfung innerhalb von 15 Tagen	Dekret Nr. 356/2025/ND-CP
Aktualisierung der Unterlagen	Alle sechs Monate bei geänderten Umständen; innerhalb von 10 Tagen nach Umstrukturierung oder Auflösung	Dekret Nr. 356/2025/ND-CP
Meldung von Datenschutzverletzungen	An A05 innerhalb von 72 Stunden; an Einzelpersonen in bestimmten Fällen	Gesetz Nr. 91/2025/QH15; Dekret Nr. 356/2025/ND-CP
Datenschutzbeauftragter	Qualifizierter Beauftragter, qualifizierte Abteilung oder externer Dienstleister	Dekret Nr. 356/2025/ND-CP
Übergangsfrist für KMU	Fünf Jahre ab 1. Januar 2026, außer bei Verarbeitungsdienstleistungen, sensiblen Daten oder mindestens 100.000 betroffenen Personen	Dekret Nr. 356/2025/ND-CP
Allgemeine Bußgeldobergrenze	3 Mrd. VND für Organisationen; die Hälfte für Einzelpersonen	Dekret Nr. 330/2026/ND-CP
Bußgelder für grenzüberschreitende Übermittlungen	1 % bis 5 % des vietnamesischen Vorjahresumsatzes, je nach Zahl der betroffenen Personen	Dekret Nr. 330/2026/ND-CP
Kauf oder Verkauf personenbezogener Daten	Bis zum Zehnfachen der Erlöse	Dekret Nr. 330/2026/ND-CP

RECHENBEISPIEL

Das Kundenbindungsprogramm und das regionale CRM einer Einzelhandelskette

Ein vietnamesisches Einzelhandelsunternehmen in thailändischem Eigentum mit 60 Filialen betreibt eine Kundenbindungs-App mit 400.000 Mitgliedern, speichert Daten in einer von seiner regionalen Muttergesellschaft verwalteten Cloud in Singapur und wickelt Kartenzahlungen über eine örtliche Bank ab. Das Beispiel dient der Veranschaulichung; die Honorarspannen sind übliche Marktspannen im Oktober 2026 und keine Angebote.

Rollen	Das vietnamesische Unternehmen ist Verantwortlicher für die Mitgliederdaten; die Muttergesellschaft in Singapur legt regionale Marketingzwecke fest und wird für diese Zwecke als gemeinsam Verantwortliche behandelt; der Cloud-Anbieter ist Auftragsverarbeiter.
Sensible Daten	Daten zur App-Nutzung und Zahlungskartendaten sind nach dem Dekret Nr. 356/2025/ND-CP sensibel, sodass die Übergangsfrist für KMU selbst dann nicht gelten würde, wenn das Unternehmen klein wäre.
Einwilligungen	Die App wird im Januar 2026 mit gesonderten, nicht vorangekreuzten Einwilligungen für das Kundenbindungsprogramm, personalisierte Angebote und die Weitergabe an die Muttergesellschaft aktualisiert, die mit Zeitstempel dokumentiert werden; bestehende Mitglieder werden um eine erneute Einwilligung gebeten.
Folgenabschätzungen	Die Folgenabschätzung für die Verarbeitung und die Folgenabschätzung für die Übermittlung in die Cloud in Singapur werden im Februar 2026 über das A05-Portal eingereicht, innerhalb von 60 Tagen nach Fortsetzung der Übermittlungen unter dem neuen Gesetz; A05 fordert ein überarbeitetes Datenflussdiagramm an, das innerhalb von 30 Tagen nachgereicht wird.
Anträge	Ein Antragsportal bestätigt den Eingang innerhalb von zwei Arbeitstagen; Löschungsanträge werden innerhalb von 20 Tagen erledigt, oder innerhalb von 30 Tagen, wenn der Cloud-Anbieter tätig werden muss.
Datenschutzverletzung	Im Mai 2026 legt ein falsch konfiguriertes Marketingtool die Kaufhistorien von 12.000 Mitgliedern offen. A05 wird innerhalb von 72 Stunden benachrichtigt; die Unterlagen werden aktualisiert und der Vertrag mit dem Dienstleister geändert.
Risiko	Hätte das Unternehmen Daten ohne die Unterlagen nach Singapur übermittelt, hätte der Bußgeldrahmen nach dem Dekret Nr. 330/2026/ND-CP bei 400.000 betroffenen Personen 2 % bis 3 % des vietnamesischen Vorjahresumsatzes betragen.
Kosten (übliche Spannen)	Gap-Analyse, Unterlagen und Vorlagen: 10.000 bis 30.000 USD; externer Datenschutzbeauftragter als Dienstleistung: 500 bis 2000 USD monatlich.

Hätte das Unternehmen weniger als 100.000 Mitglieder gehabt, keine sensiblen Daten verarbeitet und als kleines Unternehmen gegolten, hätte es die Benennung des Datenschutzbeauftragten und die Unterlagen bis 2031 aufschieben können, nicht aber die Regeln zu Einwilligung, Information, Betroffenenrechten und Datenschutzverletzungen.

Hätte die Muttergesellschaft die Daten nur auf Weisung des Unternehmens verarbeitet, wäre sie Auftragsverarbeiter gewesen und hätte statt einer Einwilligung für eigene Zwecke einen Auftragsverarbeitungsvertrag benötigt.

Fragen von Investoren zu personenbezogenen Daten

Gilt das vietnamesische Datenschutzrecht für mein Unternehmen im Ausland?

Das ist möglich. Das Gesetz Nr. 91/2025/QH15 gilt für ausländische Organisationen, die personenbezogene Daten vietnamesischer Staatsangehöriger und bestimmter Gebietsansässiger unmittelbar verarbeiten oder an ihrer Verarbeitung beteiligt sind, auch von außerhalb Vietnams. Eine ausländische Muttergesellschaft, die konzernweite Personal- oder CRM-Systeme betreibt, oder eine ausländische Plattform, die an vietnamesische Verbraucher verkauft, sollte ihr Risiko prüfen.

Brauche ich eine Einwilligung für die Verarbeitung von Beschäftigtendaten?

Nicht für alles. Artikel 19 Abs. 1 des PDPL erlaubt die Verarbeitung ohne Einwilligung zur Erfüllung einer Vereinbarung mit der betroffenen Person, was das vom Arbeitsvertrag Geforderte abdeckt, sowie zur Erfüllung rechtlicher Pflichten nach anderen Gesetzen. Andere Nutzungen, etwa konzernweite Analysen oder die Weitergabe zu eigenen Zwecken der Muttergesellschaft, erfordern in der Regel eine gesonderte, dokumentierte Einwilligung.

Wann müssen wir eine Folgenabschätzung für die Übermittlung einreichen?

Nach dem Dekret Nr. 356/2025/ND-CP innerhalb von 60 Tagen ab Beginn einer Übermittlung personenbezogener Daten ins Ausland, einschließlich der Speicherung auf Servern oder in Clouds im Ausland. A05 prüft sie innerhalb von 15 Tagen und kann Änderungen verlangen. Die Unterlagen müssen alle sechs Monate aktualisiert werden, wenn sich Zwecke oder Beteiligte ändern.

Wie schnell muss eine Datenschutzverletzung in Vietnam gemeldet werden?

Nach dem Gesetz Nr. 91/2025/QH15 innerhalb von 72 Stunden nach ihrer Entdeckung an A05. Verletzungen bei Finanzdienstleistern oder solche, die biometrische Daten oder Standortdaten betreffen, müssen innerhalb von 72 Stunden auch den betroffenen Einzelpersonen gemeldet werden, oder öffentlich, wenn dies nicht möglich ist. Bewahren Sie Aufzeichnungen über Datenschutzverletzungen mindestens fünf Jahre auf.

Welche Bußgelder drohen bei Verstößen gegen das PDPL?

Nach dem Dekret Nr. 330/2026/ND-CP für Organisationen bei den meisten Verstößen bis zu 3 Mrd. VND, bis zum Zehnfachen der Erlöse aus dem Kauf oder Verkauf personenbezogener Daten und bei Verstößen gegen die Regeln zur grenzüberschreitenden Übermittlung 1 % bis 5 % des vietnamesischen Vorjahresumsatzes, je nachdem, wie viele betroffene Personen betroffen sind.

AUSBLICK AUF 2027

- Ein Entwurf eines Gesetzes über Datensicherheit, der im Juli 2026 Berichten zufolge für die Sitzung der Nationalversammlung im Oktober 2026 vorgesehen war, würde für die Übermittlung großer Mengen personenbezogener Daten ins Ausland eine vorherige Genehmigung des Ministeriums für öffentliche Sicherheit verlangen; seine endgültige Fassung und der Zeitplan sind ungewiss.
- Die Praxis von A05 bei der Prüfung von Unterlagen und bei der Personalausnahme von der Folgenabschätzung für die Übermittlung wird sich klären, wenn 2026 und 2027 die ersten halbjährlichen Aktualisierungen fällig werden.
- Die fünfjährige Übergangsfrist für kleine Unternehmen und Start-ups läuft bis zum 31. Dezember 2030; Unternehmen, die über 100.000 betroffene Personen hinauswachsen oder mit der Verarbeitung sensibler Daten beginnen, verlieren sie früher und sollten ihre Lage beobachten.

Begriffe, denen Sie in den Unterlagen begegnen

Englisch	Vietnamesisch	Bedeutung
Personal data	*Dữ liệu cá nhân*	Informationen, die eine bestimmte Einzelperson identifizieren oder identifizierbar machen.
Sensitive personal data	*Dữ liệu cá nhân nhạy cảm*	Daten, deren Missbrauch die Einzelperson schwerwiegend beeinträchtigt; im Dekret Nr. 356/2025/ND-CP aufgezählt.
Data subject	*Chủ thể dữ liệu cá nhân*	Die Einzelperson, auf die sich die Daten beziehen.
Personal data controller	*Bên kiểm soát dữ liệu cá nhân*	Die Partei, die über die Zwecke und Mittel der Verarbeitung entscheidet.
Personal data processor	*Bên xử lý dữ liệu cá nhân*	Die Partei, die aufgrund eines Vertrags im Auftrag des Verantwortlichen verarbeitet.
Processing impact assessment	*Đánh giá tác động xử lý dữ liệu cá nhân*	Die bei A05 eingereichten Unterlagen zur Bewertung der Verarbeitungsrisiken.
Transfer impact assessment	*Đánh giá tác động chuyển dữ liệu cá nhân ra nước ngoài*	Die Unterlagen, die erforderlich sind, bevor personenbezogene Daten Vietnam verlassen; innerhalb von 60 Tagen einzureichen.
Consent	*Sự đồng ý của chủ thể dữ liệu*	Ausdrückliche, konkrete und nachweisbare Zustimmung zur Verarbeitung.
A05	*Cục An ninh mạng và phòng, chống tội phạm sử dụng công nghệ cao*	Die Abteilung des Ministeriums für öffentliche Sicherheit, die den Datenschutz beaufsichtigt.

AUSLÄNDISCHE UND VIETNAMESISCHE INVESTOREN IM VERGLEICH

Das PDPL unterscheidet nicht zwischen in Vietnam tätigen inländischen Gesellschaften und Gesellschaften in ausländischem Eigentum. Der Unterschied liegt in den Datenflüssen: Ein Unternehmen mit ausländischer Beteiligung übermittelt weit häufiger personenbezogene Daten an eine Muttergesellschaft, einen regionalen Hub oder eine Cloud im Ausland, was die Folgenabschätzung für die Übermittlung und die umsatzbezogenen Bußgelder für grenzüberschreitende Verstöße auslöst, und seine ausländische Muttergesellschaft kann selbst in den extraterritorialen Anwendungsbereich des Gesetzes fallen.

WORAUF SIE ACHTEN SOLLTEN

- Die Annahme, ein DSGVO-Programm reiche aus; Vietnam verlangt zusätzlich eingereichte Unterlagen, kürzere Antwortfristen und eigene Standards für die Einwilligung.
- Gebündelte oder vorangekreuzte Einwilligungen, die nach dem Dekret Nr. 356/2025/ND-CP unwirksam sind.
- Cloud-Hosting im Ausland und Konzernsysteme, die ohne innerhalb von 60 Tagen eingereichte Folgenabschätzung für die Übermittlung in Betrieb genommen werden.
- Tracking-, Zahlungs- und Personalausweisdaten, die als grundlegende Daten behandelt werden, obwohl das Dekret sie als sensibel einstuft.
- Berufung auf die Übergangsfrist für KMU trotz Verarbeitung sensibler Daten oder von Daten von 100.000 oder mehr Personen.
- Kein Notfallplan, der eine Meldung an A05 innerhalb von 72 Stunden ermöglicht.

AMTLICHE QUELLEN

- Nationale Rechtsdatenbank (vbpl.vn): Gesetz Nr. 91/2025/QH15 über den Schutz personenbezogener Daten — https://vbpl.vn
- Regierungsportal: Dekret Nr. 356/2025/ND-CP; Dekret Nr. 330/2026/ND-CP über Verwaltungssanktionen im Bereich Cybersicherheit und Schutz personenbezogener Daten — https://chinhphu.vn
- Nationales Portal zum Schutz personenbezogener Daten (A05, Ministerium für öffentliche Sicherheit) — https://baovedlcn.gov.vn
- Ministerium für öffentliche Sicherheit — https://bocongan.gov.vn

Cybersicherheit, Datenlokalisierung und grenzüberschreitende Übermittlung: das Cybersicherheitsgesetz 2025 und das Dekret Nr. 333/2026/ND-CP, wer Daten in Vietnam speichern und eine Niederlassung vor Ort eröffnen muss, das Datengesetz sowie Kerndaten und wichtige Daten, Folgenabschätzungen für die Übermittlung nach dem PDPL, Schutz von Informationssystemen, Sanktionen und eine Entscheidungshilfe für IT- und Personaldaten im Konzern

Überprüft am 26. November 2026 · Verfasst von einem Wirtschaftsjuristen mit über 30 Jahren Erfahrung, davon fast 20 in Vietnam · Rechts- und Steuerinformationen, keine Rechtsberatung · So prüfen wir · In der App öffnen

DAS WICHTIGSTE IN KÜRZE

- Das seit dem 1. Juli 2026 geltende Gesetz Nr. 116/2025/QH15 über Cybersicherheit hat das Cybersicherheitsgesetz von 2018 und das Gesetz über die Sicherheit von Netzwerkinformationen von 2015 zusammengeführt und wird durch sieben am 19. August 2026 erlassene Dekrete umgesetzt, die Dekrete Nr. 327/2026/ND-CP bis Nr. 333/2026/ND-CP.
- Nach dem Dekret Nr. 333/2026/ND-CP müssen inländische Unternehmen, die Online-, Telekommunikations- und Internetdienste erbringen, vorgeschriebene Nutzerdaten in Vietnam speichern; ausländische Unternehmen, die aufgelistete Dienste erbringen, müssen Daten mindestens 24 Monate speichern und eine Zweigniederlassung oder Repräsentanz erst eröffnen, wenn das Ministerium für öffentliche Sicherheit dies nach einem nicht behobenen Verstoß anordnet, wofür sie 12 Monate Zeit haben.
- Das seit dem 1. Juli 2025 geltende Gesetz Nr. 60/2024/QH15 über Daten und das Dekret Nr. 165/2025/ND-CP regeln die Übermittlung von Kerndaten und wichtigen Daten ins Ausland, die durch die Entscheidung Nr. 20/2025/QD-TTg definiert werden; für Kerndaten ist die vorherige Genehmigung des Ministeriums für öffentliche Sicherheit erforderlich, bei Verteidigungsdaten die des Verteidigungsministeriums.
- Jede Übermittlung personenbezogener Daten ins Ausland, auch auf Cloud-Server im Ausland, erfordert nach dem Gesetz Nr. 91/2025/QH15 und dem Dekret Nr. 356/2025/ND-CP eine Folgenabschätzung für die Übermittlung, die innerhalb von 60 Tagen bei A05 einzureichen ist; diese Unterlagen ersetzen bei personenbezogenen Daten, die zugleich Kerndaten oder wichtige Daten sind, die gesonderte Bewertung nach dem Datengesetz.

- Das Dekret Nr. 330/2026/ND-CP ahndet Verstöße gegen die Cybersicherheit bei Organisationen mit Bußgeldern von bis zu 200 Mio. VND und grenzüberschreitende Verstöße bei personenbezogenen Daten mit bis zu 5 % des vietnamesischen Vorjahresumsatzes.

Drei Regelwerke, eine Frage

Ein Unternehmen mit ausländischer Beteiligung, das sein Vietnamgeschäft über im Ausland gehostete Konzernsysteme betreiben will, sei es ein ERP, ein CRM, eine Personalplattform oder eine Public Cloud, muss klären, ob die Daten Vietnam verlassen dürfen und ob ein Teil davon zusätzlich dort verbleiben muss. Drei Gesetze beantworten diese Frage, jedes mit seiner eigenen Regelungslogik, aber alle unter der Aufsicht des Ministeriums für öffentliche Sicherheit. Das **Cybersicherheitsgesetz** bestimmt, wer Daten in Vietnam speichern und eine Niederlassung vor Ort eröffnen muss. Das **Datengesetz** regelt die Übermittlung von als Kerndaten oder wichtige Daten eingestuften Daten ins Ausland, unabhängig davon, ob sie personenbezogen sind. Das **Gesetz zum Schutz personenbezogener Daten** verlangt für jede Übermittlung personenbezogener Daten ins Ausland eine Folgenabschätzung für die Übermittlung (FAQ 82). Sie überschneiden sich, und eine einzige Übermittlung kann alle drei berühren.

Es gibt kein allgemeines Verbot, Daten ins Ausland zu übermitteln, und keine allgemeine Regel, dass alle Daten in Vietnam gespeichert werden müssen. Für die meisten Hersteller, Handels- und Dienstleistungsunternehmen mit ausländischer Beteiligung bestehen die praktischen Anforderungen in der Folgenabschätzung für die Übermittlung nach dem PDPL und einer guten Datensicherheit; die Regeln zur Lokalisierung und zu Kerndaten sind nur in bestimmten Branchen oder bei bestimmten Auslösern von Bedeutung. Die einzelnen Regeln des PDPL sind unter Schutz personenbezogener Daten dargestellt.

Das Cybersicherheitsgesetz 2025 und seine Dekrete

Das Gesetz Nr. 24/2018/QH14 über Cybersicherheit führte die Datenlokalisierung ein, die ab dem 1. Oktober 2022 durch das Dekret Nr. 53/2022/ND-CP umgesetzt wurde. Das seit dem 1. Juli 2026 geltende **Gesetz Nr. 116/2025/QH15 über Cybersicherheit** hat es mit dem Gesetz über die Sicherheit von Netzwerkinformationen von 2015 zu einem einheitlichen Gesetz über Cybersicherheit und die Sicherheit von Netzwerkinformationen zusammengeführt und die Befugnisse des Ministeriums für öffentliche Sicherheit erweitert. Am 19. August 2026 erließ die Regierung sieben Durchführungsdekrete: das Dekret Nr. 327/2026/ND-CP über Online-Informationen, die der nationalen Sicherheit und der öffentlichen Ordnung schaden; Nr. 328/2026/ND-CP über gefälschte und falsche Informationen, in Kraft seit 5. Oktober 2026; Nr. 329/2026/ND-CP über die Kräfte zum Schutz der Cybersicherheit; Nr. 330/2026/ND-CP über Verwaltungssanktionen im Bereich Cybersicherheit und Schutz personenbezogener Daten; Nr. 331/2026/ND-CP über den Schutz von Informationssystemen mit einer fünfstufigen Einstufung; Nr. 332/2026/ND-CP über Unternehmen für Cybersicherheitsprodukte und -dienstleistungen; und **Nr. 333/2026/ND-CP**, das das Gesetz konkretisiert und die weiterhin geeigneten Teile des Dekrets Nr. 53/2022/ND-CP, einschließlich der Lokalisierungsregeln, mit Änderungen fortführt. Übergangsbestimmungen erhalten bestimmte frühere Regelungen für bestehende Systeme, Verträge und vor dem 1. Juli 2026 eingegangene Lizenzanträge aufrecht.

Das Dekret Nr. 331/2026/ND-CP verpflichtet die Eigentümer von Informationssystemen, diese nach dem Schaden, den ein Sicherheitsvorfall verursachen würde, einer von fünf Stufen zuzuordnen und die Schutzmaßnahmen der jeweiligen Stufe anzuwenden, wobei höhere Stufen einer Genehmigung und Kontrolle unterliegen. Die meisten privaten kommerziellen Systeme liegen auf den unteren Stufen, Betreiber großer Verbraucherplattformen, von Finanzdienstleistungen und von für die nationale Sicherheit wichtigen Systemen sollten ihre Einstufung jedoch prüfen.

Wer Daten in Vietnam speichern und eine Niederlassung eröffnen muss

Das Dekret Nr. 333/2026/ND-CP unterscheidet zwischen inländischen und ausländischen Unternehmen. **Inländische Unternehmen**, wozu auch vietnamesische Gesellschaften im Eigentum ausländischer Investoren gehören, die in Vietnam Telekommunikations-, Internet- und Mehrwertdienste im Cyberspace erbringen, müssen vorgeschriebene Daten in Vietnam speichern: personenbezogene Informationen der Dienstnutzer in Vietnam und von diesen Nutzern erzeugte Daten wie Kontonamen, Nutzungszeiten, Kreditkarteninformationen, E-Mail-Adressen, die IP-Adressen der letzten An- und Abmeldung und verknüpfte Telefonnummern.

Ausländische Unternehmen werden nur erfasst, wenn sie in Vietnam aufgelistete Dienste erbringen: Telekommunikation, Online-Datenspeicherung und -weitergabe, Registrierung von Domainnamen, E-Commerce, Online-Zahlungen und Zahlungsvermittlung, Online-Vermittlung von Beförderungsleistungen, soziale Netzwerke und soziale Medien, Online-Spiele, Online-Anwendungen und bestimmte andere Online-Informationsdienste. Selbst dann entstehen die Pflichten erst bei Eintritt eines Auslösers. Der Dienst muss zur Begehung eines Verstoßes gegen die Cybersicherheit genutzt worden sein; die Spezialeinheit des Ministeriums für öffentliche Sicherheit muss den Verstoß mitgeteilt und schriftliche Ersuchen um Zusammenarbeit gestellt haben, bis zu drei innerhalb von bis zu sechs Monaten; und das Unternehmen muss es unterlassen haben, den Verstoß zu beheben oder den Ersuchen nachzukommen, oder Schutzmaßnahmen behindert oder außer Kraft gesetzt haben. Das Ministerium kann dann entscheiden, dass das Unternehmen die Daten in Vietnam speichern und eine für die Einhaltung verantwortliche **Zweigniederlassung oder Repräsentanz** errichten muss. Das Unternehmen hat ab der Entscheidung **12 Monate** Zeit, ihr nachzukommen, muss die Daten mindestens **24 Monate** aufbewahren und die Niederlassung beibehalten, bis es seine Tätigkeit in Vietnam oder die Erbringung des Dienstes einstellt (FAQ 82). Telekommunikations- und Hosting-Anbieter müssen rechtswidrige Inhalte innerhalb von 24 Stunden nach einem Ersuchen der Spezialeinheit entfernen oder sperren, IP-Adressen innerhalb von 24 Stunden bzw. in dringenden Fällen der nationalen Sicherheit und bei schweren Straftaten innerhalb von drei Stunden identifizieren und Protokolle mindestens 12 Monate aufbewahren.

Das Datengesetz: Kerndaten und wichtige Daten

Das seit dem 1. Juli 2025 geltende **Gesetz Nr. 60/2024/QH15 über Daten**, umgesetzt durch das **Dekret Nr. 165/2025/ND-CP** vom 30. Juni 2025, regelt digitale Daten allgemein, ob personenbezogen oder nicht. Es stuft Daten nach ihrer Bedeutung ein und kontrolliert die Übermittlung **wichtiger Daten** und **Kerndaten** ins Ausland; Letztere sind eine Teilmenge der wichtigen Daten, deren rechtswidrige Nutzung die Landesverteidigung, die Sicherheit, die auswärtigen Beziehungen, die Gesamtwirtschaft, die

gesellschaftliche Stabilität oder die öffentliche Gesundheit und Sicherheit unmittelbar bedrohen würde. Die Kategorien sind in der Entscheidung Nr. 20/2025/QD-TTg aufgeführt. Für private Organisationen umfassen wichtige Daten grundlegende personenbezogene Daten von 100.000 oder mehr Personen, sensible personenbezogene Daten von 10.000 oder mehr Personen sowie Bankkonto-, Zahlungs- oder Schuldendaten von 10.000 oder mehr Unternehmen; Kerndaten umfassen die entsprechenden Kategorien ab einer Million Personen, 100.000 Personen und 100.000 Unternehmen sowie Verteidigungs-, Sicherheits- und Kryptografiedaten und staatlich gehaltene Daten zu kritischer Infrastruktur, Gesundheit und Finanzen.

Die Übermittlung von **Kerndaten** ins Ausland bedarf der vorherigen Genehmigung: Der Übermittelnde reicht beim Ministerium für öffentliche Sicherheit, bei militärischen, Verteidigungs- und kryptografischen Daten beim Verteidigungsministerium, Unterlagen zur Folgenabschätzung ein und erhält eine schriftliche Entscheidung. **Wichtige Daten** dürfen ohne vorherige Genehmigung übermittelt werden, der Übermittelnde muss jedoch eine Risikobewertung zu Rechtmäßigkeit, Erforderlichkeit, Umfang, Schutzstandards des Empfängers, Abflussrisiken und Verantwortlichkeiten durchführen und die Unterlagen beim Ministerium einreichen. Nach dem Dekret Nr. 356/2025/ND-CP sind bei personenbezogenen Daten, die zugleich Kerndaten oder wichtige Daten sind, nur die Unterlagen zur Folgenabschätzung für Verarbeitung und Übermittlung nach dem PDPL erforderlich, nicht aber eine gesonderte Bewertung nach dem Dekret Nr. 165/2025/ND-CP. Unabhängig davon müssen Anbieter von Datenvermittlungsdiensten ihre Infrastruktur in Vietnam ansiedeln und einen vietnamesischen Staatsangehörigen als gesetzlichen Vertreter haben.

Cloud, Outsourcing und Branchenvorschriften

Rechenzentrums- und Cloud-Dienste dürfen zu 100 % in ausländischem Eigentum stehen und benötigen nach dem Telekommunikationsrecht nur eine Registrierung bzw. bei Anbietern im Ausland eine Anzeige (FAQ 94), sodass ein Konzern vietnamesische Daten in einem von einem Anbieter in ausländischem Eigentum betriebenen vietnamesischen Rechenzentrum hosten kann, wenn er sich für die Lokalisierung entscheidet. Mehrere Branchen haben eigene Vorschriften: Banken und Zahlungsvermittler unterliegen Anforderungen der Staatsbank an Rechenzentren, Backup-Standorte und das Outsourcing von Informationstechnologie; für Wertpapier-, Versicherungs- und Gesundheitsdaten gelten eigene Kontrollen; und Daten staatlicher Stellen sowie als Staatsgeheimnis eingestufte Daten dürfen Vietnam nicht verlassen. Ein Unternehmen mit ausländischer Beteiligung in einer regulierten Branche sollte vor jeder Migration ins Ausland seine Branchenvorschriften prüfen. Die Bußgelder für Verstöße gegen die Cybersicherheit nach dem Dekret Nr. 330/2026/ND-CP betragen bis zu 200 Mio. VND für Organisationen und bis zu 100 Mio. VND für Einzelpersonen; die umsatzbezogenen Bußgelder für Verstöße bei der Übermittlung personenbezogener Daten sind unter Schutz personenbezogener Daten dargestellt.

ENTSCHEIDUNGSHILFE

Verlagerung von IT-, CRM- und Personaldaten des Konzerns ins Ausland: eine Entscheidungshilfe

Eine erste Prüfung für ein Unternehmen mit ausländischer Beteiligung in Vietnam, das Daten auf Systemen außerhalb Vietnams hosten oder verarbeiten will. Gehen Sie alle Fragen durch; es kann mehr als ein Regelwerk anwendbar sein.

Q1 **Umfassen die Daten personenbezogene Daten von Personen in Vietnam (Beschäftigte, Kunden, Nutzer, Kontakte)?**

Ja Reichen Sie innerhalb von 60 Tagen ab Beginn der Übermittlung eine Folgenabschätzung für die Übermittlung bei A05 ein, sofern nicht die enge Personalausnahme im Dekret Nr. 356/2025/ND-CP den Datenfluss eindeutig erfasst; schließen Sie konzerninterne Vereinbarungen und Verträge mit Dienstleistern. Weiter zu Frage 2.

Nein Das PDPL ist auf den Datenfluss nicht anwendbar. Weiter zu Frage 2.

Q2 **Erreichen die Daten die Schwellenwerte für wichtige Daten oder Kerndaten in der Entscheidung Nr. 20/2025/QD-TTg (zum Beispiel grundlegende Daten von 100.000 Personen oder sensible Daten von 10.000 Personen)?**

Ja Kerndaten erfordern vor der Übermittlung die Genehmigung des Ministeriums für öffentliche Sicherheit; wichtige Daten erfordern Unterlagen zur Risikobewertung. Bei personenbezogenen Daten erfüllen die Unterlagen nach dem PDPL diesen Zweck. Weiter zu Frage 3.

Nein Keine Übermittlungskontrolle nach dem Datengesetz. Weiter zu Frage 3.

Q3 **Ist die vietnamesische Gesellschaft ein inländischer Anbieter von Telekommunikations-, Internet- oder Online-Diensten für Nutzer in Vietnam?**

Ja Speichern Sie die vorgeschriebenen Nutzerdaten nach dem Dekret Nr. 333/2026/ND-CP in Vietnam, bevor Sie dafür auf Systeme im Ausland zurückgreifen. Weiter zu Frage 4.

Nein Keine Lokalisierungspflicht nach dem Cybersicherheitsgesetz für interne Konzernsysteme. Weiter zu Frage 4.

Q4 **Ist die Gesellschaft in einer regulierten Branche tätig (Banken, Zahlungsverkehr, Wertpapiere, Versicherungen, Gesundheit) oder verfügt sie über staatliche Daten oder Daten, die Staatsgeheimnisse sind?**

Ja Wenden Sie die Branchenvorschriften zu Rechenzentren, Outsourcing und Verarbeitung im Ausland an, die ein primäres oder Backup-Hosting vor Ort oder die Genehmigung der Aufsichtsbehörde verlangen können.

Nein Führen Sie die Übermittlung durch, sobald die Unterlagen nach dem PDPL und die Verträge vorliegen, und aktualisieren Sie die Unterlagen bei geänderten Umständen alle sechs Monate.

Die drei Regelwerke im Vergleich (Oktober 2026)

Frage	Cybersicherheitsgesetz	Datengesetz	Gesetz zum Schutz personenbezogener Daten
Rechtsakt	Gesetz Nr. 116/2025/QH15; Dekret Nr. 333/2026/ND-CP	Gesetz Nr. 60/2024/QH15; Dekret Nr. 165/2025/ND-CP; Entscheidung Nr. 20/2025/QD-TTg	Gesetz Nr. 91/2025/QH15; Dekret Nr. 356/2025/ND-CP
Erfasste Daten	Nutzerdaten von Online-, Telekommunikations- und Internetdiensten	Alle digitalen Daten, eingestuft als Kerndaten, wichtige oder sonstige Daten	Personenbezogene Daten
Grundregel	Lokalisierung für inländische Anbieter; für ausländische Anbieter aufgelisteter Dienste erst nach einer auslösenden Entscheidung	Vorherige Genehmigung für die Übermittlung von Kerndaten; Risikobewertung für wichtige Daten	Folgenabschätzung für jede Übermittlung ins Ausland
Zeitlicher Ablauf	12 Monate zur Umsetzung nach einer Entscheidung; Mindestspeicherdauer 24 Monate	Bei Kerndaten vor der Übermittlung	Innerhalb von 60 Tagen ab Beginn der Übermittlung
Behörde	Ministerium für öffentliche Sicherheit	Ministerium für öffentliche Sicherheit; Verteidigungsministerium für Verteidigungsdaten	Ministerium für öffentliche Sicherheit (A05)
Sanktionen	Bis zu 200 Mio. VND (Organisationen)	Nach den Dekreten über Verwaltungssanktionen und dem Datengesetz	Bis zu 5 % des vietnamesischen Vorjahresumsatzes bei Übermittlungsverstößen

RECHENBEISPIEL

Ein europäischer Maschinenbaukonzern verlagert sein vietnamesisches Personalwesen und CRM in eine Cloud in Singapur

Die vietnamesische Tochtergesellschaft eines deutschen Konzerns in Binh Duong hat 1200 Beschäftigte und eine B2B-Kundendatenbank mit 8000 Kontakten. Der Konzern migriert ab dem 1. März 2026 das Personalwesen auf eine globale Plattform und das CRM auf eine regionale Instanz, beide in Singapur gehostet. Das Beispiel dient der Veranschaulichung; die Honorarspannen sind übliche Marktspannen im Oktober 2026 und keine Angebote.

PDPL	Beschäftigten- und Kundenkontaktdaten sind personenbezogene Daten. Der Konzern kommt zu dem Ergebnis, dass Gehaltsabrechnung und Personalverwaltung unter die Personalausnahme fallen, die globale Plattform aber auch für Talentanalysen und Nachfolgeplanung genutzt wird, und reicht daher am 20. April 2026, innerhalb von 60 Tagen ab Beginn der Übermittlung, bei A05 eine Folgenabschätzung für die Übermittlung ein, die beide Systeme abdeckt.
Sensible Daten	Die Personalakten enthalten Gesundheitszeugnisse und Bankverbindungen, die sensibel sind; die Unterlagen beschreiben Verschlüsselung und Zugriffskontrollen.
Schwellenwerte des Datengesetzes	Grundlegende Daten von rund 9200 Personen und sensible Daten von 1200: deutlich unter den Schwellenwerten für wichtige Daten von 100.000 und 10.000, sodass keine Übermittlungskontrolle nach dem Datengesetz greift.
Cybersicherheitsgesetz	Die Tochtergesellschaft erbringt keine Online- oder Telekommunikationsdienste für Nutzer in Vietnam, sodass das Dekret Nr. 333/2026/ND-CP keine Lokalisierungspflicht auferlegt.
Verträge	Eine konzerninterne Datenübermittlungsvereinbarung in der vom Dekret Nr. 356/2025/ND-CP verlangten Form, mit der Gesellschaft in Singapur als Auftragsverarbeiter für die Personalverwaltung und der deutschen Muttergesellschaft als Verantwortlicher für Talentanalysen mit Einwilligung der Beschäftigten.
Prüfung durch A05	A05 fordert innerhalb von 15 Tagen ein klareres Datenflussdiagramm an; die Tochtergesellschaft reicht es innerhalb von 30 Tagen nach.
Laufender Betrieb	Die Unterlagen werden alle sechs Monate überprüft; ein im Oktober 2026 hinzugekommener neuer Zweck löst eine Aktualisierung aus.
Kosten (übliche Spannen)	Bewertung, Unterlagen und Vereinbarungen: 8000 bis 20.000 USD.

Hätte die Tochtergesellschaft eine Verbraucher-App mit 150.000 Nutzern in Vietnam betrieben, hätte sie über wichtige Daten verfügt und als inländischer Anbieter von Online-Diensten vorgeschriebene Nutzerdaten in Vietnam speichern müssen.

Hätte der Konzern ohne Einreichung übermittelt, hätte der Fall bei rund 9200 betroffenen Personen unter den umsatzbezogenen Bußgeldrahmen des Dekrets Nr. 330/2026/ND-CP gelegen, die bei 10.000 betroffenen Personen beginnen; feste Bußgelder für Mängel bei den Unterlagen und eine Anordnung zur Aussetzung der Übermittlungen wären jedoch weiterhin möglich gewesen.

Fragen von Investoren zu Lokalisierung und Datenübermittlung

Muss mein Unternehmen seine Daten in Vietnam speichern?

Grundsätzlich nicht. Nach dem Dekret Nr. 333/2026/ND-CP müssen inländische Anbieter von Online-, Telekommunikations- und Internetdiensten vorgeschriebene Nutzerdaten in Vietnam speichern, ausländische Anbieter aufgelisteter Dienste erst nach einer Entscheidung des Ministeriums für öffentliche Sicherheit im Anschluss an einen nicht behobenen Verstoß. Die meisten Hersteller und Händler haben keine Lokalisierungspflicht, es können jedoch Branchenvorschriften gelten.

Dürfen wir für die Daten unserer vietnamesischen Gesellschaft eine Cloud im Ausland nutzen?

Ja, in den meisten Fällen, sofern die Übermittlung personenbezogener Daten durch eine nach dem Dekret Nr. 356/2025/ND-CP innerhalb von 60 Tagen bei A05 eingereichte Folgenabschätzung für die Übermittlung abgedeckt ist und die Kontrollen des Datengesetzes für Kerndaten und wichtige Daten sowie etwaige Branchenvorschriften eingehalten werden. Schließen Sie Auftragsverarbeitungsverträge mit dem Anbieter und den Konzerngesellschaften.

Wann muss ein ausländischer Online-Dienst eine Niederlassung in Vietnam eröffnen?

Nach dem Dekret Nr. 333/2026/ND-CP nur dann, wenn er einen aufgelisteten Dienst erbringt, sein Dienst für einen Verstoß gegen die Cybersicherheit genutzt wurde, er den Verstoß nach einer Mitteilung und bis zu drei Ersuchen innerhalb von bis zu sechs Monaten nicht behoben hat und das Ministerium für öffentliche Sicherheit daraufhin eine Entscheidung trifft. Ab der Entscheidung hat er 12 Monate Zeit, ihr nachzukommen.

Was sind Kerndaten und wichtige Daten?

Kategorien nach dem Gesetz Nr. 60/2024/QH15 über Daten, die in der Entscheidung Nr. 20/2025/QD-TTg aufgeführt sind. Für private Organisationen umfassen wichtige Daten grundlegende personenbezogene Daten von 100.000 oder mehr Personen oder sensible Daten von 10.000 oder mehr Personen; Kerndaten beginnen bei einer Million bzw. 100.000 Personen. Kerndaten bedürfen vor der Übermittlung ins Ausland einer vorherigen Genehmigung.

Was hat sich mit dem Cybersicherheitsgesetz 2025 geändert?

Das seit dem 1. Juli 2026 geltende Gesetz Nr. 116/2025/QH15 hat das Cybersicherheitsgesetz von 2018 und das Gesetz über die Sicherheit von Netzwerkinformationen von 2015 zusammengeführt. Umgesetzt wird es durch sieben am 19. August 2026 erlassene Dekrete, darunter das Dekret Nr. 333/2026/ND-CP zur Lokalisierung, das Dekret Nr. 331/2026/ND-CP zum Schutz von Informationssystemen und das Dekret Nr. 330/2026/ND-CP zu Sanktionen.

AUSBLICK AUF 2027

- Ein Entwurf eines Gesetzes über Datensicherheit, der Berichten zufolge für die Sitzung der Nationalversammlung im Oktober 2026 vorgesehen war, würde die Übermittlung von Kerndaten ins Ausland vollständig verbieten und für wichtige Daten und große Mengen personenbezogener Daten eine vorherige Genehmigung des Ministeriums für öffentliche Sicherheit verlangen; wie er mit dem Datengesetz und dem PDPL zusammenwirken würde, ist noch offen.
- Die Praxis zum Dekret Nr. 333/2026/ND-CP, einschließlich der ersten Lokalisierungsentscheidungen gegen ausländische Diensteanbieter und der Einstufungen von Informationssystemen nach dem Dekret Nr. 331/2026/ND-CP, wird sich im Laufe des Jahres 2027 entwickeln.
- Durchführungsbestimmungen zum Gesetz Nr. 20/2026/QH16, das die Gesetze über Telekommunikation und elektronische Transaktionen überwiegend ab dem 1. März 2027 ändert, können die Lizenzierung von Rechenzentren und Cloud-Diensten berühren; prüfen Sie sie vor einer Migration im Jahr 2027.

Begriffe, denen Sie in den Unterlagen begegnen

Englisch	Vietnamesisch	Bedeutung
Cybersecurity	*An ninh mạng*	Schutz der Aktivitäten im Cyberspace vor Schäden für die nationale Sicherheit und die öffentliche Ordnung.
Data localisation	*Lưu trữ dữ liệu tại Việt Nam*	Die Pflicht, vorgeschriebene Daten auf Servern in Vietnam zu speichern.
Core data	*Dữ liệu cốt lõi*	Daten, deren Missbrauch nationale Interessen unmittelbar bedroht; ihre Übermittlung bedarf einer vorherigen Genehmigung.
Important data	*Dữ liệu quan trọng*	Daten, die nationale Interessen berühren können; ihre Übermittlung erfordert eine Risikobewertung.
Cross-border data transfer	*Chuyển dữ liệu xuyên biên giới*	Übermittlung, Speicherung oder Verarbeitung von Daten außerhalb Vietnams.
Information system classification	*Phân loại cấp độ hệ thống thông tin*	Fünfstufige Einstufung von Systemen nach dem Schaden, den ein Sicherheitsvorfall verursachen würde.
Specialised cybersecurity force	*Lực lượng chuyên trách bảo vệ an ninh mạng*	Die Einheiten des Ministeriums für öffentliche Sicherheit, die das Cybersicherheitsgesetz durchsetzen.
Data intermediary service	*Dịch vụ trung gian dữ liệu*	Ein regulierter Dienst, der Datenanbieter und Datennutzer zusammenbringt und eine Infrastruktur im Inland erfordert.

AUSLÄNDISCHE UND VIETNAMESISCHE INVESTOREN IM VERGLEICH

Eine vietnamesische Gesellschaft im Eigentum ausländischer Investoren ist für das Cybersicherheitsgesetz ein inländisches Unternehmen; erbringt sie Online-oder Telekommunikationsdienste für Nutzer in Vietnam, muss sie die vorgeschriebenen Daten daher genauso lokalisieren wie ein Anbieter in vietnamesischem Eigentum. Die gesonderte, an Auslöser geknüpfte Regel gilt nur für ausländische Unternehmen, die Vietnam vom Ausland aus bedienen. Die Übermittlungskontrollen des Datengesetzes und des PDPL gelten gleichermaßen, doch nutzen Unternehmen mit ausländischer Beteiligung weit häufiger Konzernsysteme im Ausland und sind daher häufiger betroffen.

WORAUF SIE ACHTEN SOLLTEN

- Die Annahme, eine vietnamesische Tochtergesellschaft in ausländischem Eigentum sei für Zwecke der Lokalisierung ein ausländisches Unternehmen; sie ist ein inländisches.
- Migrationen auf Konzernsysteme im Ausland ohne Folgenabschätzung für die Übermittlung nach dem PDPL.
- Verbraucherorientierte Unternehmen, die die Schwellenwerte für wichtige Daten (100.000 Personen bzw. 10.000 bei sensiblen Daten) unbemerkt überschreiten.
- Berufung auf die Personalausnahme für globale Plattformen, die für Analysen oder andere weitergehende Zwecke genutzt werden.
- Nichtbeachtung der Branchenvorschriften zu Rechenzentren und Outsourcing in den Bereichen Banken, Zahlungsverkehr, Wertpapiere, Versicherungen und Gesundheit.
- Nichtbeantwortung von Ersuchen des Ministeriums für öffentliche Sicherheit, die gegenüber ausländischen Anbietern Lokalisierungs-und Niederlassungsentscheidungen auslöst.

AMTLICHE QUELLEN

- Nationale Rechtsdatenbank (vbpl.vn): Gesetz Nr. 116/2025/QH15 über Cybersicherheit; Gesetz Nr. 60/2024/QH15 über Daten — https://vbpl.vn
- Regierungsportal: Dekrete Nr. 327/2026/ND-CP bis Nr. 333/2026/ND-CP; Dekret Nr. 165/2025/ND-CP; Entscheidung Nr. 20/2025/QD-TTg — https://chinhphu.vn
- Ministerium für öffentliche Sicherheit — https://bocongan.gov.vn
- Nationales Portal zum Schutz personenbezogener Daten (A05) — https://baovedlcn.gov.vn

E-Commerce, digitale Plattformen und Verbraucherschutz: das E-Commerce-Gesetz 2025 und das Dekret Nr. 248/2026/ND-CP, Plattformtypen, Registrierung beim Ministerium für Industrie und Handel, ausländische Plattformen und der Schwellenwert von 100.000 Transaktionen, Livestreaming und Affiliate-Marketing, Identifizierung von Verkäufern, Verbraucherrechte im Fernabsatz, große digitale Plattformen, Online-Werbung, elektronische Verträge und Steuern

Überprüft am 26. November 2026 · Verfasst von einem Wirtschaftsjuristen mit über 30 Jahren Erfahrung, davon fast 20 in Vietnam · Rechts- und Steuerinformationen, keine Rechtsberatung · So prüfen wir · In der App öffnen

DAS WICHTIGSTE IN KÜRZE

- Das am 10. Dezember 2025 verabschiedete Gesetz Nr. 122/2025/QH15 über E-Commerce und das Dekret Nr. 248/2026/ND-CP sind am 1. Juli 2026 in Kraft getreten; vor diesem Tag angezeigte oder registrierte Websites und Apps dürfen bis zum 30. Juni 2027 auf Grundlage ihrer bestehenden Genehmigungen weiterbetrieben werden (Artikel 41).
- Das Gesetz ordnet Plattformen als Direktvertriebsplattformen, Vermittlungsplattformen, im E-Commerce tätige soziale Netzwerke und integrierte Plattformen ein (Artikel 4) und legt Pflichten zu Transparenz, Bestellvorgang, Livestreaming und Affiliate-Marketing fest (Artikel 11 bis 13 und 22 bis 26).
- Eine ausländische Plattform muss sich beim Ministerium für Industrie und Handel registrieren, sobald sie eine vietnamesische Sprachoption anbietet, eine .vn-Domain verwendet oder 100.000 Transaktionen pro Jahr mit Käufern in Vietnam erreicht, und zwar innerhalb von 60 Tagen nach Erreichen des Schwellenwerts; sie muss eine juristische Person gründen, einen bevollmächtigten Vertreter bestellen oder, wenn sie keine Gesellschaft hat und eine Bestellfunktion anbietet, eine Kaution von mindestens 20 Mrd. VND hinterlegen (Artikel 27 bis 31; Dekret Nr. 248/2026/ND-CP).
- Das Gesetz Nr. 19/2023/QH15 über den Schutz der Verbraucherrechte und das Dekret Nr. 55/2024/ND-CP verlangen Informationen bei Fernabsatzgeschäften, die Registrierung von Formularverträgen für aufgelistete Waren und Dienstleistungen und zusätzliche Pflichten für große digitale Plattformen.
- Das seit dem 1. Januar 2026 geltende Gesetz Nr. 75/2025/QH15 zur Änderung des Werbegesetzes reguliert Influencer und Online-Werbung, verlangt die Entfernung rechtswidriger Werbung innerhalb

von 24 Stunden nach einem Ersuchen und verpflichtet Werbetreibende im Ausland, über einen vietnamesischen Werbedienstleister zu arbeiten.

Von Dekreten zu einem Gesetz

Über mehr als ein Jahrzehnt wurde der E-Commerce in Vietnam durch Dekrete geregelt: durch das Dekret Nr. 52/2013/ND-CP, wesentlich geändert durch das Dekret Nr. 85/2021/ND-CP, nach dem Verkaufswebsites beim Ministerium für Industrie und Handel (MOIT) über dessen Online-Portal angezeigt und E-Commerce-Dienstplattformen dort registriert werden mussten. Das von der Nationalversammlung am 10. Dezember 2025 verabschiedete **Gesetz Nr. 122/2025/QH15 über E-Commerce** ist am 1. Juli 2026 in Kraft getreten und stellt die Regelung auf eine gesetzliche Grundlage. Umgesetzt wird es durch das am 30. Juni 2026 erlassene und am folgenden Tag in Kraft getretene **Dekret Nr. 248/2026/ND-CP**, mit Ausnahme der elektronischen Identifizierung von Verkäufern und Livestreamern, die ab dem 1. Januar 2027 gilt. Nach der Übergangsbestimmung in Artikel 41 dürfen Websites, Apps und Anbieter der Authentifizierung elektronischer Verträge, die vor dem 1. Juli 2026 angezeigt oder registriert wurden, bis zum 30. Juni 2027 auf Grundlage ihrer genehmigten Inhalte weitermachen; bis dahin müssen sie die neuen Verfahren abschließen.

Das Gesetz steht neben dem Gesetz über den Schutz der Verbraucherrechte, dem Gesetz über elektronische Transaktionen, dem Werbegesetz, dem Gesetz zum Schutz personenbezogener Daten und den Steuergesetzen, die jeweils auch für den Online-Handel gelten. Ausländische Investitionen im E-Commerce unterliegen zudem den Marktzugangsregeln für Vertrieb und Einzelhandel und der Gewerbelizenzregelung für Händler mit ausländischer Beteiligung (Marktzugang für ausländische Investoren).

Plattformtypen und Kernpflichten

Artikel 4 ordnet Plattformen nach der Art ihrer Tätigkeit und ihrer Beteiligung an den Transaktionen ein: **Direktvertriebsplattformen**, auf denen der Betreiber eigene Waren oder Dienstleistungen verkauft; **Vermittlungsplattformen**, auf denen Drittverkäufer handeln; **im E-Commerce tätige soziale Netzwerke**; und **integrierte Plattformen**, die mehrere Funktionen verbinden. Jede Plattform muss auf Vietnamesisch die Identität ihres Betreibers, ihre Datenschutzerklärung, die Rechte und Pflichten der Parteien und ihr Beschwerdeverfahren offenlegen sowie, wenn sie eine Bestellfunktion hat, die Preise, Zahlungs-, Liefer-, Rückgabe-und Erstattungsbedingungen, die Kriterien für die bevorzugte Anzeige von Produkten und ihre Livestreaming-Regeln (Artikel 11). Käufer müssen eine Bestellung vor ihrer Abgabe überprüfen und bestätigen können, und die Aufzeichnungen müssen danach zugänglich bleiben (Artikel 12 und 13). Transaktionsdaten sind mindestens drei Jahre aufzubewahren, auch nach Schließung des Shops eines Verkäufers.

Vermittlungsplattformen tragen die schwersten Pflichten: Überprüfung der Verkäufer und Trennung geschäftlicher von privaten Konten, Abgleich der Verkäuferinformationen mit den nationalen Datenbanken, Entfernung rechtsverletzender und rechtswidriger Angebote, Zusammenarbeit mit Behörden und Bearbeitung von Streitigkeiten. Ab dem 1. Januar 2027 müssen Verkäufer eine elektronische Identifizierung durchlaufen: Einzelpersonen mit Name, Geburtsdatum und persönlicher Identifikationsnummer; Organisationen mit Name, Hauptsitz, Identifikationsnummer und der Identität

des gesetzlichen Vertreters; ausländische Einzelpersonen mit einem noch mindestens sechs Monate gültigen Reisepass; und ausländische Organisationen mit ihren Registrierungsangaben und der Identität des gesetzlichen Vertreters. Das MOIT betreibt ein mit dem Nationalen Portal für öffentliche Dienstleistungen verknüpftes **Managementsystem für E-Commerce-Aktivitäten** für Registrierungen, Beschwerden und Risikoüberwachung und veröffentlicht Listen regelkonformer und nicht regelkonformer Akteure (Artikel 37).

Livestreaming und Affiliate-Marketing

Das Gesetz regelt erstmals den Verkauf per Livestream und das Affiliate-Marketing. Eine Plattform, die Livestreaming ermöglicht, muss Livestreaming-Regeln veröffentlichen, die Identität der Moderatoren überprüfen, Inhalte und Werbung überwachen, Beschwerden von Zuschauern bearbeiten, Livestreams beenden und Inhalte entfernen, die gegen das Gesetz verstoßen oder die eine zuständige Behörde benennt, vor unsicheren Waren warnen und Livestream-Daten mindestens ein Jahr aufbewahren (Artikel 22). Ein Verkäufer muss dem Moderator vor dem Livestream Unterlagen zu seiner geschäftlichen Berechtigung, zur Qualität des Produkts und, wenn Werbeinhalte überprüft werden müssen, zum genehmigten Inhalt zur Verfügung stellen (Artikel 23). Ein Moderator muss seine Identität verifizieren, die Regeln der Plattform befolgen, die Bewerbung ablehnen, wenn die Unterlagen des Verkäufers unzureichend sind, und darf keine irreführenden Angaben machen (Artikel 24). Anbieter von Affiliate-Marketing müssen die Identität der Vermarkter überprüfen, bevor Links erstellt werden, und Links zu rechtswidrigen Waren entfernen; Vermarkter müssen Identitätsangaben machen und rechtsverletzende Links auf Verlangen entfernen (Artikel 25 und 26). Eine ausländische Marke, die vietnamesische Influencer für den Verkauf über Livestreams einsetzt, ist daher dafür verantwortlich, ihnen zutreffende Produkt- und Werbeunterlagen zu liefern.

Ausländische Plattformen

Artikel 27 verpflichtet jede in Vietnam tätige ausländische Plattform, sich bei der zuständigen Behörde zu registrieren. Nach dem Dekret Nr. 248/2026/ND-CP wird die Pflicht durch einen von drei Umständen ausgelöst: Die Plattform bietet eine **vietnamesische Sprachoption** an; sie verwendet einen **.vn-Domainnamen**; oder sie erreicht in einem Kalenderjahr **100.000 oder mehr Transaktionen mit Käufern in Vietnam**, wobei sie sich dann innerhalb von 60 Tagen nach Erreichen des Schwellenwerts registrieren muss. Eine ausländische Direktvertriebs- oder Vermittlungsplattform mit Bestellfunktion muss eine **juristische Person in Vietnam** gründen oder einen **bevollmächtigten Vertreter** bestellen; eine Vermittlungsplattform oder ein soziales Netzwerk ohne Bestellfunktion muss einen bevollmächtigten Vertreter bestellen. Hat eine Plattform mit Bestellfunktion keine juristische Person gegründet, muss sie für die Dauer ihrer Tätigkeit eine **Kaution von mindestens 20 Mrd. VND** bei einer Geschäftsbank oder der Zweigniederlassung einer ausländischen Bank in Vietnam hinterlegen und diese innerhalb von 30 Tagen auffüllen, wenn Abzüge sie verringern; andernfalls beendet das MOIT die Registrierung. Wesentliche Änderungen, etwa des Plattformnamens, des gesetzlichen Vertreters oder der Transaktionsbedingungen, sind innerhalb von 20 Arbeitstagen anzuzeigen.

Die Gesellschaft oder der Vertreter vor Ort ist für rechtliche Verfahren, Verstöße, Beschwerden und den Verbraucherschutz sowie für die Einhaltung der Datenschutz-, Cybersicherheits- und Werbegesetze verantwortlich (Artikel 29 bis 31). Zahlungs-, Logistik-, Infrastruktur- und Authentifizierungsdienstleister

für elektronische Verträge müssen Plattformen, die die Vorschriften nicht einhalten, ihre Dienste verweigern oder aussetzen (Artikel 33 bis 36). Für ausländische Anbieter von Online-Diensten gelten zusätzlich die an Auslöser geknüpften Regeln zur Datenlokalisierung und zur Niederlassung vor Ort nach dem Cybersicherheitsgesetz (Cybersicherheit, Datenlokalisierung und grenzüberschreitende Übermittlung).

Verbraucherschutz im Online-Handel

Das seit dem 1. Juli 2024 geltende Gesetz Nr. 19/2023/QH15 über den Schutz der Verbraucherrechte und das Dekret Nr. 55/2024/ND-CP gelten für alle Verkäufe an Verbraucher und enthalten besondere Regeln für **Fernabsatzgeschäfte**, einschließlich Online-Verkäufen. Der Händler muss klare Angaben zu seiner Person, zu den Waren, zum Preis einschließlich Steuern und Gebühren, zu Lieferung, Zahlung und den Umtausch- und Rückgabebedingungen machen, einschließlich Fristen, Verfahren und einer Kontaktstelle, und sein Beschwerdeverfahren veröffentlichen (FAQ 87). Musterverträge und allgemeine Geschäftsbedingungen für Waren und Dienstleistungen auf der Liste des Premierministers, etwa Strom, Wasser, Telekommunikation und Personenbeförderung im Luftverkehr, müssen vor ihrer Verwendung bei der Verbraucherschutzbehörde **registriert** und öffentlich zugänglich gemacht werden. Fehlerhafte Produkte müssen innerhalb von 24 Stunden nach ihrer Entdeckung oder einem staatlichen Ersuchen aus dem Verkauf genommen werden, und bei Produkten, die Leben oder Gesundheit gefährden, sind Rückrufe innerhalb von drei Arbeitstagen bekanntzugeben.

Eine **große digitale Plattform**, die das Dekret Nr. 55/2024/ND-CP anhand ihrer Nutzerzahl in Vietnam oder ihres Status als große Vermittlungsplattform definiert, muss ihre Kriterien für das Suchranking veröffentlichen, bezahlte und gesponserte Ergebnisse kennzeichnen, ein Online-Meldekonto unterhalten und der Behörde angeforderte Daten innerhalb von fünf Arbeitstagen zur Verfügung stellen. Die Nationale Wettbewerbskommission beim MOIT ist die zentrale Verbraucherschutzbehörde, während die Ämter für Industrie und Handel der Provinzen die Vorschriften vor Ort durchsetzen; auch Verbraucher und in ihrem Namen handelnde gesellschaftliche Organisationen können Ansprüche geltend machen. Unangemessene Klauseln in Formularverträgen, etwa Klauseln, die die Haftung des Händlers ausschließen oder einseitige Änderungen erlauben, sind nichtig.

Online-Werbung und Influencer

Das am 16. Juni 2025 verabschiedete und seit dem 1. Januar 2026 geltende **Gesetz Nr. 75/2025/QH15** zur Änderung des Werbegesetzes bezieht soziale Netzwerke, Online-Anwendungen und mit dem Internet verbundene digitale Plattformen ausdrücklich in die Werbevorschriften ein. Werbeinhalte müssen eindeutig als solche gekennzeichnet sein. **Werbeübermittler**, also Personen, die Produkte online bewerben, empfehlen oder bestätigen, müssen die Berechtigung des Werbetreibenden und die Richtigkeit der Produktangaben prüfen, vor und während der Bewerbung offenlegen, dass es sich um Werbung handelt, das Verbraucherschutzrecht einhalten, ihre Werbeeinnahmen versteuern und den Behörden auf Verlangen Unterlagen vorlegen. Plattformen müssen Nutzern Werkzeuge zum Ausblenden und Melden unangemessener Werbung zur Verfügung stellen, und rechtswidrige Werbung muss innerhalb von **24 Stunden** nach einem Ersuchen einer zuständigen Behörde entfernt oder gesperrt werden. Werbetreibende im Ausland, die sich an Nutzer in Vietnam richten, müssen über einen

vietnamesischen Werbedienstleister arbeiten. Bei Werbung für regulierte Produkte wie Arzneimittel, Kosmetika, Nahrungsergänzungsmittel und Medizinprodukte müssen die Inhalte nach den Branchenvorschriften weiterhin vor der Veröffentlichung bestätigt oder angezeigt werden.

Elektronische Verträge, Zahlungen, Daten und Steuern

Online-Bestellungen begründen Verträge auf elektronischem Weg. Das seit dem 1. Juli 2024 geltende Gesetz Nr. 20/2023/QH15 über elektronische Transaktionen verleiht elektronischen Verträgen und Datennachrichten Rechtswirkung, und das Dekret Nr. 23/2025/ND-CP regelt digitale Signaturen und Vertrauensdienste (FAQ 90); die Regeln und die Dokumente, die weiterhin einer notariellen Beglaubigung bedürfen, sind unter Handelsverträge in Vietnam dargestellt. Zahlungen auf Konten und E-Wallets von Verbrauchern werden von der Staatsbank reguliert und sind hier nicht behandelt. Online erhobene Kundendaten sind personenbezogene Daten: Marketing-Einwilligungen, Tracking-Technologien und Übermittlungen an Systeme im Ausland müssen dem Gesetz zum Schutz personenbezogener Daten entsprechen (Schutz personenbezogener Daten).

Vietnam hat keine gesonderte Digitalsteuer. Ausländische Anbieter digitaler Dienstleistungen und über Plattformen an Kunden in Vietnam verkaufter Waren unterliegen der Mehrwertsteuer und der Körperschaftsteuer auf pauschaler Grundlage, die durch Einbehalt seitens vietnamesischer Geschäftskunden, durch Abzug seitens der Plattformbetreiber oder durch direkte Registrierung über das Portal der Steuerbehörde für ausländische Anbieter erhoben werden (Mehrwertsteuer und elektronische Rechnungen; Steuer für ausländische Auftragnehmer und Doppelbesteuerungsabkommen). Plattformen ziehen zudem nach den Vorschriften über die Steuerverwaltung für Haushaltsunternehmen und einzelne Verkäufer Steuern ab und führen sie ab und müssen der Steuerbehörde Verkäufer- und Transaktionsdaten übermitteln.

Start eines Online-Vertriebskanals in Vietnam

Die Punkte, die eine ausländische Marke oder Plattform vor dem Start klären sollte, ob sie über eine eigene Website, Marktplätze oder Livestreams verkauft. Branchenlizenzen für regulierte Waren kommen hinzu.

- [ ] **Struktur und Marktzugang**
  Verkaufende Einheit (vietnamesische Tochtergesellschaft mit den passenden Geschäftszweigen und gegebenenfalls einer Gewerbelizenz oder eine ausländische Plattform), geprüft anhand der Marktzugangsregeln.
- [ ] **Verfahren beim MOIT**
  Anzeige einer Verkaufswebsite oder App bzw. Registrierung einer Plattform über das Managementsystem für E-Commerce-Aktivitäten; bestehende Genehmigungen bis zum 30. Juni 2027 erneuert.
- [ ] **Prüfung als ausländische Plattform**
  Vietnamesische Sprache, .vn-Domain oder 100.000 Transaktionen pro Jahr: Registrierung innerhalb von 60 Tagen und Gründung einer Gesellschaft, Bestellung eines Vertreters oder Hinterlegung der Kaution von 20 Mrd. VND.

- [ ] **Marken und Domains**
  Marke vor dem Start bei IP Viet Nam eingetragen und .vn-Domain gesichert, damit gegen Nachahmer Löschungen veranlasst werden können.
- [ ] **Bedingungen und Pflichtangaben**
  Vietnamesischsprachige Geschäftsbedingungen, Datenschutzerklärung, Angaben zu Preis, Lieferung, Rückgabe und Beschwerden; registrierte Musterverträge, wenn die Waren oder Dienstleistungen auf der Liste stehen.
- [ ] **Livestream- und Affiliate-Programm**
  Produkt- und Werbeunterlagen für Moderatoren; Identitätsprüfung von Moderatoren und Affiliates; Regeln zur Entfernung von Inhalten.
- [ ] **Werbung**
  Werbung gekennzeichnet; Influencer-Verträge mit Offenlegungs- und Richtigkeitspflichten; Vorabfreigabe bei regulierten Produkten; Verfahren zur Entfernung innerhalb von 24 Stunden.
- [ ] **Datenschutz**
  Gesonderte Einwilligungen für Marketing und Tracking; Folgenabschätzung für die Übermittlung bei Hosting im Ausland; Bearbeitung von Anträgen betroffener Personen.
- [ ] **Steuer**
  Mehrwertsteuer- und Körperschaftsteuerposition des Verkäufers oder ausländischen Anbieters; Steuerabzüge durch Plattformen; E-Rechnungen für Verkäufe der vietnamesischen Gesellschaft.
- [ ] **Aufbewahrung**
  Transaktionsdaten mindestens drei Jahre; Livestream-Daten mindestens ein Jahr.

Regeln für den Online-Handel im Überblick (Oktober 2026)

Thema	Regel	Quelle
Rechtsrahmen	E-Commerce-Gesetz und Durchführungsdekret in Kraft seit 1. Juli 2026	Gesetz Nr. 122/2025/QH15; Dekret Nr. 248/2026/ND-CP
Übergang	Bestehende Anzeigen und Registrierungen gültig bis 30. Juni 2027	Gesetz Nr. 122/2025/QH15, Art. 41
Plattformtypen	Direktvertrieb, Vermittlung, im E-Commerce tätiges soziales Netzwerk, integriert	Art. 4
Elektronische Identifizierung von Verkäufern	Ab 1. Januar 2027	Dekret Nr. 248/2026/ND-CP
Auslöser für ausländische Plattformen	Vietnamesische Sprache, .vn-Domain oder 100.000 Transaktionen pro Jahr (Registrierung innerhalb von 60 Tagen)	Art. 27; Dekret Nr. 248/2026/ND-CP

Thema	Regel	Quelle
Präsenz ausländischer Plattformen	Juristische Person oder bevollmächtigter Vertreter; Kaution von 20 Mrd. VND bei fehlender Gesellschaft und Bestellfunktion	Art. 27 bis 31; Dekret Nr. 248/2026/ND-CP
Aufbewahrung von Livestream-Daten	Mindestens ein Jahr	Art. 22
Aufbewahrung von Transaktionsdaten	Mindestens drei Jahre	Gesetz Nr. 122/2025/QH15
Formularverträge mit Verbrauchern	Registrierung vor Verwendung für aufgelistete Waren und Dienstleistungen	Gesetz Nr. 19/2023/QH15; Dekret Nr. 55/2024/ND-CP
Entfernung rechtswidriger Werbung	Innerhalb von 24 Stunden nach einem behördlichen Ersuchen	Gesetz Nr. 75/2025/QH15
Elektronische Verträge	Rechtswirksam; digitale Signaturen nach Dekret Nr. 23/2025/ND-CP	Gesetz Nr. 20/2023/QH15

RECHENBEISPIEL

Eine koreanische Kosmetikmarke verkauft online in Vietnam

Ein koreanisches Kosmetikunternehmen verkauft ab 2026 über drei Kanäle in Vietnam: eine von Korea aus betriebene vietnamesischsprachige Direktvertriebs-Website, Flagship-Stores auf zwei vietnamesischen Marktplätzen, die sein vietnamesischer Vertriebshändler betreibt, und Livestreams mit lokalen Influencern. Für 2027 plant es eine eigene vietnamesische Tochtergesellschaft. Das Beispiel dient der Veranschaulichung; die Honorarspannen sind übliche Marktspannen im Oktober 2026 und keine Angebote.

Direkt-Website aus Korea	Da sie eine vietnamesische Sprachoption anbietet, ist die Website eine ausländische Direktvertriebsplattform mit Bestellfunktion. Das Unternehmen registriert sich beim MOIT, bestellt mangels vietnamesischer Gesellschaft einen bevollmächtigten Vertreter und hinterlegt bei einer Bank in Ho-Chi-Minh-Stadt eine Kaution von 20 Mrd. VND.
Geprüfte Alternative	Die Abschaltung der vietnamesischen Sprachoption und der Verkauf ausschließlich über Marktplätze hätten die Registrierung bis zum Erreichen von 100.000 Transaktionen pro Jahr vermieden, aber die direkten Kundenbeziehungen gekostet.
Marktplatz-Stores	Der Vertriebshändler ist der Verkäufer; die Marktplätze überprüfen seine Identität und ab dem 1. Januar 2027 seine elektronische Identifizierung. Die Markeneintragung erlaubt es der Marke, Löschungsanträge gegen parallele Verkäufer von Fälschungen zu stellen.
Livestreams	Die Marke stellt den Moderatoren die Unterlagen zur Kosmetikproduktanzeige und die genehmigten Werbeaussagen zur Verfügung; die Moderatoren legen offen, dass sie Werbung machen; die Plattformen bewahren die Livestream-Daten ein Jahr lang auf.

Werbung	Die Influencer-Verträge verlangen Offenlegung, Richtigkeit und die Entfernung von Inhalten innerhalb von 24 Stunden nach einem behördlichen Ersuchen, im Einklang mit dem Gesetz Nr. 75/2025/QH15.
Daten	Die Kundendaten der Website werden in Korea gespeichert: Das Unternehmen reicht innerhalb von 60 Tagen nach dem Start eine Folgenabschätzung für die Übermittlung bei A05 ein und holt gesonderte Einwilligungen für Marketing ein.
Steuer	Das koreanische Unternehmen registriert sich für Verkäufe an Verbraucher über das Portal der Steuerbehörde für ausländische Anbieter; der Vertriebshändler stellt für Marktplatzverkäufe vietnamesische E-Rechnungen aus.
Tochtergesellschaft ab 2027	Sobald die Tochtergesellschaft zugelassen ist, übernimmt sie die Website als inländische Verkäuferin und zeigt die Website beim MOIT an; die Kaution kann mit Bestätigung des MOIT freigegeben werden, sobald die ausländische Registrierung beendet und die Verpflichtungen erfüllt sind.
Kosten (übliche Spannen)	Registrierung beim MOIT und Vertreterregelungen: 5000 bis 15.000 USD; Vorlagen für Geschäftsbedingungen, Datenschutz und Influencer: 4000 bis 10.000 USD; die Kaution ist der wesentliche Liquiditätsaufwand.

Hätte das Unternehmen nur über die Marktplatz-Stores des Vertriebshändlers verkauft und keine eigene vietnamesischsprachige Website betrieben, wären die Regeln für ausländische Plattformen auf das Unternehmen nicht anwendbar gewesen.

Wäre die Website nur auf Englisch gewesen und unter 100.000 Transaktionen pro Jahr geblieben, wäre eine Registrierung noch nicht erforderlich gewesen, die Verbraucherschutz-, Datenschutz- und Steuervorschriften hätten jedoch weiterhin gegolten.

Fragen von Investoren zu E-Commerce und digitalen Plattformen

Wann muss sich eine ausländische E-Commerce-Plattform in Vietnam registrieren?

Nach dem Gesetz Nr. 122/2025/QH15 und dem Dekret Nr. 248/2026/ND-CP dann, wenn sie eine vietnamesische Sprachoption anbietet, eine .vn-Domain verwendet oder 100.000 Transaktionen pro Jahr mit Käufern in Vietnam erreicht; im letzten Fall registriert sie sich innerhalb von 60 Tagen nach Erreichen des Schwellenwerts. Plattformen mit Bestellfunktion benötigen eine Gesellschaft vor Ort, einen bevollmächtigten Vertreter oder eine Kaution von 20 Mrd. VND.

Was verlangt das E-Commerce-Gesetz für den Verkauf per Livestream?

Plattformen müssen Livestream-Regeln veröffentlichen, Moderatoren überprüfen, Inhalte überwachen, rechtswidrige Livestreams beenden und Daten mindestens ein Jahr aufbewahren. Verkäufer müssen Moderatoren Unterlagen zur geschäftlichen Berechtigung, zur Produktqualität und zu genehmigten Werbeinhalten zur Verfügung stellen, und Moderatoren müssen ihre Identität verifizieren und die Bewerbung ohne ausreichende Unterlagen ablehnen (Artikel 22 bis 24).

Bleiben bestehende E-Commerce-Registrierungen nach dem 1. Juli 2026 gültig?

Ja, für eine Übergangszeit. Nach Artikel 41 des Gesetzes Nr. 122/2025/QH15 dürfen Websites, Apps und Anbieter der Authentifizierung elektronischer Verträge, die vor dem 1. Juli 2026 angezeigt oder registriert wurden, bis zum 30. Juni 2027 auf Grundlage ihrer genehmigten Inhalte weiterbetrieben werden; bis dahin müssen sie die Verfahren nach dem neuen Gesetz und dem Dekret Nr. 248/2026/ND-CP abschließen.

Welche Verbraucherschutzvorschriften gelten für Online-Verkäufe?

Das Gesetz Nr. 19/2023/QH15 und das Dekret Nr. 55/2024/ND-CP verlangen bei Fernabsatzgeschäften klare Angaben zum Händler, zu den Waren, zum Gesamtpreis, zu Lieferung, Zahlung, Rückgabe und Beschwerden; die Registrierung von Musterverträgen für aufgelistete Waren und Dienstleistungen; unverzügliche Rückrufe fehlerhafter Waren; und zusätzliche Transparenzpflichten für große digitale Plattformen.

Hat Vietnam eine Digitalsteuer?

Eine gesonderte Steuer gibt es nicht. Ausländische Anbieter digitaler Dienstleistungen und Online-Verkäufe nach Vietnam unterliegen der Mehrwertsteuer und einer pauschal ermittelten Körperschaftsteuer, die durch Einbehalt seitens der Geschäftskunden, durch Abzug seitens der Plattformbetreiber oder durch direkte Registrierung über das Portal der Steuerbehörde für ausländische Anbieter erhoben werden. Plattformen ziehen zudem für Haushaltsunternehmen und einzelne Verkäufer Steuern ab.

AUSBLICK AUF 2027

- Die elektronische Identifizierung von Verkäufern und Livestreamern nach dem Dekret Nr. 248/2026/ND-CP gilt ab dem 1. Januar 2027; Plattformen und Verkäufer sollten ihre Prüfverfahren in der zweiten Jahreshälfte 2026 vorbereiten.
- Die Übergangszeit für nach dem Dekret Nr. 52/2013/ND-CP in der geänderten Fassung genehmigte Websites und Plattformen endet am 30. Juni 2027; danach müssen alle nach den neuen Registrierungs-und Anzeigeverfahren arbeiten.
- Das Gesetz Nr. 20/2026/QH16 ändert das Gesetz über elektronische Transaktionen, wobei die meisten Bestimmungen ab dem 1. März 2027 gelten; Online-Unternehmen sollten zuvor seine Auswirkungen auf elektronische Verträge und Vertrauensdienste prüfen.

Begriffe, denen Sie in den Unterlagen begegnen

Englisch	Vietnamesisch	Bedeutung
E-commerce	*Thương mại điện tử*	Geschäftstätigkeit, die ganz oder teilweise mit elektronischen Mitteln über das Internet abgewickelt wird.

Englisch	Vietnamesisch	Bedeutung
Intermediary platform	*Nền tảng thương mại điện tử trung gian*	Eine Plattform, auf der Drittverkäufer mit Käufern handeln.
Foreign e-commerce platform	*Nền tảng thương mại điện tử nước ngoài*	Eine vom Ausland aus betriebene Plattform, die Käufer in Vietnam bedient.
Livestream selling	*Bán hàng qua livestream (phát trực tiếp)*	Über Live-Video beworbene Verkäufe, geregelt in den Artikeln 22 bis 24.
Affiliate marketing	*Tiếp thị liên kết*	Bewerbung über nachverfolgbare Links gegen Provision, geregelt in den Artikeln 25 und 26.
Remote transaction	*Giao dịch từ xa*	Ein Verbrauchergeschäft, das ohne gleichzeitige Anwesenheit beider Parteien geschlossen wird, etwa ein Online-Verkauf.
Model contract	*Hợp đồng theo mẫu*	Ein Formularvertrag mit Verbrauchern, der für aufgelistete Waren und Dienstleistungen registrierungspflichtig ist.
Advertising conveyor	*Người chuyển tải sản phẩm quảng cáo*	Eine Einzelperson, etwa ein Influencer, die Produkte online bewirbt.
Security deposit	*Ký quỹ*	Die Mindestkaution von 20 Mrd. VND, die bestimmte ausländische Plattformen ohne vietnamesische Gesellschaft hinterlegen müssen.

AUSLÄNDISCHE UND VIETNAMESISCHE INVESTOREN IM VERGLEICH

Eine vietnamesische Gesellschaft, auch eine im Eigentum ausländischer Investoren, zeigt ihre Website als inländischer Betreiber beim MOIT an oder registriert dort ihre Plattform. Für eine ausländische Plattform, die Vietnam vom Ausland aus bedient, gelten zusätzlich die Registrierungsauslöser, das Erfordernis einer juristischen Person oder eines bevollmächtigten Vertreters und, wenn sie keine Gesellschaft hat, die Kaution von 20 Mrd. VND sowie die an Auslöser geknüpften Lokalisierungsregeln des Cybersicherheitsgesetzes. Verbraucherschutz-, Werbe-, Datenschutz- und Steuervorschriften gelten für beide, wobei ein ausländischer Anbieter Mehrwertsteuer und Körperschaftsteuer über das Portal für ausländische Anbieter oder im Wege des Einbehalts statt über reguläre Steuererklärungen entrichtet.

WORAUF SIE ACHTEN SOLLTEN

- Ergänzung einer ausländischen Website um eine vietnamesische Sprachoption oder eine .vn-Domain ohne Registrierung beim MOIT.
- Zu späte Zählung der Transaktionen; die Registrierung ist innerhalb von 60 Tagen nach Erreichen von 100.000 Transaktionen in einem Kalenderjahr fällig.
- Livestream-Moderatoren, die Kosmetika, Nahrungsergänzungsmittel oder andere regulierte Produkte ohne die genehmigten Unterlagen bewerben.
- Influencer-Beiträge, die nicht offenlegen, dass es sich um Werbung handelt.
- Eine vor Juli 2026 erteilte Genehmigung des MOIT nach dem 30. Juni 2027 auslaufen lassen, ohne die neuen Verfahren abgeschlossen zu haben.
- Erhebung von Kundendaten auf einer im Ausland gehosteten Website ohne Einwilligungen und ohne Folgenabschätzung für die Übermittlung.

AMTLICHE QUELLEN

- Nationale Rechtsdatenbank (vbpl.vn): Gesetz Nr. 122/2025/QH15 über E-Commerce; Gesetz Nr. 19/2023/QH15 über den Schutz der Verbraucherrechte; Gesetz Nr. 75/2025/QH15 zur Änderung des Werbegesetzes — https://vbpl.vn
- Regierungsportal: Dekret Nr. 248/2026/ND-CP; Dekret Nr. 55/2024/ND-CP — https://chinhphu.vn
- Ministerium für Industrie und Handel: Registrierung und Anzeige im E-Commerce — https://moit.gov.vn
- E-Commerce-Verwaltungsportal (online.gov.vn) — https://online.gov.vn